

Systematic DLT Fund

Treuhandvertrag

und

Prospekt

AIF (Alternative Investment Fund) nach liechtensteinischem Recht
in der Rechtsform der Kollektivtreuhänderschaft

für professionelle Anleger

Stand: 28. Januar 2020

(nachfolgend der „AIF“)

(Singlefonds)

AIFM:



FUND MANAGEMENT AG

CAIAC Fund Management AG
Haus Atzig, Industriestrasse 2,
FL-9487 Bendern

Hinweis für Anleger / Verkaufsbeschränkung

Dieser Prospekt stellt kein Angebot und keine Aufforderung zur Zeichnung von Anteilen des AIF durch eine Person in einer Rechtsordnung dar, in der ein derartiges Angebot oder eine solche Aufforderung ungesetzlich ist oder in der die Person, die ein solches Angebot oder eine Aufforderung ausspricht, nicht dazu qualifiziert ist oder dies einer Person gegenüber geschieht, der gegenüber eine solche Angebotsabgabe oder Aufforderung ungesetzlich ist.

Der Erwerb von Anteilen des AIF erfolgt auf der Basis der konstituierenden Dokumente, bestehend aus diesem Prospekt und Treuhandvertrag sowie des letzten Jahresberichtes. Gültigkeit haben nur die Informationen, die in den konstituierenden Dokumenten enthalten sind. Mit dem Erwerb der Anteile gelten die konstituierenden Dokumente als durch den Anleger zur Kenntnis genommen und genehmigt.

Informationen, die nicht in den konstituierenden Dokumenten oder der Öffentlichkeit zugänglichen Dokumenten enthalten sind, gelten als nicht autorisiert und sind nicht verlässlich. Potenzielle Anleger müssen sich eigenständig über mögliche steuerliche Konsequenzen, die rechtlichen Voraussetzungen und mögliche Devisenbeschränkungen oder -Kontrollvorschriften informieren, die in den Ländern ihrer Staatsangehörigkeit, ihres Wohnsitzes oder ihres Aufenthaltsortes gelten und die bedeutsam für die Zeichnung, das Halten, den Umtausch, die Rücknahme oder die Veräusserung von Anteilen sein können. Weitere steuerliche Erwägungen und vor allem Risiken sind in den konstituierenden Dokumenten erläutert.

Bei den in diesem Dokument beschriebenen Assets handelt es sich teilweise um Assets, welche auf technische Entwicklungen beruhen, die mit speziellem Vokabular zu beschreiben sind, das meist aus dem Englischen stammt. Es werden manche Begriffe im Zusammenhang mit neuen Technologien anders interpretiert als im allgemeinen Sprachgebrauch. Anleger, denen die Bedeutung von in diesem Dokument genutzten Begriffen wie beispielsweise Blockchain, Mining, Wallet oder Malware im Zusammenhang mit Kryptowährungen nicht klar ist, werden aufgefordert, sich – wie immer bei Unklarheiten hinsichtlich des Bedeutungsinhaltes von Bestimmungen in diesem Dokument – von einem Experten beraten zu lassen, bevor sie den Kauf von Fondsanteilen in Betracht ziehen.

Der AIF ist nicht in allen Ländern der Welt zum Vertrieb zugelassen. In Anhang B „Spezifische Informationen für einzelne Vertriebsländer“ sind Informationen bezüglich des Vertriebs in verschiedenen Ländern enthalten. Bei der Ausgabe, beim Umtausch und Rücknahme von Anteilen im Ausland können die dort geltenden Bestimmungen zur Anwendung kommen.

Ein Verkauf von Fondsanteilen an US-Bürger ist ausgeschlossen (dies betrifft Personen, die Staatsangehörige der Vereinigten Staaten von Amerika sind oder dort ihr Domizil haben und/oder dort steuerpflichtig sind, oder Personengesellschaften oder Kapitalgesellschaften, die gemäss den Gesetzen der Vereinigten Staaten von Amerika beziehungsweise eines Bundesstaates, Territoriums oder einer Besetzung der Vereinigten Staaten gegründet werden). Die Anteile wurden und werden nicht nach dem United States Securities Act aus dem Jahr 1933 in seiner geltenden Fassung (das "Gesetz von 1933") oder nach den Wertpapiergesetzen eines Bundesstaates oder einer Gebietskörperschaft der Vereinigten Staaten von Amerika oder ihrer Territorien, Besetzungen oder sonstiger Gebiete registriert, die ihrer Rechtshoheit unterstehen, einschliesslich des Commonwealth von Puerto Rico (die "Vereinigten Staaten"). Sollten sich nach Begründung der Geschäftsbeziehung zu dem AIF die persönlichen Verhältnisse des Anlegers derart ändern, dass er als US-Bürger im Sinne der vorstehenden Definition zu qualifizieren ist, ist der Anleger verpflichtet die Anteile unverzüglich zu veräussern und den AIFM vollumfänglich zu informieren. Alternativ darf der AIFM die Anteile zwangsweise einseitig zurücknehmen und auf Basis des sodann relevanten NAV den Anleger seine Anteile auszahlen.

Die Anteile dürfen nicht in den Vereinigten Staaten noch an oder für Rechnung von US-Personen (im Sinne der Definition des Gesetzes von 1933) angeboten, verkauft oder anderweitig übertragen werden. Spätere Übertragungen von Anteilen in den Vereinigten Staaten bzw. an US-Personen sind ebenfalls unzulässig.

Der AIF wurde und wird weder nach dem United States Investment Company Act aus dem Jahr 1940 in seiner geltenden Fassung noch nach sonstigen US-Bundesgesetzen registriert. Dementsprechend werden Anteile weder in den Vereinigten Staaten noch an oder für Rechnung von US-Personen (im Sinne der Definition des Gesetzes von 1933) angeboten, verkauft oder anderweitig übertragen.

Die Anteile wurden von der US-Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (der "SEC") oder einer sonstigen Aufsichtsbehörde in den Vereinigten Staaten weder zugelassen, noch wurde eine solche Zulassung verweigert; darüber hinaus hat weder die SEC noch eine andere Aufsichtsbehörde in den Vereinigten Staaten über die Richtigkeit oder die Angemessenheit dieses Prospektes und des Treuhandvertrages bzw. die Vorteile der Anteile entschieden.

Die Anleger haben unter Einhaltung der Vorgaben der konstituierenden Dokumente das Recht den Rückkauf und die Rücknahme Ihrer Anteile zu veranlassen und die vom AIFM für den AIF bereitgestellten Informationen zu beziehen. Die Anleger haben auch jederzeit das Recht ihre Beschwerden an den AIFM zur ordnungsgemässen Bearbeitung zu senden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Anteilsklassen E, F, G sowie H über eine Kündigungsfrist von 15 Kalendertagen auf den Bewertungstag verfügen.

Zudem wird darauf hingewiesen, dass das Nettovermögen des AIF eine erhöhte Volatilität aufweist. Erhöhte Volatilität bedeutet in diesem Zusammenhang, dass der Synthetische Risiko- und Ertragsindikator (SRRI) in Bezug auf den AIF mindestens die Stufe 6 aufweist.

Die Organisation des AIFM im Überblick.....	5
Der AIF im Überblick	5
Teil 1 Prospekt.....	6
1 Verkaufsunterlagen	6
2 Der Treuhandvertrag.....	6
3 Allgemeine Informationen zum AIF	6
4 Weitere Informationen zum AIF.....	6
5 Organisation.....	7
6 Allgemeine Anlagegrundsätze und -beschränkungen	8
7 Anlagen.....	8
8 Risikohinweise	9
9 Beteiligung am AIF	16
10 Verwendung der Erträge	18
11 Steuervorschriften	18
12 Kosten und Gebühren	19
13 Informationen an die Anleger	20
14 Dauer, Auflösung, Verschmelzung und Strukturmassnahmen des AIF.....	20
15 Anwendbares Recht, Gerichtsstand und massgebende Sprache	20
16 Spezifische Informationen für einzelne Vertriebsländer	21
Teil II Treuhandvertrag des Systematic DLT Fund.....	22
Präambel.....	22
I. Allgemeine Bestimmungen.....	22
Art. 1 Der AIF.....	22
Art. 2 Der AIFM.....	22
Art. 3 Aufgabenübertragung	22
Art. 4 Verwahrstelle	22
Art. 5 Primebroker	22
Art. 6 Wirtschaftsprüfer.....	22
II. Vertrieb.....	23
Art. 7 Vertriebsinformationen / Verkaufsrestriktionen	23
Art. 8 Anlegerkreis.....	23
III. Strukturmassnahmen	24
Art. 9 Allgemeines	24
Art. 10 Verschmelzung	24
Art. 11 Informationen, Zustimmung und Anlegerrechte	24
Art. 12 Kosten der Verschmelzung.....	25
Art. 13 Umgestaltung eines Master- oder Feeder-AIF in einen AIF und umgekehrt	25
IV. Auflösung des AIF und seiner Anteilsklassen	25
Art. 14 Im Allgemeinen	25
Art. 15 Beschluss zur Auflösung.....	25
Art. 16 Gründe für die Auflösung	25
Art. 17 Kosten der Auflösung.....	26
Art. 18 Auflösung und Konkurs des AIFM bzw. der Verwahrstelle.....	26
Art. 19 Kündigung des Verwahrstellenvertrages.....	26

V.	Bildung von Teilfonds und Anteilsklassen	26
Art. 20	Bildung von Teilfonds	26
Art. 21	Anteilsklassen	26
VI.	Allgemeine Anlagegrundsätze und -beschränkungen	26
Art. 22	Anlagepolitik	26
Art. 23	Zugelassene Anlagen	26
Art. 24	Derivateinsatz, Techniken und Instrumente	26
Art. 25	Anlagegrenzen	27
VII.	Bewertung und Anteilsgeschäft	28
Art. 26	Berechnung des Nettoinventarwertes pro Anteil	28
Art. 27	Ausgabe von Anteilen	29
Art. 28	Rücknahme von Anteilen	30
Art. 29	Umtausch von Anteilen	31
Art. 30	Aussetzung der Berechnung des Nettoinventarwertes und der Ausgabe und der Rücknahme und Umtausch von Anteilen	32
Art. 31	Late Trading und Market Timing	32
Art. 32	Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	32
VIII.	Kosten und Gebühren	33
Art. 33	Laufende Gebühren	33
Art. 34	Kosten zulasten der Anleger	35
IX.	Schlussbestimmungen	35
Art. 35	Verwendung der Erträge	35
Art. 36	Zuwendungen	35
Art. 37	Informationen für die Anleger	36
Art. 38	Berichte	36
Art. 39	Geschäftsjahr	36
Art. 40	Änderungen am Treuhandvertrag	36
Art. 41	Verjährung	36
Art. 42	Anwendbares Recht, Gerichtsstand und massgebende Sprache	36
Art. 43	Allgemeines	37
Art. 44	Inkrafttreten	37
Anhang A:	Fonds im Überblick	38
Anhang B:	Spezifische Informationen für einzelne Vertriebsländer	54

Die Organisation des AIFM im Überblick

AIF-Manager:	CAIAC Fund Management AG Haus Atzig, Industriestrasse 2, FL-9487 Bendern
Handelsregister-Nummer:	FL-0002.227.513-0
Verwaltungsrat des AIFM:	Dr. Roland Müller Dr. Dietmar Loretz Gerhard Lehner
Geschäftsleitung des AIFM:	Thomas Jahn Raimond Schuster
Wirtschaftsprüfer des AIFM:	Grant Thornton AG Bahnhofstrasse 15, FL-9494 Schaan

Der AIF im Überblick

Name des AIF:	Systematic DLT Fund
Rechtsform:	Kollektivtreuhänderschaft
Zulässige Anleger:	Professionelle Anleger
Handelsregister-Nummer:	FL-0002.596.839-5
Gründungsland:	Fürstentum Liechtenstein
Autorisierungsdatum:	08. November 2018
Eintragung Handelsregister:	12. November 2018
Dauer des AIF:	Unbeschränkt
Geschäftsjahr:	Das Geschäftsjahr des AIF beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember
Rechnungswährung des AIF:	EUR
Wirtschaftsprüfer des AIF:	Grant Thornton AG Bahnhofstrasse 15, FL-9494 Schaan
Verwahrstelle:	Bank Frick & Co. AG Landstrasse 14, FL-9496 Balzers
Führung des Anteilsregisters für sämtliche Anteilsklassen mit Ausnahme der Anteilsklassen G sowie H:	Bank Frick & Co. AG Landstrasse 14, FL-9496 Balzers
Führung des Anteilsregisters für die Anteilsklassen G sowie H:	CAIAC Fund Management AG Haus Atzig, Industriestrasse 2, FL-9487 Bendern
Portfolioverwaltung des AIF:	Crypto Fund AG Genferstrasse 35, CH-8002 Zürich
Risikomanagement:	Der AIFM hat das Risikomanagement nicht delegiert.
Vertriebsträger:	Der AIFM hat den Vertrieb nicht delegiert.
Zuständige Aufsichtsbehörde:	Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA)

Teil 1 Prospekt

Die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen des AIF erfolgt auf der Basis des derzeit gültigen Verkaufsprospektes, des Treuhandvertrages, des Anhangs A „Fonds im Überblick“. Dieser Treuhandvertrag wird ergänzt durch den jeweils letzten Jahresbericht.

Es dürfen keine von dem zur Zeit gültigen Prospekt und/oder Treuhandvertrag abweichende Auskünfte oder Erklärungen abgegeben werden. Jede Ausgabe und Rücknahme von Anteilen auf der Basis von Auskünften oder Erklärungen, welche nicht in dem Prospekt und/oder Treuhandvertrag enthalten sind, erfolgt ausschliesslich auf Risiko des Käufers bzw. Verkäufers. Der AIFM haftet nicht, wenn und soweit Auskünfte oder Erklärungen abgegeben werden, die vom aktuellen Prospekt oder Treuhandvertrag abweichen.

Der Prospekt und Treuhandvertrag sind vorliegend in einem Dokument dargestellt. Wesentliches Gründungsdokument des Fonds ist der Treuhandvertrag inklusive Anhang A „Fonds im Überblick“.

1 Verkaufsunterlagen

Der Prospekt, der Treuhandvertrag und der Anhang A „Fonds im Überblick“ sowie der letzte Jahresbericht, sind kostenlos elektronisch oder auf einem dauerhaften Datenträger beim AIFM, der Verwahrstelle, bei den Zahlstellen und bei allen Vertriebsberechtigten im In- und Ausland sowie auf der Web-Seite des LAFV Liechtensteinischer Anlagefondsverband unter www.lafv.li erhältlich.

Weitere Informationen zum AIF sind im Internet unter www.caiac.li und bei der CAIAC Fund Management AG innerhalb der üblichen Geschäftszeiten erhältlich.

2 Der Treuhandvertrag

Der Treuhandvertrag umfasst einen allgemeinen Teil sowie den Anhang A „Fonds im Überblick“. Der Prospekt, der Treuhandvertrag und alle relevanten Anhänge sind vollständig abgedruckt. Lediglich der Prospekt und der Treuhandvertrag inklusive der Besonderen Bestimmungen zur Anlagepolitik in Anhang A „Fonds im Überblick“ unterliegen der materiell rechtlichen Prüfung der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein. Der Prospekt, der Treuhandvertrag und die erwähnten Anhänge können von dem AIFM jederzeit, allenfalls nach vorheriger Genehmigung durch die FMA, ganz oder teilweise geändert oder ergänzt werden.

Jede Änderung des Treuhandvertrages und der Anhänge wird im Publikationsorgan des AIF veröffentlicht und ist danach für alle Anleger rechtsverbindlich.

Publikationsorgan des AIF ist die Internetseite des LAFV Liechtensteinischer Anlagefondsverband www.lafv.li.

3 Allgemeine Informationen zum AIF

Der Systematic DLT Fund (im Folgenden: AIF) wurde von der FMA autorisiert und in das Handelsregister eingetragen. Der Prospekt und die Vertragsbedingungen wurden sodann beim liechtensteinischen Amt für Justiz AJU (Handelsregister) hinterlegt. Weitere Informationen sind in den konstituierenden Dokumenten zu finden.

In welche Anlagegegenstände der AIF investieren darf und welche Bestimmungen dabei zu beachten sind, ergibt sich aus den konstituierenden Dokumenten und dem AIFMG / AIFMV. Soweit in den konstituierenden Dokumenten nichts anderes bestimmt ist, richten sich die Rechtsverhältnisse zwischen den Anlegern und dem AIF nach dem AIFMG /AIFMV und, soweit dort keine Regelungen getroffen sind, nach den Bestimmungen des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR) über die Treuhänderschaft.

4 Weitere Informationen zum AIF

Die Anleger sind am Fondsvermögen des AIF nach Massgabe der von ihnen erworbenen Anteile beteiligt.

Durch Zeichnung oder Erwerb von Anteilen anerkennt der Anleger die konstituierenden Dokumente. Anleger, Erben oder sonstige Berechtigte können weder die Aufteilung, noch die Auflösung des AIF verlangen. Eine Versammlung der Anleger und/oder Zustimmungsrechte sind nicht vorgesehen. Die Details zum AIF werden im Anhang A „Fonds im Überblick“ beschrieben. Jeder einzelne Anteil des AIF verkörpert grundsätzlich das gleiche Recht, es sei denn es bestehen verschiedene Anteilsklassen oder der AIFM beschliesst verschiedene Anteilsklassen zu bilden.

Gegenüber Dritten haften die Vermögenswerte des AIF lediglich für Verbindlichkeiten, die vom AIF eingegangen werden.

4.1 Dauer des AIF

Siehe: Anhang A „Fonds im Überblick“.

4.2 Bisherige Wertentwicklung des AIF

Die bisherige Wertentwicklung des AIF bzw. der Anteilsklassen ist auf der Webseite des LAFV Liechtensteiner Anlagefondsverband unter www.lafv.li aufgeführt und ist keine Garantie für die laufende und zukünftige Performance. Der Wert eines Anteils kann jederzeit steigen oder fallen. Der Fonds empfiehlt sich nur für Anleger, welche bereit und in der Lage sind, einen wesentlichen oder einen vollständigen Verlust auf einzelnen Anlagen des Fonds oder einen Totalverlust hinzunehmen.

5 Organisation

5.1 Sitzstaat/Zuständige Aufsichtsbehörde

Sitzstaat des AIF ist das Fürstentum Liechtenstein, zuständige Aufsichtsbehörde ist die Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA); www.fma-li.li.

5.2 Rechtsverhältnisse

Die Rechtsverhältnisse zwischen den Anlegern und dem AIF richten sich nach den konstituierenden Dokumenten und dem Gesetz vom 19. Dezember 2012 über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMG) sowie der Verordnung vom 22. März 2016 über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMV) und, soweit dort keine Regelungen getroffen sind, nach den Bestimmungen des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR) über die Treuhänderschaft.

Aufgrund der vielfältigen Geschäftstätigkeiten des AIFM, der Verwahrstelle, ihrer Beauftragten, die nicht exklusiv nur für diesen AIF tätig werden, und der mit diesen verbundenen Unternehmen können Interessenkonflikte auftreten.

Bei der Verwaltung des AIF sind die involvierten Parteien verpflichtet, durch geeignete organisatorische und personelle Massnahmen das Risiko der Beeinträchtigung von Anlegerinteressen durch Interessenkonflikte möglichst zu vermeiden. Ist dies nicht möglich, bemühen sich die involvierten Parteien, den Konflikt nach besten Kräften mit der gebotenen Sachkenntnis angemessen beizulegen bzw. ihn nach Recht und Billigkeit zu behandeln.

5.3 Verwalter Alternativer Investmentfonds (AIFM)

CAIAC Fund Management AG (im Folgenden: AIFM), Haus Atzig, Industriestrasse 2, FL-9487 Bendern, Handelsregister-Nummer FL-0002.227.513-0.

Die CAIAC Fund Management AG wurde am 15. Mai 2007 in Form einer Aktiengesellschaft mit Sitz und Hauptverwaltung in Bendern, Fürstentum Liechtenstein, für eine unbeschränkte Dauer gegründet. Die FMA Finanzmarktaufsicht Liechtenstein hat der CAIAC Fund Management AG am 10. Mai 2007 die Bewilligung zur Aufnahme der Geschäftstätigkeit und am 15. November 2013 die Zulassung als AIFM gemäss des Gesetzes über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMG) erteilt. Die CAIAC Fund Management AG verfügt ebenso über eine Bewilligung als Verwaltungsgesellschaft gem. IUG und UCITSG.

Das Aktienkapital beträgt CHF 1'000'000.- (in Worten: Schweizer Franken eine Million) und ist zu 100% einbezahlt.

Der Gesellschaftszweck besteht in der Verwaltung und dem Vertrieb von Fonds nach liechtensteinischem Recht.

Der AIFM ist mit den weitest gehenden Rechten ausgestattet, um in seinem Namen für Rechnung der Anleger alle administrativen und verwaltungsmässigen Handlungen durchzuführen.

Der AIFM handelt stets im Interesse des AIF, der Anleger und der Marktintegrität. Dabei steht die Gleichbehandlung der Anleger im Vordergrund. Eine Bevorzugung einzelner Anleger ist ausdrücklich ausgeschlossen.

- Informationen werden immer gleichzeitig auf bekannte Weise publiziert
- Massgaben zur Zeichnung bzw. Rückgabe von Fondsanteilen sind für jeden Anleger gleich
- Kein Anleger wird individuell informiert bzw. erhält Vergünstigungen

Der AIFM hat sich bei der Ausübung seiner Tätigkeit an die einschlägigen Bestimmungen – insbesondere an das AIFMG / AIFMV – zu halten. Damit verbunden ist insbesondere auch die Implementierung eines internen Risikomanagementsystems, um die mit seiner Tätigkeit verbundenen Risiken frühzeitig erkennen und deren Eintritt vermeiden zu können.

Die Aufgaben des AIFM bestehen zudem in der Ausführung von Anträgen bzw. Aufträgen zur Zeichnung und Rücknahme von Anteilen sowie in der Führung des Anteilsregisters für die Anteilsklassen G sowie H.

Für sämtliche weiteren Anteilsklassen wird das Anteilsregister elektronisch von der Verwahrstelle geführt.

Eine Übersicht der vom AIFM verwalteten Fonds befindet sich auf der Web-Seite des LAFV Liechtensteiner Anlagefondsverband unter www.lafv.li.

5.4 Portfolioverwaltung

Die Portfolioverwaltung wird von der Crypto Fund AG, Genferstrasse 35, CH-8002 Zürich durchgeführt.

Die Aufgabe der Portfolioverwaltung ist die eigenständige tägliche Umsetzung der Anlagepolitik und die Führung der Tagesgeschäfte des AIF sowie anderer damit verbundenen Dienstleistungen unter der Aufsicht, Kontrolle und Verantwortung des AIFM. Die Erfüllung dieser Aufgaben erfolgt unter Beachtung der Grundsätze der Anlagepolitik und der Anlagebeschränkungen des AIF, wie sie in Anhang A „Fonds im Überblick“ beschrieben sind, sowie der gesetzlichen Anlagebeschränkungen.

Die Portfolioverwaltung hat das Recht, sich auf eigene Kosten und Verantwortung von Dritten, insbesondere von verschiedenen Anlageberatern, beraten zu lassen.

Weitere Informationen und Angaben zur Portfolioverwaltung – falls vorhanden - sind im fondspezifischen Anhang A „Fonds im Überblick“ zu finden.

5.5 Verwahrstelle

Das AIFMG sieht eine Trennung der Verwaltung und der Verwahrung von Fondsvermögen vor. Mit der Verwahrung der Vermögensgegenstände des AIF und der Führung des Anteilsregisters hat der AIFM die Bank Frick & Co. AG als Verwahrstelle beauftragt.

Die Bank Frick & Co. AG wurde 1998 vom liechtensteinischen Treuhänder Kuno Frick sen. gemeinsam mit Finanzinvestoren aus Österreich gegründet. Heute ist Bank Frick & Co. AG überwiegend im Eigentum der Familie Frick. Die Bank betreut strategisch das Geschäftsfeld digitaler Bankdienstleistungen. Die Wurzeln der Bank liegen im Private Banking und in der Entwicklung von massgeschneiderten Finanzdienstleistungen. Letzteres bildet auch heute, zusammen mit den Geschäftsfeldern des Institutional Banking, Blockchain-Banking und Dienstleistungen im Fonds- und Kapitalmarktbereich, Hauptbestandteil der Bank. Weitere Informationen zur Verwahrstelle (z.B. Geschäftsberichte, Broschüren, etc.) können direkt an ihrem Sitz oder online auf ihrer Web-Seite www.bankfrick.li bezogen werden.

Die Verwahrstelle führt – mit Ausnahme der unter 5.6 erwähnten vom AIFM geführten Anteilsklassen - im Auftrag des AIFM das Anteilsregister des AIF.

Die Verwahrstelle kann ihre Verwahraufgaben auf einen oder mehrere Unterverwahrer auslagern.

5.6 Führung des Anteilsregisters

Das Anteilsregister für die Anteilsklassen G sowie H werden vom AIFM geführt.

Für sämtliche weiteren Anteilsklassen wird das Anteilsregister elektronisch von der Verwahrstelle geführt.

6 Allgemeine Anlagegrundsätze und -beschränkungen

Das Fondsvermögen wird im Sinne der Regeln des AIFMG und des Treuhandvertrags sowie nach den im Anhang A „Fonds im Überblick“ beschriebenen anlagepolitischen Grundsätzen und innerhalb der Anlagebeschränkungen angelegt.

6.1 Anlagepolitik

Die Anlagepolitik des AIF wird im Anhang A „Fonds im Überblick“ beschrieben.

6.2 Rechnungs-/ Referenzwährung des AIF

Die Rechnungswährung des AIF sowie die Referenzwährung einer jeweiligen Anteilsklasse werden im Anhang A „Fonds im Überblick“ ausgewiesen.

Bei der Rechnungswährung handelt es sich um die Währung, in der die Buchführung des AIF erfolgt. Bei der Referenzwährung handelt es sich um die Währung, in der die Performance und der Nettoinventarwert der jeweiligen Anteilsklassen berechnet wird, sofern eine Abweichung von der Rechnungswährung gegeben ist.

6.3 Profil des typischen Anlegers

Im Anhang A „Fonds im Überblick“ ist das Profil des typischen Anlegers des AIF beschrieben.

7 Anlagen

Das Vermögen des AIF wird in einen oder mehrere der zugelassenen Vermögensgegenstände, wie nachfolgend und in Anhang A „Fonds im Überblick“ beschrieben, investiert.

Die zugelassenen Anlagen, die nicht zugelassenen Anlagen, die spezifischen Anlagegrenzen, der Derivateinsatz, die Techniken sowie die spezifischen Regelungen zur Kreditaufnahme sind im Treuhandvertrag und Anhang A „Fonds im Überblick“ nachfolgend beschrieben.

8 Risikohinweise

8.1 Fondsspezifische Risiken

Die Wertentwicklung der Anteile ist von der Anlagepolitik sowie von der Entwicklung der einzelnen Anlagen des AIF abhängig und kann nicht im Voraus festgelegt werden. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass der Wert der Anteile gegenüber dem Ausgabepreis jederzeit steigen oder fallen kann. Es kann nicht garantiert werden, dass der Anleger sein investiertes Kapital zurück erhält.

Die fondsspezifischen Risiken des AIF befinden sich im Anhang A „Fonds im Überblick“.

Eine Investition in Kryptowährungen und -assets ist mit spezifischen Risiken verbunden, die bei Investitionen in gewöhnliche Wertpapiere mitunter nicht bestehen. Eine nicht abschliessende Liste von Risiken, die speziell bei einer Investition in Kryptowährungen und -assets vorherrschen, befindet sich im Anhang A „Fonds im Überblick“:

8.2 Allgemeine Risiken

Zusätzlich zu den fondsspezifischen Risiken können die Anlagen des AIF allgemeinen Risiken unterliegen.

Alle Anlagen im AIF sind mit Risiken verbunden. Die Risiken können u.a. das Gegenparti-/ Kontrahentenrisiko, Marktrisiko, Liquiditätsrisiko, operationelle Risiken (u.a. Risiken aus Handels-, Abrechnungs-/ Bewertungsverfahren; Rechts-/ Dokumentationsrisiken; Reputationsrisiken) umfassen bzw. damit verbunden sein.

Jedes dieser Risiken kann auch zusammen mit anderen Risiken auftreten. Auf einige dieser Risiken wird in diesem Abschnitt kurz eingegangen. Es gilt jedoch zu beachten, dass dies keine abschliessende Auflistung aller möglichen Risiken ist.

Potenzielle Anleger sollten sich über die mit einer Anlage in die Anteile verbundenen Risiken im Klaren sein und erst dann eine Anlageentscheidung treffen, wenn sie sich von ihren Rechts-, Steuer- und Finanzberatern, Wirtschaftsprüfern oder sonstigen Experten umfassend über die Eignung einer Anlage in Anteile dieses AIF unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Finanz- und Steuersituation und sonstiger Umstände, die im vorliegenden Prospekt und Treuhandvertrag enthaltenen Informationen und die Anlagepolitik des AIF haben beraten lassen.

Gegenparti-/ Kontrahentenrisiko

Gegenparti-/ Kontrahentenrisiko wird das Risiko bezeichnet, dass ein professioneller Marktteilnehmer / Kontrahent – durch Konkurs oder Liquiditätsschwierigkeiten – ausfällt bzw. seine Verpflichtungen nicht vollständig erfüllt. Folglich besteht die Gefahr, dass die ihm gewährten Finanzinstrumente – u.a. OTC-Optionen und /- Termingeschäfte, strukturierte Produkte, exotische Optionen – nicht vollständig oder teilweise vertragsgemäss zurückgezahlt werden und zu einem mindestens teilweisen oder totalen Verlust des Vermögens führen.

Das Risiko umfasst dabei u.a. das klassische Kredit-/ und Emittentenrisiko sowie Risiken aus der Abwicklung von Finanztransaktionen (Operationelles Risiko) oder aus Derivatepositionen (OTC-Gegenparteien). In internationalen Standards wird dieses Risiko auch als das Verlustrisiko für ein Investmentvermögen, das aus der Tatsache resultiert, dass die Gegenparti eines Geschäfts vor der Schlussabrechnung des mit dem Geschäft verbundenen Cashflows ihren Verpflichtungen möglicherweise nicht nachkommen kann bezeichnet.

Hebelwirkungsrisiko aus der Finanzierung

Hebelwirkung („engl. „Leverage“) aus der Finanzierung ist ein Verfahren, mit welchem der Investitionsgrad des Fonds durch Kreditaufnahme (o.ä.) erhöht wird. Hierdurch wirken Vermögenswertänderungen stärker auf das Eigenkapital als bei einer vollständigen Eigenfinanzierung.

Hebelwirkungsrisiko aus Derivategeschäften

Hebelwirkung („engl. „Leverage“) aus Derivategeschäften ist ein Verfahren, mit welchem der Investitionsgrad des Fonds durch Derivateinsatz (o.ä.) erhöht wird. Hierdurch wirken Vermögenswertänderungen sowie Techniken / Instrumente stärker auf das Eigenkapital als bei einem derivatfreien Portfolio.

In der Regel führt der Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten zu Anlagezwecken zu höheren Chancen und Risiken, während sich der Einsatz zu Absicherungszwecken risikomindernd auf das Risikoprofil auswirkt.

Derivate können sich auf vielfältige Basiswerte beziehen, u.a. bspw. auf Wertpapiere, Währungen, Zinsen, Wechselkurse, Rohstoffe, Edelmetalle und Waren sonstige Vermögenswerte sowie darauf aufbauende Indizes. Zudem kann der Einsatz dieser Anlagestrategien durch gesetzliche Beschränkungen und Marktbedingungen eingeschränkt sein. Gegebenenfalls dürfen Derivate in unterschiedlichsten Formen eingesetzt und diese mit anderen Vermögenswerten kombiniert sowie Anlagen erworben werden, in denen ein oder mehrere Derivate eingebettet sind.

Bei der Bewertung der Instrumente sind folgende Risiken von besonderer Bedeutung: Marktrisiko, Private Equity Risiko / Erfolgsrisiko, Gegenparti-/ Kontrahentenrisiko, Liquiditätsrisiko und Risiko der Änderung von weiteren/sonstigen Rahmenbedingungen, wobei insbesondere darauf hinzuweisen ist, dass:

- die Derivate fehlerhaft bewertet werden oder – wegen anderen Bewertungsverfahren – uneinheitliche Bewertungen aufweisen können;
- die Korrelation zwischen den Wertänderungen des abgesicherten Vermögenswerts können nicht mit dem des absichernden Derivats vollkommen übereinstimmen sodass eine vollständige Risikoabsicherung misslingt;
- das Nichtvorhandensein eines liquiden Sekundärmarktes zu einer unwirtschaftlichen Neutralisierung (Schliessung) eines Derivats führen kann;

- OTC-Derivatgeschäfte nicht oder schwer neutralisiert (geschlossen) oder verkauft werden können, da die Märkte ggf. besonders illiquide sind und starke Kursschwankungen aufweisen können;
- Basiswerte von Derivaten zu einem ungünstigen Zeitpunkt erworben bzw. verkauft werden müssen / können.

Hedge Fonds-Risiko

Hedge Fonds-Risiken resultieren häufig aus sehr komplexen Instrumenten und Techniken, die daher insbesondere mit höheren Risiken der nachfolgenden Kategorien verbunden sind:

Gegenpartei-/ Kontrahentenrisiko (ggf. keine behördliche Aufsicht), Konzentrationsrisiko (fehlender Grundsatz der Risikostreuung), Marktrisiko (ggf. fehlende Anlagebeschränkungen), Länder-/ Transferrisiko (ggf. Verwahrung in Offshore-Finanzplätzen), Hebelwirkungsrisiko aus der Finanzierung (ggf. fehlende Anlagebeschränkungen), Hebelwirkungsrisiko aus Derivatgeschäften (ggf. fehlende Anlagebeschränkungen).

High Yield-Risiko (Hochzinsanleihen-Risiko)

Als High-Yield-Anlagen werden Hochzinsanleihen bezeichnet, welche entweder kein Rating einer anerkannten Ratingagentur oder kein sog. „Investment Grade“ aufweisen und folglich über einen spekulativen Charakter („Speculative Grade“) verfügen. Insbesondere wegen dieser Eigenschaften liegen die nachfolgenden Risiken in einem höheren Ausmass vor:

Kredit-/ Emittentenrisiko, Marktrisiko, Zinsänderungsrisiko, Privat-Equity-Risiko / Erfolgsrisiko und Liquiditätsrisiko.

Immobilienrisiken

Direkte und indirekte Anlagen in Immobilien unterliegen spezifischen Risiken, welche beispielhaft wie folgt beschrieben werden können:

Projektentwicklungsrisiken

Baugrundrisiko (Altlastenrisiko) ist das Risiko, dass aufgrund der fehlenden Tragfähigkeit des Untergrunds einer aufwendigen Sanierung notwendig werden kann. Weitere Baugrundrisiken sind Kontaminationen im Erdreich, die zunächst saniert werden müssen, oder der Fund von Bodendenkmälern, was eine Verzögerung oder gar die Untersagung der Baumassnahmen nach sich ziehen kann. Für gewöhnlich sind Baugrundrisiken nur in der Erstellungsphase relevant, in seltenen Fällen kann es aber auch nach Fertigstellung noch zu Schäden durch Setzungen u. ä. kommen.

Kostenrisiko (Bau- und Entwicklungskostenrisiko, Kostenrisiko, Kostensicherheit, Qualität/ Kosten/ Termine, Kalkulation) ist das Risiko der Abweichung der tatsächlichen von den veranschlagten Baukosten, meist in Form von Kostensteigerungen. Kostenrisiken sind ein nachgelagertes Risiko, da sich nahezu alle Risiken im Zusammenhang mit der Bauerstellung auch auf die Kosten auswirken. Dies sind insbesondere Boden- und Baugrundrisiken, technische Risiken, Terminrisiken und Genehmigungsrisiken. Kostenrisiken wirken sich wiederum auf die Finanzierung des Projekts aus, da ggf. zusätzliche Mittel beschafft werden müssen bzw. vereinbarte Kreditrahmen nicht ausgeschöpft werden. Aufgrund eines geringen Eigenkapitalanteils können Kostenrisiken ein hohes Schadenspotential bergen (Hebeleffekt).

Terminrisiko (terminliche Risiken, Zeitrisko) ist das Risiko, dass es zu Verzögerungen im Bauablauf kommt und das Gebäude nicht zum vereinbarten Termin genutzt werden kann. Hierzu kann es in der Folge von Boden- und Baugrundrisiken, Genehmigungsrisiken oder technischen Problemen kommen, dann ist das Terminrisiko wie auch das Kostenrisiko ein nachgelagertes Risiko. Zusätzlich kann aber auch die ursprüngliche Terminplanung mangelhaft sein, dann handelt es sich um ein vorgelagertes Risiko. Folge von Terminverzögerungen sind meist Kostensteigerungen durch Vertragsstrafen, Erhöhung der Kosten der Zwischenfinanzierung oder durch Erhöhung der Baukosten.

Genehmigungsrisiko ist das Risiko, dass eine zum Bau erforderliche Genehmigung durch die zuständige Behörde nicht, nur verzögert oder nur unter Auflagen erteilt wird. Dabei handelt es sich primär um die Baugenehmigung durch das Bauamt, zusätzlich können aber weitere behördliche Genehmigungen eine Rolle spielen, zum Beispiel der Brandschutz, Denkmalschutz oder Umweltaspekte. Die Ursache von Genehmigungsrisiken liegt meist in der Projektkonzeption oder in bautechnischen Aspekten. Sie können ggf. durch eine hohe Qualität der architektonischen Gestaltung, ein positives Image sowie eine hohe ökologische und soziale Qualität des Gebäudes gemildert werden. Genehmigungsrisiken wirken sich durch Zeitverzögerungen und Kostensteigerungen, ob durch zusätzliche Auflagen oder als Folge der Verzögerung, aus.

Technische Risiken (Herstellungsprozess, Risiken der Bauausführung, Projektkonzeption, Entwicklungsrisiko) sind alle Risiken zusammengefasst, die ihre Ursache in der technischen Ausführung des Gebäudes haben. Dies sind insbesondere Planungsfehler, Probleme im Rahmen der Bauausführung wie Konstruktion, Bauverfahren, Baustellenorganisation und Arbeitssicherheit, sowie Qualitätsmängel. Ursache technischer Probleme kann ein nicht ausreichend tragfähiger Baugrund sein, des Weiteren können eine aussergewöhnliche architektonische Gestaltung oder Bauweise dazu beitragen. Technische Risiken wirken sich auf die Termin- und Kostenrisiken aus, ggf. kann es auch zu Problemen bei der Baugenehmigung kommen.

Projektkonzeptionsrisiko ist das Risiko, dass es aufgrund eines nicht marktgerechten Gebäudekonzepts zu Schwierigkeiten bei der Vermarktung kommt, bzw. dass die Vermarktung bei einem guten Gebäudekonzept leichtfällt. Dies betrifft sowohl die Vermarktung durch den Projektentwickler am Ende der Entstehungsphase als auch die Vermietung durch den Investor in der Nutzungsphase. Das Projektkonzeptionsrisiko ist in der Einschätzung der aktuellen und zukünftigen Standort- und Marktlage durch den Projektentwickler begründet. Es wirkt sich primär auf den Mietwert der Immobilie und mittelbar auf ihre Wertentwicklung aus. Ein flexibles Gebäudekonzept kann die Auswirkungen einer Fehlkonzeption abmildern.

Finanzierungsrisiken (finanzielle Risiken, Finanzierungsrisiko) des Objekts in der Erstellung sind alle Risiken, die mit der Zwischenfinanzierung bis zur Veräusserung des Objekts an einen langfristigen Investor entstehen und direkt der Immobilie zuzuordnen sind. Hier besteht einerseits eine gewisse Abhängigkeit von Veränderungen am Kapitalmarkt, andererseits hat aber auch der Projektverlauf Auswirkungen auf die Finanzierung. Hier wirken sich insbesondere zusätzliche Kosten und Terminverzögerungen aus, einerseits da ggf. zusätzliches Kapital beschafft bzw. die Zwischenfinanzierung verlängert werden muss, was eine Erhöhung der Finanzierungskosten nach sich zieht. Finanzierungsrisiken im Projekt wirken sich wiederum auf die Finanzlage des Unternehmens aus.

Standort- und Markttrisiken

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist das Risiko einer positiven oder negativen Veränderung der allgemeinen Wirtschaftslage auf globaler, nationaler oder regionaler Ebene. Dies umfasst alle Branchen. Bei der Bewertung des Risikos spielen sowohl die aktuelle Lage als auch die Zukunftsaussichten eine Rolle. Die Änderung der wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst eine Vielzahl für die Immobilienwirtschaft relevanter Risikofaktoren, zum Beispiel die Immobilienmärkte, die Finanzmärkte oder die Bewirtschaftungskosten (über das allgemeine Preisniveau). Mittelfristig wird auch die soziodemographische Entwicklung beeinflusst, was selbst wiederum zu einer Änderung der (regionalen) Wirtschaftslage führt. Die wirtschaftliche Entwicklung kann in begrenztem Rahmen durch die Politik beeinflusst werden.

Soziodemographische Entwicklung ist das Risiko von Veränderungen in der Bevölkerung. Dies ist zunächst die Veränderung der Einwohnerzahl, aber auch andere Merkmale wie die Anzahl der Haushalte bzw. die Haushaltsgrösse, Altersverteilung, Ausbildung, Berufstätigkeit, Kinder und Migrationshintergrund spielen aus Sicht der Immobilienwirtschaft eine grosse Rolle. Einige dieser Indikatoren hängen direkt mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammen (z. B. die Berufstätigkeit), andere werden mittelfristig von ihr beeinflusst. Ferner versucht die Politik mit diversen Steuerungsinstrumenten Einfluss zu nehmen. Die soziodemographische steht in Wechselwirkung mit der wirtschaftlichen Entwicklung und beeinflusst insbesondere den Immobilienmarkt.

Politische, steuerliche und juristische Rahmenbedingungen beschreiben den vom Staat gesetzten Handlungsrahmen der Wirtschaftssubjekte. Dies sind zunächst grundlegende Dinge wie die politische Ordnung, die Steuerbelastung, die Themen Bürokratie und Verwaltung sowie die Gestaltung der Rechtsordnung. Hinzu kommen die sich aus Veränderungen derselben ergebenden Risiken, zum Beispiel durch zusätzliche Auflagen. Des Weiteren sind hierunter auch speziell für die Immobilienbranche relevante Ordnungs- und Anreizinstrumente zu verstehen, u.a. steuerliche Regelungen für Immobilienunternehmen, Subventionen oder Bauvorschriften. Der Einfluss auf andere Risikofaktoren ist entsprechend vielfältig, zum Beispiel auf die wirtschaftliche und soziodemographische Entwicklung oder auf die Immobilienmärkte.

Grossschadensereignisse bezeichnen alle Ereignisse, die das Grundstück negativ beeinträchtigen und die nur sporadisch und zufällig auftreten. Dies sind vor allem Naturkatastrophen wie Hochwasser, Sturm oder Hagel, aber auch Unfälle und Katastrophen, Kriminalität, innere Unruhen oder kriegerische Auseinandersetzungen - was insbesondere bei Auslandsinvestitionen relevant ist. Es schliesst auch die Gefahr des zufälligen Untergangs des Objekts ein. Das Risiko von Grossschadensereignissen muss jeweils im Einzelfall geprüft werden, im Anschluss ist über adäquate Gegenmassnahmen wie bauliche Vorkehrungen zu entscheiden. Das Risiko wirkt sich im Wesentlichen auf das Bausubstanzrisiko aus.

Immobilienmarktrisiko bezeichnet das Risiko durch Änderungen auf dem relevanten Immobilien-Teilmarkt. Unterscheidungskriterien sind dabei unter anderem die Region, die Nutzungsart, ob Kauf oder Miete, Neubau oder Bestand, sowie weitere Faktoren. Änderungen ergeben sich durch eine Veränderung auf der Nachfrage- oder der Angebotsseite, die die Fläche oder die Qualität der Flächen betreffen kann. Das Immobilienmarktrisiko ist eines der zentralen Risiken in der Immobilienwirtschaft, da die Entwicklung der Mieteinnahmen und des Werts der Objekte massgeblich davon beeinflusst werden. Wesentliche Einflussfaktoren auf die Immobilienmärkte sind wirtschaftliche und soziodemographische Entwicklung, politische, steuerliche und juristische Rahmenbedingungen sowie der Standort.

Standortrisiken: Der Wert eines Grundstücks wird regelmässig massgeblich von seiner Umgebung geprägt. Unter dem Begriff der Standortrisiken sollen hier alle wertbeeinflussenden Eigenschaften des Umfelds verstanden werden, wobei die Punkte Wirtschaft, Soziodemographie und politische und rechtliche Rahmenbedingungen aufgrund ihrer hohen Bedeutung gesondert betrachtet werden. Bei den Standortfaktoren wird zwischen harten und weichen Standortfaktoren mit einem fließenden Übergang unterschieden. Dies sind u. A. die Lage und Topographie, Verkehrsanbindung und Infrastruktur, Umfeldnutzung, Soziodemographie und das Image des Standorts. Auf viele dieser Standortfaktoren hat die Politik Einfluss, insbesondere auf kommunaler Ebene. Die Standortrisiken beeinflussen insbesondere die Nachfrageseite des Immobilienmarkts.

Soziale Risiken umfassen Risiken, die ihre Ursache in der Sozialstruktur der Bewohner am Standort haben. Ihre negative Seite lässt sich durch den Begriff „Sozialer Brennpunkt“ charakterisieren. Zu den sozialen Risiken zählen hohe Arbeitslosigkeit, geringer Bildungsstand, Segregationsrisiken, Drogenabhängigkeit, Gewalt und (Klein-) Kriminalität. Im positiven kann ein stabiles soziales Gefüge aber auch zur Stabilisierung der Nachbarschaft beitragen. Die Folge sind Auswirkungen auf die Betriebskosten (z. B. die Beseitigung von Vandalismusschäden) und auf die Mieteinnahmen (z. B. durch Mietrückstände).

Objektrisiken

Boden- und Baugrundrisiko ist das Risiko, dass es aufgrund der Eigenschaften des Bodens am gewählten Standort zu Bauverzögerungen oder Kostensteigerungen kommt, oder sogar unmöglich ist, das projektierte Gebäude dort zu errichten. Die Ursachen hierfür können in der Tragfähigkeit des Untergrunds liegen, was zu einer aufwändigeren Gründung führt. Weitere Boden- und Baugrundrisiken sind Kontaminationen im Erdreich, die zunächst saniert werden müssen, oder der Fund von Bodendenkmälern, was eine Verzögerung oder gar die Untersagung

der Baumassnahmen nach sich ziehen kann. Für gewöhnlich sind Boden- und Baugrundrisiken nur in der Erstellungsphase relevant, in seltenen Fällen kann es aber auch nach Fertigstellung noch zu Schäden durch Setzungen u. ä. kommen.

Gebäudesubstanzrisiko ist das Risiko physischer Schäden am Gebäude, die über das Mass der Schönheitsreparatur hinausgehen, sowie die Überalterung des Gebäudekonzepts. Ursache können direkte Einwirkungen von aussen durch Grossschadensereignisse sein, aber auch objektinterne Schäden wie Brand- oder Wasserschäden. Hinzu kommt die normale Alterung und Abnutzung der Gebäudesubstanz. Diese kann durch Wartung und Instandhaltung verlangsamt oder durch Umwelteinflüsse beschleunigt werden. Hierauf hat auch die Bauweise Einfluss. Die Gefahr der Obsoleszenz kann durch eine flexible Primärstruktur gesenkt werden. Der Zustand der Gebäudesubstanz entscheidet auch über die möglichen Mieteinnahmen - ggf. kann es auch zu Mietminderungen kommen - und über die Bewirtschaftungskosten.

Ökologisches Risiko eines Objekts in der Nutzungsphase beinhaltet insbesondere negative Wirkungen auf die Nutzer, die von dem Gebäude ausgehen, sowie negative Wirkungen auf die Umwelt. So kann beispielsweise die Raumluft durch Baumaterialien belastet sein, zum Beispiel durch Asbestfasern oder Ausdünstungen von Farben und Klebern, oder das Klima gewährleistet keine Behaglichkeit. An negativen Auswirkungen auf die Umwelt sind sowohl Umweltschäden durch unvorhergesehene Ereignisse, beispielsweise Boden- und Gewässerschäden durch ausgelaufenes Heizöl, aber auch Emissionen im laufenden Gebäudebetrieb, beispielsweise durch die Heizanlage, mit in Betracht zu ziehen. Ökologischen Risiken kann durch sorgfältige Planung und regelmässige Wartung und Instandhaltung vorgebeugt werden.

Mietwertrisiko (Mietpotential, aktuelle Miethöhe, erzielbare Miete, Mieteinnahmen) ist das Risiko der potentiell am Markt für ein entsprechendes Objekt erzielbare Miete. Sie stellt das Maximum der tatsächlichen Mieteinnahmen dar - diese können durch Sondereinflüsse wie Leerstand oder Mietausfall geringer sein. Des Weiteren hat die Qualität des Objektmanagements Einfluss darauf, ob eine Miete in Höhe des Mietwerts realisiert werden kann. Der Mietwert wird durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage in dem relevanten, räumlich und sachlich abgegrenzten Teilmarkt bestimmt. Der Mietwert ist eines der zentralen Risiken, da er sich mittelbar auf die Wertentwicklung der Immobilie auswirkt. Des Weiteren hängt der Cash Flow des Immobilienunternehmens von der Höhe der Mieteinnahmen ab.

Bewirtschaftungskostenrisiken sind Änderungsrisiken der umlagefähigen und der nicht-umlagefähigen Bewirtschaftungskosten. Umlagefähige Bewirtschaftungskosten sind zwar vom Mieter zu tragen. Da diese aber gewöhnlich mit den Gesamtkosten für die Nutzung rechnen, schmälern hohe Betriebskosten den Mietwert der Immobilie. Bei den nicht-umlagefähigen Bewirtschaftungskosten handelt es sich im Wesentlichen um Kosten der laufenden Instandsetzung und der Verwaltung. Die Bewirtschaftungskosten wirken sich auf die Netto-Mieteinnahmen und die Wertentwicklung aus. Sie lassen sich durch eine entsprechende Bauweise, insbesondere eine hohe Bauqualität und einen niedrigen Energiebedarf, abfedern.

Wertentwicklungsrisiko ist das Risiko, dass sich der Wert einer Immobilie verändert - sowohl positiv als auch negativ. Da die Wertentwicklung eine wesentliche Komponente der Immobilienrendite darstellt handelt es sich hierbei um ein für den wirtschaftlichen Erfolg der Investition zentrales Risiko. Die Wertentwicklung ist direkt mit der Höhe der Netto-Mieteinnahmen verknüpft, da Investoren für gewöhnlich den tragbaren Kaufpreis von Gebäuden auf dieser Basis mit Hilfe des Ertragswertverfahrens ermitteln. Insofern wirken sich Änderungen des Mietwerts und der Bewirtschaftungskosten unmittelbar auf den Wert des Gebäudes aus. Das Risiko der Wertentwicklung beeinflusst entsprechend die finanzielle Situation des Unternehmens.

Rechtliche Risiken im Zusammenhang mit einem Objekt umfassen alle rechtlichen Probleme im Zusammenhang mit dem Kauf, der Bebauung, der Vermietung und dem Objektmanagement. Hierunter fallen beispielsweise Belastungen des Grundstücks, mietrechtliche Fragen oder auch die Grundstückseigentümerhaftung. Die rechtlichen Risiken werden einerseits durch die gültige Rechtsordnung, andererseits durch die Managementqualität des Unternehmens beeinflusst. Sie wirken sich im Wesentlichen finanziell aus, je nach Sachlage auf die (nicht überwälzbaren) Bewirtschaftungskosten, den Wert der Immobilie oder die Finanzen des Unternehmens als Ganzes.

Interessenkonfliktrisiko

Aufgrund der vielfältigen Geschäftstätigkeiten des AIFM, der Verwahrstelle, ihrer beauftragten Parteien können Interessenkonflikte auftreten, da die Parteien möglicherweise nicht ausschliesslich für den Fonds handeln.

Die involvierten Parteien sind verpflichtet, durch geeignete organisatorische und personelle Massnahmen das Risiko der Beeinträchtigung von Anlegerinteressen durch Interessenkonflikte möglichst zu vermeiden.

Ist dies nicht möglich, bemühen sich die involvierten Parteien, den Konflikt nach besten Kräften und mit der gebotenen Sachkenntnis angemessen beizulegen bzw. ihn nach Recht und Billigkeit zu behandeln und - sofern sinnvoll und notwendig - den Interessenkonflikt offenzulegen.

Konzentrationsrisiko

Erfolgt eine Konzentration der Anlage in individuelle Vermögenswerte („Fokussierte Anlage“) oder bestimmte Märkte, Branchen, Regionen/Länder, Anlageklassen /-themen, dann ist der Fonds von der Entwicklung dieser fokussierten Anlage oder schwerpunktmässigen Kategorien, einschliesslich politischer Einflüsse, besonders stark abhängig.

Bei einer fokussierten Anlage kann die für Fonds charakteristische Risikostreuung („Diversifikationseffekt“) entfallen und die Wertentwicklung des Fonds markant von der generellen Entwicklung der zugrundeliegenden Märkte abweichen.

Bei Investitionen in sog. Zielfonds können diese Zielfonds ähnliche Vermögenswerte enthalten. Zudem können die häufig voneinander unabhängig und weisungsungebunden agierenden Fondsmanager vergleichbare Anlagestrategien verfolgen. Aus diesen Gründen kann sich gegebenenfalls die Risikostreuung („Diversifikation“) verringern und auch ein Konzentrationsrisiko entstehen (stark korrelierte Risiken), welches oftmals zeitnah nicht erkannt werden kann.

Kredit-/ Emittentenrisiko

Die Verschlechterung der Zahlungsfähigkeit oder gar der Konkurs eines Emittenten können einen mindestens teilweisen oder totalen Verlust des Vermögens bedeuten. Kredit-/ Emittentenrisiko steht für die individuelle Entwicklung des jeweiligen Ausstellers, die neben den allgemeinen Kapitalmarktendenzen auf den Kurs eines Wertpapiers wirken.

Das Risiko kann sich im Zeitverlauf trotz sorgfältiger Auswahl der Wertpapiere wesentlich verschlechtern und folglich zu einem Teil-/ oder Totalverlust führen.

Länder- / Transferrisiko

Vom Länderrisiko spricht man, wenn ein ausländischer Schuldner trotz Zahlungsfähigkeit aufgrund fehlender Transferfähigkeit oder -bereitschaft seines Sitzlandes Leistungen nicht fristgerecht oder überhaupt nicht erbringen kann (z.B. aufgrund von Devisenbeschränkungen, Transferrisiken, Moratorien oder Embargos). So können z.B. Zahlungen, auf die der Fonds Anspruch hat, ausbleiben, oder in einer Währung erfolgen, die aufgrund von Devisenbeschränkungen nicht mehr konvertierbar ist.

Liquiditätsrisiko

In internationalen Standards wird dieses Risiko auch als das Risiko, dass eine Position im Portfolio nicht innerhalb hinreichend kurzer Zeit mit begrenzten Kosten veräußert, liquidiert oder geschlossen werden kann und dass dadurch die Erfüllung von Rückgabeverlangen der Anleger oder von sonstigen Zahlungsverpflichtungen beeinträchtigt, bezeichnet.

Markteng und illiquide Vermögenswerte

Speziell bei marktengen und illiquiden Vermögenswerten ist es vorstellbar, dass selbst ein gewöhnlicher Kauf-/ oder Verkaufsauftrag zu signifikanten Wertänderungen führen kann. Sofern ein Vermögenswert illiquide ist, dann kann ggf. eine beabsichtigte Veräußerung unmöglich sein oder nur mit einem wesentlichen Abschlag, einer sog. Illiquiditätsprämie, erfolgen. Im umgekehrten Fall eines beabsichtigten Kaufs kann eine bestehende Illiquidität zu einem deutlich erhöhten Kaufpreis führen.

Risiken durch vermehrte Rückgaben

Zudem beeinflussen Kauf bzw. Verkaufsaufträge die Liquidität des AIF, da ggf. die Abflüsse die Zuflüsse übersteigen und deren Saldierung zu einem wesentlichen Nettoabfluss der liquiden Mittel des Fonds führen kann. Es ist daher vorstellbar, dass trotz geeigneter Risikomanagement-/ und Compliance-Instrumente die Liquidität zur Befriedigung von Rücknahmeaufträgen nicht ausreicht, und diese nicht zeitnah durchgeführt werden können.

Marktrisiko

Die Kurs- oder Marktwertentwicklung von Finanzanlagen hängt insbesondere von der Entwicklung der Kapitalmärkte ab, die wiederum von der allgemeinen Lage der Weltwirtschaft sowie den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Ländern sowie Faktoren wie Stimmungen, Meinungen und Gerüchte beeinflusst wird. In internationalen Standards wird dieses Risiko auch als das Verlustrisiko für ein Investmentvermögen, das aus Schwankungen beim Marktwert von Positionen im Portfolio des Investmentvermögens resultiert, die zurückzuführen sind auf Veränderungen bei Marktvariablen, wie Zinssätzen, Wechselkursen, Aktien- und Rohstoffpreisen oder bei der Bonität eines Emittenten bezeichnet.

Operationelle Risiken (u.a. Risiken aus Handels-, Abrechnungs-/ Bewertungsverfahren; Rechts-/ Dokumentationsrisiken; Reputationsrisiken)

Das operationelle Risiko ist die Gefahr eines Verlusts infolge fehlerhafter oder unzureichender Prozesse (z.B. falsch definierter Empfängerkreis von Berichten und Listen, fehlende Abstimmung in der Buchungsverantwortung, mangelhafte Funktionstrennung bzw. fehlendes 4-Augen-Prinzip, nicht ausreichende Notfallplanung usw.), menschlichem Versagen (z.B. Fehler in der Erfassung von Aufträgen, Falschberatung von Kunden, interner Betrug, Nichtdurchführung von vorgesehenen Kontrollen usw.), technischem Versagen (z.B. fehlerhafte Hardware, falsch programmierte Software, defekte Türschlösser usw.), von externen Ereignissen (z.B. Lieferung von falsch gedruckten Geschäftsberichten, externe kriminelle Handlungen, Überschwemmungen usw.). In internationalen Standards wird dieses Risiko auch als das Verlustrisiko des Investmentvermögens, das aus unzureichenden internen Prozessen sowie aus menschlichem oder Systemversagen beim AIFM oder aus externen Ereignissen resultiert; darin eingeschlossen sind Rechts-, Dokumentations-, und Reputationsrisiken sowie Risiken, die aus den – für das Investmentvermögen betriebenen Handels-, Abrechnungs- und Bewertungsverfahren resultieren – bezeichnet.

Private Equity Risiko / Erfolgsrisiko

Private Equity-Risiken resultieren aus Vermögenswerten, die von Unternehmen ausgegeben werden, die – mit Ausnahme von indirekten Investitionen von gelisteten Private-Equity-Gesellschaften – nicht an einer Börse notiert sind bzw. gehandelt werden.

Die Unternehmen können unterschiedliche Arten von Finanzanlagen emittieren, die Eigenkapital-, Hybridkapital- oder Fremdkapitaleigenschaften aufweisen. Beispielhaft können die Finanzierungen folgende Investitionsphase umfassen:

- Einführung von Geschäftsideen oder Produktinnovationen von „jungen“ Unternehmen oder als Teil der Wachstumsfinanzierung in der späteren Entwicklung („Venture Capital“)
- Unternehmensübernahmen mit Fremdkapitaleinsatz und ggf. Teilnahme des Managements („Management-Buy-Out“)
- Besondere Situationen, wie bspw. Umstrukturierungen, Unternehmenskrisen oder Börsengänge („Distressed / Special Situations“)

Private Equity-Anlagen weisen andere und ggf. höhere Risiken als die von börsennotierten Gesellschaften auf, da bspw.:

- die Standards hinsichtlich Rechnungslegung, Bilanzierung, Prüfung oder Aufsicht unter dem Niveau von kotierten Anlagen liegen
- die Unternehmen nur eine kurze Historie und eingeschränkte Markterfahrung aufweisen bzw. innovative und nicht marktetaillierte Produkte anbieten
- die Unternehmen sich in einer Krise bzw. Umstrukturierungsphase befinden und eine angespannte Finanzlage samt ungewisser Planungen fehlendem Organisationsniveau aufweisen
- Vermögenswertändernde Tatbestände, wie bspw. eine wesentlich andere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, können ggf. nicht zeitnah erkannt werden
- diese Anlagen i.d.R. einen langfristigen, illiquiden Charakter aufweisen und daher nur eingeschränkt fungibel sind
- der Investitionsprozess technisch anspruchsvoll ist und daher weiteren Risiken unterliegen kann
- Investitionen in Private Equity-Fonds ebenfalls diese spezifischen Risiken aufweisen kann
- Zusätzliche Kosten entstehen können, die den Wert der Anlage ggf. erheblich beeinträchtigen kann

Rechtliche und politische Risiken

Investitionen in ausländischen Rechtsordnungen mit fehlender Anwendbarkeit von inländischem Recht oder im Fall von Rechtsstreitigkeiten mit ausländischem Gerichtsstand, können zu erhöhten Rechtsrisiken führen und zu Nachteilen für den Fonds und Anleger führen.

Ineffiziente / ungenügend funktionierende Rechtssysteme führen exemplarisch zu folgenden Risiken:

- Erschwerte oder unmögliche Durchsetzbarkeit von Rechtsansprüchen bei einem Gesetzes- oder Vertragsbruch oder bei Eigentumskonflikten
- Mangelnde Kontrolle von Hoheitsakten seitens von Regierungsstellen
- Widersprüche oder Konflikte zwischen den und innerhalb der diversen Gesetze, Regelungen, Dekrete, Verordnungen und Beschlüsse
- Unerfahrenheit der Richterschaft und der Gerichtshöfe auf diesen Gebieten
- Fehlende Rechtssicherheit und kurzfristig ändernde rechtliche Rahmenbedingungen und politische Einflussnahme und Korruption in der Rechtsverwaltung.

Rohstoff-, Edelmetall- und Waren(termin)risiko

Direkte und indirekte Anlagen an den Rohstoff-, Edelmetall- und Waren(termin)märkten sind grundsätzlich dem allgemeinen Marktrisiko ausgesetzt.

Daneben hängt die Wertentwicklung von Rohstoffen, Edelmetallen und Waren aber auch von der Versorgungslage der Güter, der prognostizierten Förderung / Gewinnung und Produktion sowie dem erwarteten Verbrauch ab und kann daher sehr volatil sein. Marktpreise können auch politisch beeinflusst werden (Rechtliche und politische Risiken) oder geographisch bedingt Unzulänglichkeiten in der regulatorischen Aufsicht bzw. Infrastruktur des Marktes, Devisen- und Transferbeschränkungen, Moratorien, Unruhen, Embargos in erhöhtem Masse bestehen (Schwellenmarktrisiko). Folglich könnten diese Märkte nicht liquide bzw. eingeschränkt transferierbar sein (Länder- / Transferrisiko).

Schwellenmarktrisiko

Anlagen in (aufstrebenden) Entwicklungs- oder Schwellenländern beinhalten möglicherweise besondere wirtschaftliche und rechtliche Risiken, die den Fonds einer erhöhten Volatilität oder Wertminderungen aussetzen können.

Dazu gehören beispielsweise: Kapitalmärkte mit einer vergleichsweise geringere Marktkapitalisierung und folglich erhöhter Volatilität, Unzulänglichkeiten in der regulatorischen Aufsicht, Infrastruktur des Marktes, im Aktionärschutz, sowie Korruption, Devisen- und Transferbeschränkungen, Moratorien, Unruhen, Embargos (Export-/ Importbeschränkungen), vergleichsweise intransparente / inkompatible Bilanzierungsrichtlinien, direkte („Verstaatlichung“) oder indirekte Enteignung („enteignungsähnlichen Steuern“), erhöhte Inflation / Deflation, Währungsabwertungen, militärische Konflikte oder anderer Beschränkungen durch die Regierung.

Weitergehende thematisch verwandte Ausführungen finden sich unter der Rubrik „Rechtliche und politische Risiken“.

Währungsrisiko

Hält der Fonds Vermögenswerte in Fremdwährungen, so ist er einem Währungsrisiko ausgesetzt. Sinkende Devisenkurse können zu einer Wertminderung der Fremdwährungsanlagen führen.

Neben den direkten Währungsrisiken bestehen auch indirekte Währungsrisiken. International tätige Unternehmen sind mehr oder weniger stark von der Wechselkursentwicklung abhängig, was sich indirekt auch auf die Kursentwicklung von Anlagen auswirken kann.

Bei Vorliegen von (teilweisen) Absicherungsgeschäften ist nicht auszuschliessen, dass bei Währungskursänderungen dennoch Kursverluste entstehen können und die Entwicklung des Fonds negativ beeinflusst wird.

Zinsänderungsrisiko

Soweit der Fonds in verzinsliche Wertpapiere investiert, ist er einem Zinsänderungsrisiko ausgesetzt. Steigt das Marktzinsniveau, kann der Kurswert der zum Vermögen gehörenden verzinslichen Wertpapiere erheblich sinken. Dies gilt in erhöhtem Masse, soweit das Vermögen auch verzinsliche Wertpapiere mit längerer Restlaufzeit und niedrigerer Nominalverzinsung hält.

8.3 Sonstige Risiken

Inflationsrisiko (Kaufkraftfrisiko)

Geldentwertung oder Inflation kann die Kaufkraft der Vermögenswerte mindern. Der reale Wert des investierten Kapitals sinkt, wenn die Inflationsrate höher ist als die Kursgewinne und/oder Erträge der Anlagen, wobei verschiedene Währungen in unterschiedlich hohem Ausmass betroffen sein können.

Konjunkturrisiko

Es handelt sich dabei um die Gefahr von Kursverlusten, die dadurch entstehen, dass bei der Anlageentscheidung die Konjunkturentwicklung nicht oder nicht zutreffend berücksichtigt und dadurch Wertpapieranlagen zum falschen Zeitpunkt getätigt oder Wertpapiere in einer ungünstigen Konjunkturphase gehalten werden.

Kündigungsfrist / Kündigungstermin

Eine Kündigung ist eine einseitige, empfangsbedürftige Willenserklärung die darauf abzielt ein Vertragsverhältnis zu beenden. Die Kündigungsfrist gibt den Zeitraum zwischen dem Eingang der Kündigungserklärung bei der Gegenpartei und der daraus resultierenden Vertragsbeendigung bzw. der Auszahlung des Gegenwerts des Anlegers.

Durch die Vorgabe soll der Fonds und seine Anleger vor frühen Rückzahlungen geschützt werden, insbesondere wenn die Investitionen des Fonds vorrangig eine lange Laufzeit und eingeschränkte Liquidität haben und bei einem schnellen Verkauf ein unangemessener Liquiditätsabschlag möglich wäre.

Die Kündigungsfrist kann ggf. angehoben oder verkürzt werden, sofern die Liquidität des Fonds dies erforderlich macht.

Risiko der Änderung des Anlagespektrums und der Anlagepolitik

Durch eine Änderung der Anlagepolitik und des zulässigen Anlagespektrums kann sich das mit dem Fonds verbundene Risiko inhaltlich verändern.

Risiko der Änderung des Treuhandvertrags samt Auflösung des Fonds

Die Dokumente des Fonds können jederzeit mit Zustimmung der FMA geändert werden. Daneben kann der Fonds ganz bzw. teilweise aufgelöst oder mit einem anderen Fonds verschmolzen werden.

Für den Anleger besteht folglich das Risiko, dass er die von ihm geplante Haltedauer nicht realisieren kann. Insbesondere bei einer sehr kurzen Anlagedauer können u.U. die Kosten eines Fonds die Erträge der Anlagen wesentlich reduzieren oder aufzehren.

Risiko der Änderung des Risiko- / Anlegerprofils

Der Anleger muss damit rechnen, dass sich das Risiko- / Anlegerprofil des Fonds jederzeit ändern kann

Risiko der Änderung von weiteren/sonstigen Rahmenbedingungen

Es können sich weitere/sonstige Rahmenbedingungen ändern, welche sich ggf. negativ auf die Vermögenswerte und folglich für die Anleger auswirken könnte.

Risiko der zeitlich beschränkten Erlaubnis zur Nichteinhaltung von Anlagebeschränkungen nach Liberierung

Die definierten Anlagebefugnisse und /-beschränkungen sind ggf. - während eines bestimmten Zeitraums nach der Liberierung des Fonds - nicht einzuhalten, da sich das Portfolio noch im Aufbau befindet („Freistellung zur Einhaltung der Anlagebeschränkungen“).

Das Risiko besteht darin, dass durch die Nichteinhaltung von Anlagebeschränkungen ein möglicherweise höheres Risikopotential besteht.

Risiko hoher indirekter Kostenbelastungen

Einzelne Gestaltungsstrukturen benötigen allenfalls erhöhte betriebswirtschaftlich bedingte Aufwendungen, die i.d.R. auf Stufe der indirekten Anlagen anfallen und dort den einzelnen Anlagen belastet werden.

Schlüsselpersonenrisiko (Manager-Risiko)

Der Erfolg und das Anlageergebnis des Fonds hängen ggf. auch von den Entscheidungen und handelnden Personen ab. Bei Änderungen handelnden Personen können gegebenenfalls neue Entscheidungsträger dann weniger erfolgreich agieren.

Steuerrisiko

Das Kaufen, Halten oder Verkaufen von Anlagen des Fonds kann steuerrechtlichen Vorschriften ausserhalb des Domizillandes des Fonds unterliegen (Quellensteuerabzug bzw. Abgeltungsteuer).

Verhaltensökonomik (engl. „Behavioral Finance“)

Stimmungen, Meinungen und Gerüchte können einen bedeutenden Kursrückgang verursachen, obwohl sich die Ertragslage und die Zukunftsaussichten der Unternehmen, in welche investiert wird, nicht nachhaltig verändert haben müssen.

8.4 Einsatz von Finanztechniken

Unter Beachtung der Anlagebefugnisse /-beschränkungen können Finanztechniken zur effizienten Portfolioverwaltung verwendet werden. Auf einige Aspekte von Finanztechniken wird in diesem Abschnitt eingegangen, wobei dies keine abschliessende Auflistung von ist.

Leerverkäufe

Leergeschäfte sind Transaktionen, bei der ein Verkauf eines Vermögenswerts erfolgt, ohne dass zum Abschlusszeitpunkt der Vermögenswerte tatsächlich das Eigentum besitzt. Aus diesem Grund muss daher im Nachhinein der Vermögenswert durch ein sog. Deckungsgeschäfts erworben. Die Spekulation zielt folglich darauf ab, dass ein Vermögenswert sinkt zu einem späteren Zeitpunkt billiger eingekauft werden kann.

Wertschriftenleihe und Wertschriftenentlehnung

Wertpapierleihgeschäfte sind Transaktion, bei denen Vermögenswerte, i.d.R. Wertpapiere, für einen (bestimmten) Zeitraum an Dritte verliehen werden. Nach Ablauf dieses Zeitraums werden diese Vermögenswerte zurückgegeben bzw. durch gleichartige /-wertige Vermögenswerte ersetzt.

Wertpapierleihe /-entlehnungen weisen Risiken auf, insbesondere ist darauf hinzuweisen, dass ggf.:

- die Vermögenswerte während des Verleihzeitraums nicht veräussert werden können und eine Realisierung von möglichen Kursgewinnen bzw. /-verlusten nicht möglich ist.
- Dies betrifft auch Rückkaufverpflichtungen von verliehenen Vermögenswerten.
- die im Rahmen der Wertpapierleihe erhaltenen Barsicherheiten, nach Ablauf des Leihgeschäfts zurückzuerstatten bzw. zu zahlen sind, und mögliche Verluste aus einer Ersatzinvestition getragen werden müssen.
- das Gegenparti-/ Kontrahentenrisiko, wenn der Entleiher seinen Rückgabeverpflichtungen nicht oder nur unzureichend nachkommt.

Pensionsgeschäfte (Repurchase Agreement)

Wertpapierpensionsgeschäfte sind Transaktionen, bei denen Vermögenswerte verkauft werden, wobei zusätzlich entweder der Rückverkauf bzw. /-kauf innerhalb einer vereinbarten Frist vereinbart wurde oder die Vertragsparteien den Rückkauf bzw. /-verkauf zu einem bei Vertragsabschluss festgelegten Preis und Frist verlangen zu können.

Wertpapierpensionsgeschäfte weisen Risiken auf, insbesondere ist darauf hinzuweisen, dass ggf.:

- die Vermögenswerte während des Verleihzeitraums nicht veräussert werden können und eine Realisierung von möglichen Kursgewinnen bzw. /-verlusten nicht möglich ist.
- Dies betrifft auch Rückkaufverpflichtungen von verliehenen Vermögenswerten.
- die im Rahmen der Wertpapierleihe erhaltenen Barsicherheiten, nach Ablauf des Leihgeschäfts zurückzuerstatten bzw. zu zahlen sind, und mögliche Verluste aus einer Ersatzinvestition getragen werden müssen.
- das Gegenparti-/ Kontrahentenrisiko, wenn der Entleiher seinen Rückgabeverpflichtungen nicht oder nur unzureichend nachkommt.

9 Beteiligung am AIF

9.1 Verkaufsrestriktionen

Der AIF ist nicht in allen Ländern der Welt zum Vertrieb zugelassen. In Anhang B „Spezifische Informationen für einzelne Vertriebsländer“ sind Informationen bezüglich des Vertriebs in verschiedenen Ländern enthalten. Bei der Ausgabe, beim Umtausch und Rücknahme von Anteilen im Ausland können die dort geltenden Bestimmungen zur Anwendung kommen.

Der Erwerb von Anteilen des AIF erfolgt auf der Basis des Prospektes, des Treuhandvertrages sowie des letzten Jahresberichtes. Gültigkeit haben nur die Informationen, die im Prospekt und insbesondere im Treuhandvertrag inklusive Anhang A und Anhang B enthalten sind. Mit dem Erwerb der Anteile gelten die vorbezeichneten konstituierenden Dokumente als durch den Anleger genehmigt.

Informationen, die nicht in diesem Prospekt und Treuhandvertrag oder der Öffentlichkeit zugänglichen Dokumenten enthalten sind, gelten als nicht autorisiert und sind nicht verlässlich. Potenzielle Anleger sollten sich über mögliche steuerliche Konsequenzen, die rechtlichen Voraussetzungen und mögliche Devisenbeschränkungen oder -Kontrollvorschriften informieren, die in den Ländern ihrer Staatsangehörigkeit, ihres Wohnsitzes oder ihres Aufenthaltsortes gelten und die bedeutsam für die Zeichnung, das Halten, den Umtausch, die Rücknahme oder die Veräusserung von Anteilen sein können. Weitere steuerliche Erwägungen sind im Prospekt erläutert.

Ein Verkauf von Fondsanteilen an US-Bürger ist ausgeschlossen (dies betrifft Personen, die Staatsangehörige der Vereinigten Staaten von Amerika sind oder dort ihr Domizil haben und/oder dort steuerpflichtig sind, oder Personengesellschaften oder Kapitalgesellschaften, die gemäss den Gesetzen der Vereinigten Staaten von Amerika beziehungsweise eines Bundesstaates, Territoriums oder einer Besetzung der Vereinigten Staaten gegründet werden). Die Anteile wurden und werden nicht nach dem United States Securities Act aus dem Jahr 1933 in seiner geltenden Fassung (das "Gesetz von 1933") oder nach den Wertpapiergesetzen eines Bundesstaates oder einer Gebietskörperschaft der Vereinigten Staaten von Amerika oder ihrer Territorien, Besetzungen oder sonstiger Gebiete registriert, die ihrer Rechtshoheit unterstehen, einschliesslich des Commonwealth von Puerto Rico (die "Vereinigten Staaten"). Sollten sich nach Begründung der Geschäftsbeziehung zu dem AIF die persönlichen Verhältnisse des Anlegers derart ändern, dass er als US-Bürger im Sinne der vorstehenden Definition zu qualifizieren ist, ist der Anleger verpflichtet die Anteile unverzüglich zu veräussern und den AIFM vollumfänglich zu informieren.

Die Anteile dürfen nicht in den Vereinigten Staaten noch an oder für Rechnung von US-Personen (im Sinne der Definition des Gesetzes von 1933) angeboten, verkauft oder anderweitig übertragen werden. Spätere Übertragungen von Anteilen in den Vereinigten Staaten bzw. an US-Personen sind unzulässig.

Der AIF wurde und wird weder nach dem United States Investment Company Act aus dem Jahr 1940 in seiner geltenden Fassung noch nach sonstigen US-Bundesgesetzen registriert. Dementsprechend werden Anteile weder in den Vereinigten Staaten noch an oder für Rechnung von US-Personen (im Sinne der Definition des Gesetzes von 1933) angeboten, verkauft oder anderweitig übertragen.

Die Anteile wurden von der US-Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (der "SEC") oder einer sonstigen Aufsichtsbehörde in den Vereinigten Staaten weder zugelassen, noch wurde eine solche Zulassung verweigert; darüber hinaus hat weder die SEC noch eine andere Aufsichtsbehörde in den Vereinigten Staaten über die Richtigkeit oder die Angemessenheit dieses Prospektes und des Treuhandvertrages bzw. die Vorteile der Anteile entschieden.

Weitere Informationen zum Vertrieb der Anteile des AIF sind im Anhang B „Spezifische Informationen für einzelne Vertriebsländer“ zu finden. Der Anhang B wird nicht von der FMA genehmigt und kann daher jederzeit angepasst werden. Die Änderungen werden der FMA sodann angezeigt.

9.2 Allgemeine Informationen zu den Anteilen / Anteilsklassen

Die Anteile werden nur buchmässig geführt.

Gemäss Art. 21 des Treuhandvertrages des AIF können künftig Anteilsklassen gebildet werden, die sich hinsichtlich der Ertragsverwendung, des Ausgabeaufschlags, der Referenzwährung und des Einsatzes von Währungssicherungsgeschäften, der Verwaltungsvergütung, der Mindestanlagesumme bzw. einer Kombination dieser Merkmale von den bestehenden Anteilsklassen unterscheiden. Die Rechte der Anleger, die Anteile aus bestehenden Anteilsklassen erworben haben, bleiben davon jedoch unberührt.

Die Anteilsklassen, die in Zusammenhang mit dem AIF aufgelegt sind, sowie die in Zusammenhang mit den Anteilen des AIF entstehenden Gebühren und Vergütungen sind in Anhang A "Fonds im Überblick" genannt. Überdies können bestimmte andere Gebühren, Vergütungen und Kosten aus den Vermögenswerten des AIF beglichen werden (vgl. unten "Steuervorschriften" sowie "Kosten und Gebühren").

9.3 Berechnung des Nettoinventarwertes pro Anteil

Der Nettoinventarwert (der «NAV», Net Asset Value) pro Anteil einer Anteilsklasse wird von dem AIFM oder einem von ihm Beauftragten am jeweiligen Bewertungstag, sowie für das Ende des Rechnungsjahres, berechnet.

Der NAV eines Anteils an einer Anteilsklasse eines Fonds ist in der Rechnungswährung des Fonds oder, falls abweichend, in der Referenzwährung der entsprechenden Anteilsklasse ausgedrückt und ergibt sich aus der der betreffenden Anteilsklasse zukommenden Quote des Fondsvermögens, vermindert um allfällige Schuldverpflichtungen desselben Fonds, die der betroffenen Anteilsklasse zugeteilt sind, dividiert durch die Anzahl der im Umlauf befindlichen Anteile der entsprechenden Anteilsklasse. Er wird bei der Ausgabe und bei der Rücknahme von Anteilen auf zwei Dezimalstellen in der jeweiligen Referenzwährung gerundet.

Der AIFM ist berechtigt, nach Beschluss einen sogenannten Sonder-NAV in Abweichung zum üblichen Bewertungsintervall zu rechnen, um in Sonderfällen die zeitnahe Ausgabe und Rücknahme von Anteilen zu ermöglichen. Hinweise dazu sind im Anhang A „Fonds im Überblick“ genannt.

Weitere Informationen (z.B. Bewertungsgrundsätze für die Berechnung des Nettoinventarwertes) und Angaben sind unter Art. 26 des Treuhandvertrags zu finden.

9.4 Ausgabe und Rücknahme von Anteilen

Class EUR A Seeder, Class USD A Seeder, Class CHF A Seeder

Ab dem 1. März 2019 erfolgt KEINE weitere Ausgabe von Anteilen dieser Anteilsklassen.

Anteile des AIF werden an jedem Bewertungstag ausgegeben (unter Berücksichtigung der vorgängig genannten Ausnahme) bzw. an jedem Bewertungstag (unter Berücksichtigung der nachstehend genannten Ausnahme) zurückgenommen, und zwar zum Nettoinventarwert je Anteil der entsprechenden Anteilsklasse, zuzüglich des allfälligen Ausgabeaufschlags und etwaiger Steuern und Abgaben bzw. abzüglich des allfälligen Rückgabeabschlags und etwaiger Steuern und Abgaben.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Anteilsklassen E, F, G sowie H über eine Kündigungsfrist von 15 Kalendertagen auf den Bewertungstag verfügen.

Weitere Informationen und Angaben sind unter Art. 27 und Art. 28 des Treuhandvertrags zu finden.

9.5 Umtausch von Anteilen

Sofern unterschiedliche Anteilsklassen angeboten werden, kann ein Umtausch von Anteilen einer Anteilsklasse in Anteile einer anderen Anteilsklasse erfolgen. Für den Umtausch innerhalb eines AIF kann eine Umtauschgebühr erhoben werden. Falls ein Umtausch von Anteilen für Anteilsklassen nicht möglich ist, wird dies für die betroffene Anteilsklasse in Anhang A „Fonds im Überblick“ erwähnt. Information zur Höhe einer allfälligen Umtauschgebühr ist dem Anhang A „Fonds im Überblick“ zu entnehmen.

Weitere Informationen und Angaben sind unter Art. 29 des Treuhandvertrags zu finden.

9.6 Aussetzung der Berechnung des Nettoinventarwertes und der Ausgabe und der Rücknahme von Anteilen

Der AIFM kann die Berechnung des Nettoinventarwertes und/oder die Ausgabe und die Rücknahme und den Umtausch von Anteilen des AIF zeitweise aussetzen, sofern dies im Interesse der Anleger gerechtfertigt ist.

Weitere Informationen und Angaben sind unter Art. 30 des Treuhandvertrags zu finden.

10 Verwendung der Erträge

Der Erfolg eines AIF setzt sich aus dem Nettoertrag und den realisierten Kursgewinnen zusammen.

Der AIFM kann den in einem AIF bzw. einer Anteilsklasse erwirtschafteten Erfolg an die Anleger des AIF bzw. dieser Anteilsklasse ausschütten oder diesen Erfolg im AIF bzw. der jeweiligen Anteilsklasse wiederanlegen (thesaurieren).

Weitere Informationen zur Verwendung der Erträge sind dem Anhang A „Fonds im Überblick“ zu entnehmen.

Thesaurierend:

Der erwirtschaftete Erfolg des AIF bzw. Anteilsklasse, welche eine Erfolgsverwendung des Typs „Thesaurierend“ gemäss Anhang A „Fonds im Überblick“ aufweisen, werden laufend wieder angelegt, d.h. thesauriert. Realisierte Kapitalgewinne aus der Veräusserung von Sachen und Rechten werden vom AIFM zur Wiederanlage zugunsten des AIFs zurückbehalten.

Ausschüttend:

Der realisierte Erfolg (nach Abzug / Abgrenzung der Kosten) des AIF bzw. Anteilsklasse, welche eine Erfolgsverwendung des Typs „Ausschüttend“ gemäss Anhang A „Fonds im Überblick“ aufweisen, kann periodisch mit Beschluss des AIFM ganz oder teilweise (z.B. jährlich) ausgeschüttet werden.

Ausschüttungen werden auf die am Ausschüttungstag ausgegebenen Anteile ausgezahlt. Auf erklärte Ausschüttungen werden vom Zeitpunkt ihrer Fälligkeit an keine Zinsen bezahlt.

11 Steuervorschriften

Fondsvermögen

Alle liechtensteinischen AIF in der Rechtsform des (vertraglichen) Investmentfonds bzw. der Kollektivtreuhänderschaft sind in Liechtenstein unbeschränkt steuerpflichtig und unterliegen der Ertragssteuer. Die Erträge aus dem verwalteten Vermögen stellen im Fürstentum Liechtenstein jedoch steuerfreien Ertrag dar.

Emissions- und Umsatzabgaben

Die Begründung (Ausgabe) von Anteilen an einem solchen AIF unterliegt nicht der Emissions- und Umsatzabgabe. Die entgeltliche Übertragung von Eigentum an Anlegeranteilen unterliegt der Umsatzabgabe, sofern eine Partei oder ein Vermittler inländischer Effekthändler ist.

Die Rücknahme von Anlegeranteilen ist von der Umsatzabgabe ausgenommen. Der vertragliche Investmentfonds oder die Kollektivtreuhänderschaft gilt als von der Umsatzabgabe befreiter Anleger.

Quellen- bzw. Zahlstellensteuern

Der AIF in der Rechtsform des vertraglichen Investmentfonds oder der Kollektivtreuhänderschaft untersteht keiner Quellensteuerpflicht im Fürstentum Liechtenstein, insbesondere keiner Coupon- oder Verrechnungssteuerpflicht.

Ausländische Erträge und Kapitalgewinne, die vom AIF in der Rechtsform des vertraglichen Investmentfonds oder der Kollektivtreuhänderschaft des AIF erzielt werden, können den jeweiligen Quellensteuerabzügen des Anlagelandes unterliegen. Allfällige Doppelbesteuerungsabkommen bleiben vorbehalten.

Es können sowohl Erträge als auch Kapitalgewinne, ob ausgeschüttet oder thesauriert, je nach Person, welche die Anteile des AIF direkt oder indirekt hält, teilweise oder ganz einer sogenannten Zahlstellensteuer und Meldepflichten unterliegen.

Der AIF hat insbesondere folgenden Steuerstatus:

Steuerabkommen AT –FL:

Liechtenstein und Österreich haben am 29. Januar 2013 das Abkommen über die Zusammenarbeit in dem Bereich der Steuern («Steuerabkommen») unterzeichnet. Es ist nach Ratifizierung per 1. Januar 2014 in Kraft getreten.

Betroffen sind alle natürlichen Personen, die in Österreich ansässig sind (d.h. einen Wohnsitz in Österreich haben) und die ein Konto oder Depot bei einer liechtensteinischen Bank besitzen oder an Vermögenswerten einer transparenten Vermögensstruktur (z.B. transparente Stiftung, Trust oder Anstalt) nutzungsberechtigt sind. Zusätzlich sind natürliche und juristische Personen, die Zuwendungen an eine intransparente Vermögensstruktur (z.B. intransparente Stiftung, Trust oder Anstalt) tätigen und natürliche Personen, die Zuwendungen von einer intransparenten Vermögensstruktur erhalten, betroffen.

Automatischer Informationsaustausch (AIA)

In Bezug auf den AIF kann eine liechtensteinische Zahlstelle verpflichtet sein unter Beachtung der AIA Abkommen die Anteilsinhaber an die lokale Steuerbehörde zu melden bzw. zur entsprechenden gesetzlichen Meldung verpflichtet zu sein.

Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA)

Der Fonds kann entweder als meldendes liechtensteinisches Finanzinstitut (FFI) oder als nicht meldendes liechtensteinisches Finanzinstitut eingestuft werden und kann zur Einhaltung der unter FATCA geltenden Regelungen verpflichtet sein, personenbezogene Daten zu bestimmten US Personen und/oder nicht teilnehmenden Finanzinstituten (FFI) den lokalen Steuerbehörden gegenüber offenzulegen.

Stempelsteuer:

Gemäss Zollanschlussvertrag zwischen der Schweiz und Liechtenstein findet das schweizerische Stempelsteuerrecht auch in Liechtenstein Anwendung. Im Sinne der schweizerischen Stempelsteuergesetzgebung gilt das Fürstentum Liechtenstein daher als Inland.

Natürliche Personen mit Steuerdomizil in Liechtenstein

Der im Fürstentum Liechtenstein domizilierte private Anleger hat seine Anteile als Vermögen zu deklarieren und diese unterliegen der Vermögenssteuer. Allfällige Ertragsausschüttungen bzw. thesaurierte Erträge des AIF in der Rechtsform des vertraglichen Investmentfonds oder der Kollektivtreuhänderschaft sind erwerbssteuerfrei. Die beim Verkauf der Anteile erzielten Kapitalgewinne sind erwerbssteuerfrei. Kapitalverluste können vom steuerpflichtigen Erwerb nicht abgezogen werden.

Personen mit Steuerdomizil ausserhalb von Liechtenstein

Für Anleger mit Domizilland ausserhalb des Fürstentums Liechtenstein richtet sich die Besteuerung und die übrigen steuerlichen Auswirkungen beim Halten bzw. Kaufen oder Verkaufen von Anlegeranteilen nach den steuergesetzlichen Vorschriften des jeweiligen Domizillandes.

Disclaimer

Die steuerlichen Ausführungen gehen von der derzeit bekannten Rechtslage und Praxis aus. Änderungen der Gesetzgebung, Rechtsprechung bzw. Erlasse und Praxis der Steuerbehörden bleiben ausdrücklich vorbehalten.

Anleger werden aufgefordert, bezüglich der entsprechenden Steuerfolgen ihren eigenen professionellen Berater zu konsultieren. Weder der AIFM, die Verwahrstelle noch deren Beauftragte können eine Verantwortung für die individuellen Steuerfolgen beim Anleger aus dem Kauf oder Verkauf bzw. dem Halten von Anlegeranteilen übernehmen.

12 Kosten und Gebühren

Die Anleger und / oder der AIF tragen diverse Kosten und Gebühren, die im Zusammenhang mit dem Erwerb und Halten von Fondsanteilen und dem Verwalten des AIF anfallen.

Weitere Informationen zu den verschiedenen Kosten und Gebühren finden sich im Treuhandvertrag sowie im Anhang A „Fonds im Überblick“.

13 Informationen an die Anleger

Publikationsorgan des AIF ist die Web-Seite des LAFV Liechtensteiner Anlagefondsverband (www.lafv.li).

Sämtliche Mitteilungen an die Anleger, auch über die Änderungen des Treuhandvertrages und des Anhangs A „Fonds im Überblick“ werden auf der Web-Seite des LAFV Liechtensteiner Anlagefondsverband (www.lafv.li) als Publikationsorgan des AIF sowie sonstigen im Prospekt genannten Medien und Datenträgern veröffentlicht.

Der Nettoinventarwert sowie der Ausgabe- und Rücknahmepreis der Anteile des AIF bzw. Anteilsklasse werden auf der Web-Seite des LAFV Liechtensteiner Anlagefondsverband (www.lafv.li) als Publikationsorgan des AIF sowie sonstigen im Prospekt genannten Medien und dauerhaften Datenträgern (Brief, Fax, Email oder Vergleichbares) bekanntgegeben.

Regelmässige Informationen an die Anleger:

Der AIFM hat während des Anlegezeitraums regelmässige Informationen nach Art. 106 AIFMG zur Verfügung zu stellen. Diese Informationen werden dem Anleger am Sitz des AIFM kostenlos zur Verfügung gestellt. Sind diese oder Teile dieser Informationen Inhalt der periodischen Berichterstattung, bleiben diese Informationen unverändert auf der Homepage des LAFV, als Publikationsorgan, jederzeit abrufbar.

Der von einem Wirtschaftsprüfer geprüfte Jahresbericht wird den Anlegern am Sitz des AIFM und der Verwahrstelle kostenlos zur Verfügung gestellt.

14 Dauer, Auflösung, Verschmelzung und Strukturmassnahmen des AIF

14.1 Dauer

Der AIF ist auf unbestimmte Zeit errichtet.

14.2 Auflösung

Die Auflösung des AIF erfolgt zwingend in den gesetzlich vorgesehenen Fällen. Zusätzlich ist der AIFM jederzeit berechtigt, den AIF oder einzelne Anteilsklassen aufzulösen.

Der Beschluss über die Auflösung des AIF bzw. einer Anteilsklasse wird auf der Webseite des Liechtensteinischen Anlagefondsverbandes LAFV (www.lafv.li) als Publikationsorgan des AIF sowie sonstigen im Prospekt genannten Medien und dauerhaften Datenträgern (Brief, Fax, E-Mail oder Vergleichbares) veröffentlicht. Vom Tage des Auflösungsbeschlusses an werden keine Anteile mehr ausgegeben, umgetauscht oder zurückgenommen.

Bei Auflösung des AIF darf der Liquidator die Aktiven des AIFs unverzüglich liquidieren. Der Liquidator ist berechtigt, die Verwahrstelle zu beauftragen, den Nettoliquidationserlös nach Abzug der Liquidationskosten an die Anleger zu verteilen. Die Liquidation des AIF erfolgt gemäss den Bestimmungen des liechtensteinischen Personen- und Gesellschaftsrechts.

14.3 Strukturmassnahmen

Gemäss dem AIFMG bzw. dem AIFMV kann der AIFM jederzeit und nach freiem Ermessen mit Genehmigung der FMA Liechtenstein eine Strukturmassnahme bzgl. des AIFs beschliessen. Eine Strukturmassnahme ist insbesondere eine Verschmelzung oder Umwandlung. Eine Verschmelzung kann unabhängig davon, welche Rechtsform der andere AIF hat und ob der andere AIF seinen Sitz in Liechtenstein hat oder nicht, erfolgen.

Daneben sind auch andere Strukturmassnahmen nach dem AIFMG bzw. AIFMV zulässig. Sofern nachfolgend keine anderen Regelungen getroffen wurden, gelten die gesetzlichen Bestimmungen gemäss AIFMG bzw. AIFMV sowie die dazugehörigen Bestimmungen.

Gemäss Art. 85 AIFMG bedarf die Verschmelzung nicht der Zustimmung der Anleger. Dem Anleger wird kein Recht zur Zustimmung eingeräumt.

Weitere Informationen zu Auflösung, Verschmelzung und Strukturmassnahmen sind in den Art. 9 ff. im Treuhandvertrag zu finden.

Ebenso ist es möglich, den AIF in eine Umbrella-Struktur mit Teilfonds umzuwandeln.

15 Anwendbares Recht, Gerichtsstand und massgebende Sprache

Der AIF untersteht liechtensteinischem Recht. Ausschliesslicher Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten zwischen den Anlegern, dem AIFM und der Verwahrstelle ist Vaduz, Fürstentum Liechtenstein.

Der AIFM und/oder die Verwahrstelle können sich jedoch im Hinblick auf Ansprüche von Anlegern aus diesen Ländern dem Gerichtsstand der Länder unterwerfen, in welchen Anteile angeboten und verkauft werden. Anderslautende gesetzlich zwingende Gerichtsstände bleiben vorbehalten.

Als rechtsverbindliche Sprache für den Prospekt, den Treuhandvertrag sowie Anhang A „Fonds im Überblick“ und etwaige weitere Anhänge gilt die deutsche Sprache.

Der vorliegende Prospekt tritt am 28. Januar 2020 in Kraft.

16 Spezifische Informationen für einzelne Vertriebsländer

Nach geltendem Recht im Fürstentum Liechtenstein werden die konstituierenden Dokumente der FMA im Rahmen des Autorisierungsverfahrens vorgelegt. Die FMA würdigt dabei nur diejenigen Angaben, welche die Umsetzung der Bestimmungen des AIFMG / AIFMV betreffen. Aus diesem Grund ist der auf ausländischem Recht basierende Anhang B „Spezifische Informationen für einzelne Vertriebsländer“ (falls vorhanden) nicht Gegenstand der Tätigkeit der FMA.

Teil II Treuhandvertrag des Systematic DLT Fund

Präambel

Der Treuhandvertrag sowie der Anhang A „Fonds im Überblick“ bilden eine wesentliche Einheit.

Soweit ein Sachverhalt in diesem Treuhandvertrag nicht geregelt ist, richten sich die Rechtsverhältnisse zwischen den Anlegern und dem AIFM nach dem Gesetz vom 19. Dezember 2012 über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMG) und der Verordnung vom 22. März 2016 über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMV), und, soweit dort keine Regelungen getroffen sind, nach den Bestimmungen des Personen und Gesellschaftsrechts (PGR) über die Treuhänderschaft.

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Der AIF

Der Systematic DLT Fund (im Folgenden: AIF) wurde zum angegebenen Datum unter „Der AIF im Überblick“ von der FMA autorisiert und zum angeführten Datum in das Handelsregister eingetragen. Der Prospekt und die Vertragsbedingungen wurden sodann beim liechtensteinischen Amt für Justiz AJU (Handelsregister) hinterlegt.

Der AIF hat die Rechtsform einer Kollektivtreuhänderschaft. Eine Kollektivtreuhänderschaft ist das Eingehen einer inhaltlich identischen Treuhänderschaft mit einer unbestimmten Zahl von Anlegern zu Zwecken der Vermögensanlage und Verwaltung für Rechnung der Anleger, wobei die einzelnen Anleger gemäss ihrem Anteil an dieser Treuhänderschaft beteiligt sind und nur bis zur Höhe des Anlagebetrags persönlich haften.

Der AIF kann gemäss seiner Anlagepolitik in Wertpapiere und andere Vermögenswerte investieren. Die Anlagepolitik des AIF wird im Rahmen der Anlageziele (vgl. Anhang A) festgelegt. Das Nettovermögen des AIF bzw. einer jeden Anteilsklasse und die Nettoinventarwerte der Anteile des AIF bzw. der Anteilsklassen werden in der jeweiligen Referenzwährung ausgedrückt.

Die jeweiligen Rechte und Pflichten der Eigentümer der Anteile (nachstehend als „Anleger“ bezeichnet) und dem AIFM und der Verwahrstelle sind durch den vorliegenden Treuhandvertrag geregelt.

Mit dem Erwerb von Anteilen (die „Anteile“) des AIF erkennt jeder Anleger den Treuhandvertrag an, welcher die vertraglichen Beziehungen zwischen den Anlegern, dem AIFM und der Verwahrstelle festsetzt sowie den vorstehenden Prospekt und die ordnungsgemäss durchgeführten Änderungen dieses Dokuments. Mit der Veröffentlichung von Änderungen des Prospekts, des Geschäftsberichtes oder anderer Dokumente auf der Webseite des Liechtensteinischen Anlagefondsverbandes sind diese Änderungen für die Anleger verbindlich.

Art. 2 Der AIFM

Die CAIAC Fund Management AG, Haus Atzig, Industriestrasse 2, FL-9487 Bendern ist der „AIFM“.

Der AIFM verwaltet den AIF für Rechnung und im ausschliesslichen Interesse der Anleger gemäss den Bestimmungen des Treuhandvertrags sowie des Anhangs A „Fonds im Überblick“. Der AIFM ist berechtigt, im eigenen Namen über die zum AIF gehörenden Gegenstände nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen und des Treuhandvertrags zu verfügen und alle Rechte daraus auszuüben.

Art. 3 Aufgabenübertragung

Der AIFM kann unter Einhaltung der Bestimmungen des AIFMG und der AIFMV einen Teil seiner Aufgaben zum Zweck einer effizienten Geschäftsführung auf Dritte übertragen. Die genaue Ausführung des Auftrags wird jeweils in einem zwischen dem AIFM und dem Beauftragten abgeschlossenen Vertrag geregelt. Weitere Angaben zur Aufgabenübertragung – falls vorhanden - finden sich im Prospekt unter „Der AIF im Überblick“.

Art. 4 Verwahrstelle

Der AIFM hat für das Fondsvermögen eine Bank oder Wertpapierfirma nach liechtensteinischem Bankengesetz mit Sitz oder Niederlassung im Fürstentum Liechtenstein oder eine andere gemäss AIFMG zugelassene Stelle als Verwahrstelle bestellt. Die Funktion der Verwahrstelle richtet sich nach dem AIFMG, dem Verwahrstellenvertrag und diesem Treuhandvertrag. Weitere Angaben zur Verwahrstelle finden sich im Prospekt unter „Der AIF im Überblick“.

Art. 5 Primebroker

Als Primebroker kann nur ein Kreditinstitut, eine regulierte Wertpapierfirma oder eine andere Einheit, die einer Regulierungsaufsicht und ständigen Überwachung unterliegt und professionellen Anlegern Dienstleistungen anbietet, in erster Linie, um als Gegenpartei Geschäfte mit Finanzinstrumenten zu finanzieren oder durchzuführen, und die möglicherweise auch andere Dienstleistungen wie Clearing und Abwicklung von Geschäften, Verwahrungsdienstleistungen, Wertpapierleihe und individuell angepasste Technologien und Einrichtungen zur betrieblichen Unterstützung anbietet, bestellt werden. Ein Primebroker kann von der Verwahrstelle als Unterverwahrstelle, oder vom AIFM als Geschäftspartner beauftragt werden. Weitere Angaben zum Prime Broker – falls vorhanden - finden sich im Prospekt unter „Der AIF im Überblick“.

Art. 6 Wirtschaftsprüfer

Der AIF und der AIFM haben ihre Geschäftstätigkeit und die Jahresberichte durch einen von ihnen unabhängigen und von der FMA anerkannten Wirtschaftsprüfer – welcher unter „Der AIF im Überblick“ genannt ist - jährlich prüfen zu lassen.

II. Vertrieb

Art. 7 Vertriebsinformationen / Verkaufsrestriktionen

Der AIFM stellt den Anlegern die gemäss AIFMG notwendigen Informationen in der jeweils aktuellen Fassung vor deren Anteilserwerb des AIF auf der Web-Seite des LAFV Liechtensteinischer Anlagefondsverband unter www.lafv.li zur Verfügung. Weiters können diese bei dem AIFM und der Verwahrstelle kostenlos bezogen werden.

Der Erwerb von Anteilen erfolgt auf der Basis der konstituierenden Dokumente sowie des letzten Jahresberichtes, sofern dessen Publikation bereits erfolgte. Gültigkeit haben nur die Informationen, die in den konstituierenden Dokumenten enthalten sind. Mit dem Erwerb der Anteile gelten diese als durch den Anleger genehmigt.

Anteile des AIF können über die Verwahrstelle sowie über jede weitere Bank mit Sitz im In- oder Ausland erworben werden, welche der Richtlinie 2015/849 oder einer gleichwertigen Regelung und einer angemessenen Aufsicht untersteht.

Die Anteile des AIF sind nicht in allen Ländern der Welt zum Vertrieb zugelassen. Bei der Ausgabe, der Rücknahme und beim Umtausch von Anteilen im Ausland kommen die dort geltenden Bestimmungen zur Anwendung.

Art. 8 Anlegerkreis

Der AIF kann nur von einem oder mehreren professionellen Anlegern gezeichnet werden.

Der AIF kann nicht von Privatanlegern gezeichnet werden.

A. Professioneller Anleger

Für AIF für professionelle Anleger im Sinne von Richtlinie 2014/65/EU (MiFID II) gilt Folgendes:

Ein professioneller Kunde ist ein Kunde, der über ausreichend Erfahrung, Kenntnis und Sachverstand verfügt, um seine Anlageentscheidungen selbst treffen und die damit verbundenen Risiken angemessen beurteilen zu können. Um als professioneller Kunde angesehen zu werden, muss dieser den folgenden Kriterien genügen:

Kategorien von Kunden, die als professionelle Kunden angesehen werden

Folgende Rechtspersönlichkeiten sollten in Bezug auf alle Wertpapierdienstleistungen und Finanzinstrumente als professionelle Kunden im Sinne der Richtlinie angesehen werden:

1. Rechtspersönlichkeiten, die zugelassen sein oder unter Aufsicht stehen müssen, um auf den Finanzmärkten tätig werden zu können. Die nachstehende Liste ist so zu verstehen, dass sie alle zugelassenen Rechtspersönlichkeiten umfasst, die die Tätigkeiten erbringen, die für die genannten Rechtspersönlichkeiten kennzeichnend sind:
 - Rechtspersönlichkeiten, die von einem Mitgliedstaat im Rahmen einer Richtlinie zugelassen werden,
 - Rechtspersönlichkeiten, die von einem Mitgliedstaat ohne Bezugnahme auf eine Richtlinie zugelassen oder beaufsichtigt werden,
 - Rechtspersönlichkeiten, die von einem Drittland zugelassen oder beaufsichtigt werden:
 - a) Kreditinstitute
 - b) Wertpapierfirmen
 - c) sonstige zugelassene oder beaufsichtigte Finanzinstitute
 - d) Versicherungsgesellschaften
 - e) Organismen für gemeinsame Anlagen und ihre Verwaltungsgesellschaften
 - f) Pensionsfonds und ihre Verwaltungsgesellschaften
 - g) Warenhändler und Warenderivate-Händler
 - h) örtliche Anleger
 - i) sonstige institutionelle Anleger.
2. Grosse Unternehmen, die auf Unternehmensebene zwei der nachfolgenden Anforderungen erfüllen:
 - Bilanzsumme: 20 000 000 EUR,
 - Nettoumsatz: 40 000 000 EUR,
 - Eigenmittel: 2 000 000 EUR.
3. Nationale und regionale Regierungen, Stellen der staatlichen Schuldenverwaltung, Zentralbanken, internationale und supranationale Einrichtungen wie die Weltbank, der IWF, die EZB, die EIB und andere vergleichbare internationale Organisationen.
4. Andere institutionelle Anleger, deren Haupttätigkeit in der Anlage in Finanzinstrumenten besteht, einschliesslich Einrichtungen, die die wertpapiermässige Unterlegung von Verbindlichkeiten und andere Finanzierungsgeschäfte betreiben.

Die oben genannten Rechtspersönlichkeiten werden als professionelle Kunden angesehen. Es muss ihnen allerdings möglich sein, eine Behandlung als nichtprofessioneller Kunde zu beantragen, bei der Wertpapierfirmen bereit sind, ein höheres Schutzniveau zu gewähren. Handelt es sich bei dem Kunden einer

Wertpapierfirma um eines der oben genannten Unternehmen, muss die Wertpapierfirma ihn vor Erbringung jeglicher Dienstleistungen darauf hinweisen, dass er aufgrund der ihr vorliegenden Informationen als professioneller Kunde eingestuft und behandelt wird, es sei denn, die Wertpapierfirma und der Kunde vereinbaren etwas anderes. Die Firma muss den Kunden auch darüber informieren, dass er eine Änderung der vereinbarten Bedingungen beantragen kann, um sich ein höheres Schutzniveau zu verschaffen.

Es obliegt dem als professioneller Kunde eingestuftem Kunden, das höhere Schutzniveau zu beantragen, wenn er glaubt, die mit der Anlage verbundenen Risiken nicht korrekt beurteilen oder steuern zu können.

Das höhere Schutzniveau wird dann gewährt, wenn ein als professioneller Kunde eingestufteter Kunde eine schriftliche Übereinkunft mit der Wertpapierfirma dahingehend trifft, ihn im Sinne der geltenden Wohlverhaltensregeln nicht als professionellen Kunden zu behandeln. In dieser Übereinkunft sollte festgelegt werden, ob dies für eine oder mehrere Dienstleistung(en) oder Geschäfte oder für eine oder mehrere Art(en) von Produkten oder Geschäften gilt.

5. Kunden, die gemäss Richtlinie 2014/65/EU (MiFID II) auf Antrag als professionelle Kunden behandelt werden können.

III. Strukturmassnahmen

Art. 9 Allgemeines

Sofern nachfolgend keine anderen Regelungen getroffen wurden, gelten für Strukturmassnahmen die gesetzlichen Bestimmungen der Art. 76 ff. AIFMG sowie die dazugehörigen Verordnungsbestimmungen. Insbesondere ist es möglich, AIF auf OGAW nach den Bestimmungen des UCITSG zu verschmelzen.

Ebenso ist es möglich, den AIF zu spalten oder zu vereinigen.

Art. 10 Verschmelzung

Im Sinne von Art. 78 AIFMG kann der AIFM jederzeit und nach freiem Ermessen mit Genehmigung der entsprechenden Aufsichtsbehörde die Verschmelzung des AIF mit einem oder mehreren anderen AIF beschliessen und zwar unabhängig davon, welche Rechtsform der AIF hat und ob der andere AIF seinen Sitz in Liechtenstein hat oder nicht. Es ist möglich, den AIF um Anteilsklassen zu ergänzen und in einen segmentierten AIF mit Teilfonds umzuwandeln.

Alle Vermögensgegenstände des AIF dürfen zu einem beliebigen Übertragungstichtag auf einen anderen bestehenden, oder einen durch die Verschmelzung neu gegründeten AIF bzw. anderen AIF-Teilfonds übertragen werden.

Die Anlegerinformation wird mindestens 45 Tage vor der letzten Frist für einen Antrag auf Anteilsrücknahme oder gegebenenfalls Umwandlung, mindestens jedoch 45 Tage vor dem Verschmelzungstermin publiziert. Die Anleger erhalten auch die wesentlichen Anlegerinformationen für den AIF, der bestehen bleibt oder durch die Verschmelzung neu gebildet wird.

Die Anleger haben bis zum geplanten Übertragungstichtag entweder die Möglichkeit, ihre Anteile ohne Rückgabeabschlag zurückzugeben, oder ihre Anteile gegen Anteile eines anderen AIFs umzutauschen, der ebenfalls von dem AIFM verwaltet wird und über eine ähnliche Anlagepolitik wie der zu verschmelzende AIF verfügt.

Gemäss Art. 85 AIFMG bedarf die Verschmelzung nicht der Zustimmung der Anleger. Dem Anleger wird kein Recht zur Zustimmung eingeräumt.

Am Übertragungstichtag werden die Werte des übernehmenden und des übertragenden Sondervermögens oder AIF berechnet, das Umtauschverhältnis wird festgelegt und der gesamte Vorgang wird vom Wirtschaftsprüfer oder der Verwahrstelle geprüft. Das Umtauschverhältnis ermittelt sich nach dem Verhältnis der Nettoinventarwerte des übernehmenden und des aufnehmenden Sondervermögens zum Zeitpunkt der Übernahme. Der Anleger erhält die Anzahl von Anteilen an dem neuen Sondervermögen, die dem Wert seiner Anteile an dem übertragenden Sondervermögen entspricht. Es besteht auch die Möglichkeit, dass den Anlegern des übertragenden Sondervermögens bis zu 10% des Wertes ihrer Anteile in bar ausbezahlt werden.

Der AIFM macht im Publikationsorgan des AIF, der Web-Seite des LAFV Liechtensteinischer Anlagefondsverband www.lafv.li bekannt, wenn der AIF einen anderen AIF aufgenommen hat und die Verschmelzung wirksam geworden ist. Sollte der AIF durch eine Verschmelzung untergehen, übernimmt der AIFM die Bekanntmachung, die den aufnehmenden oder neu gegründeten AIF verwaltet.

Die Übertragung aller Vermögensgegenstände dieses AIF auf einen anderen inländischen AIF oder einen anderen ausländischen AIF findet nur mit Genehmigung der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA) statt.

Art. 11 Informationen, Zustimmung und Anlegerrechte

Informationen betreffend Verschmelzungen erfolgen auf der Webseite des Liechtensteinischen Anlagefondsverbandes LAFV (www.lafv.li) als Publikationsorgan des AIF. Lediglich für die Herbeiführung der Verzichtswirkung oder der Verwirkung nach Art. 43 AIFMV erfolgt die Publikation mittels dauerhaften Datenträgern (Brief, Fax, E-Mail oder Vergleichbares).

Die Anleger werden angemessen und präzise über die geplante Verschmelzung informiert. Die Anlegerinformation muss den Anlegern ein fundiertes Urteil über die Auswirkungen des Vorhabens auf ihre Anlage und die Ausübung ihrer Rechte nach Art. 84 und 85 AIFMG ermöglichen.

Die Anleger können im Fall einer Verschmelzung ohne weitere Kosten als jene, die vom AIF zur Deckung der Auflösungskosten einbehalten werden

- a) den Wiederverkauf ihrer Anteile;
- b) die Rücknahme ihrer Anteile; oder
- c) den Umtausch ihrer Anteile in solche eines anderen AIF mit ähnlicher Anlagepolitik

verlangen.

Das Umtauschrecht besteht nur, soweit ein AIF mit ähnlicher Anlagepolitik von demselben AIFM oder einer mit dem AIFM eng verbundenen Gesellschaft verwaltet wird. Gegebenenfalls erhalten die Anleger einen Spitzenausgleich.

Dieses Recht entsteht mit der Übermittlung der Anlegerinformation und erlischt spätestens im Zeitpunkt der Verschmelzung.

Art. 12 Kosten der Verschmelzung

Rechts-, Beratungs- oder Verwaltungskosten, die mit der Vorbereitung und Durchführung der Verschmelzung verbunden sind, werden weder einem der an der Verschmelzung beteiligten AIF noch den Anlegern angelastet.

Für Strukturmassnahmen nach Art. 90 AIFMG gilt dies sinngemäss.

Bei AIF, die ausschliesslich an professionelle Anleger vertrieben werden, können für Strukturmassnahmen im Sinne von Art. 90 AIFMG Rechts-, Beratungs- oder Verwaltungskosten, die mit der Vorbereitung und Durchführung dieser Strukturmassnahmen verbunden sind, dem jeweiligen Fondsvermögen angelastet werden. In diesem Fall sind in der Anlegerinformation die voraussichtlichen Kosten sowohl gesamt als auch überschlägig pro Anteil anzugeben, sofern auf die Anlegerinformation nicht gänzlich verzichtet wurde.

Art. 13 Umgestaltung eines Master- oder Feeder-AIF in einen AIF und umgekehrt

Die Umgestaltung eines Feeder- oder Master-AIF in einen AIF und umgekehrt wird als Änderung der konstituierenden Dokumente gehandhabt.

IV. Auflösung des AIF und seiner Anteilklassen

Art. 14 Im Allgemeinen

Die Bestimmungen zur Auflösung des AIF gelten ebenfalls für etwaige Anteilklassen (falls vorhanden). Die Anleger werden über den Beschluss auf dem gleichen Weg informiert, wie im vorhergehenden Abschnitt „Strukturmassnahmen“ beschrieben.

Art. 15 Beschluss zur Auflösung

Die Auflösung des AIF erfolgt zwingend in den gesetzlich vorgesehenen Fällen. Zusätzlich ist der AIFM jederzeit berechtigt, den AIF bzw. eine einzelne Anteilsklasse aufzulösen.

Der Beschluss über die Auflösung des AIF bzw. einer Anteilsklasse wird mindestens 30 Tage vor Wirksamwerden der Auflösung auf der Webseite des Liechtensteinischen Anlagefondsverbandes LAFV (www.lafv.li) als Publikationsorgan des AIF sowie sonstigen in den Fondsdokumenten genannten Medien oder dauerhaften Datenträgern (Brief, Fax, E-Mail oder Vergleichbares) veröffentlicht. Der FMA wird eine Kopie der Anlegermitteilung zugestellt. Vom Tage des Auflösungsbeschlusses an werden keine Anteile mehr ausgegeben, umgetauscht oder zurückgenommen.

Bei Auflösung des AIF darf der Liquidator unverzüglich beginnen, die Aktiven des AIF im besten Interesse der Anleger zu liquidieren. Der Liquidator ist berechtigt, die Verwahrstelle zu beauftragen, den Nettoliquidationserlös nach Abzug der Liquidationskosten an die Anleger zu verteilen. Im Übrigen erfolgt die Liquidation des AIF gemäss den Bestimmungen des liechtensteinischen Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR).

Wenn der AIFM eine Anteilsklasse auflöst, ohne den AIF aufzulösen, werden alle Anteile dieser Klasse zu ihrem dann gültigen Nettoinventarwert zurückgenommen. Diese Rücknahme wird vom AIFM veröffentlicht und der Rücknahmepreis wird von der Verwahrstelle zugunsten der ehemaligen Anleger ausbezahlt.

Die Liquidation/Auflösung kann auch durch eine Sachauslage abgeschlossen werden. In diesem Fall müssen die Anleger binnen 30 Tagen nach der Publikation der Ankündigung der Sachauslage, dieser zustimmen. Andernfalls gilt die Sachauslage als abgelehnt.

Art. 16 Gründe für die Auflösung

Soweit das Nettovermögen des AIF einen Wert unterschreitet, der für eine wirtschaftlich effiziente Verwaltung erforderlich ist, sowie im Falle einer wesentlichen Änderung im politischen, wirtschaftlichen oder geldpolitischen Umfeld oder im Rahmen einer Rationalisierung kann der AIFM beschliessen, alle Anteile des AIF oder einer Anteilsklasse zum Nettoinventarwert (unter Berücksichtigung der tatsächlichen Realisierungskurse und Realisierungskosten der Anlagen) des Bewertungstages, zu welchem der entsprechende Beschluss wirksam wird, zurückzunehmen.

Art. 17 Kosten der Auflösung

Die Kosten der Auflösung gehen zu Lasten des Fondsvermögens des AIF.

Art. 18 Auflösung und Konkurs des AIFM bzw. der Verwahrstelle

Das zum Zwecke der gemeinschaftlichen Kapitalanlage für Rechnung der Anleger verwaltete Vermögen fällt im Fall der Auflösung und des Konkurses des AIFM nicht in dessen Konkursmasse und wird nicht zusammen mit seinem Vermögen aufgelöst. Der AIF bildet zugunsten seiner Anleger ein Sondervermögen. Jedes Sondervermögen ist mit Zustimmung der FMA auf einen anderen AIFM zu übertragen oder im Wege der abgesonderten Befriedigung zugunsten der Anleger des AIF aufzulösen.

Im Fall des Konkurses der Verwahrstelle ist das verwaltete Vermögen des AIF mit Zustimmung der FMA auf eine andere Verwahrstelle zu übertragen oder im Wege der abgesonderten Befriedigung zugunsten der Anleger des AIF aufzulösen.

Verwahrstelle und AIF dürfen eine Aufrechnung offener Verbindlichkeiten im Fall eines Konkurses erklären, sofern nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen.

Art. 19 Kündigung des Verwahrstellenvertrages

Im Falle der Kündigung des Verwahrstellenvertrages ist das Nettofondsvermögen des AIF mit Zustimmung der FMA auf eine andere Verwahrstelle zu übertragen oder im Wege der abgesonderten Befriedigung zugunsten der Anleger des AIF aufzulösen.

V. Bildung von Teilfonds und Anteilsklassen

Art. 20 Bildung von Teilfonds

Dieser AIF ist keine Umbrella-Konstruktion und somit bestehen keine Teilfonds. Der AIFM kann jederzeit beschliessen den AIF in eine Umbrella-Konstruktion umzuwandeln und somit Teilfonds aufzulegen.

Art. 21 Anteilsklassen

Der AIFM kann für den AIF mehrere Anteilsklassen bilden.

Es können Anteilsklassen gebildet werden, die sich hinsichtlich der Ertragsverwendung, des Ausgabeaufschlags, der Referenzwährung und des Einsatzes von Währungssicherungsgeschäften, der Verwaltungsvergütung, der Mindestanlagesumme bzw. einer Kombination dieser Merkmale von den bestehenden Anteilsklassen unterscheiden. Die Rechte der Anleger, die Anteile aus bestehenden Anteilsklassen erworben haben, bleiben davon jedoch unberührt.

Die Anteilsklassen, die in Zusammenhang mit dem AIF aufgelegt sind, sowie die in Zusammenhang mit den Anteilen des AIF entstehenden Gebühren und Vergütungen sind in Anhang A „Fonds im Überblick“ genannt.

Side Pockets:

Der AIFM ist mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde (FMA) berechtigt, illiquide Vermögensbestandteile abzuspalten und in eigenen Segmenten unterzubringen (Side Pockets). Dies ist der Fall, wenn ein wesentlicher Anteil des Fondsvermögens (mehr als 10%) längerfristig nicht ordnungsgemäss bewertet werden kann oder sich als unveräusserbar entwickelt. Die Anteilsinhaber erhalten entsprechend ihrem Anteil am ursprünglichen AIF Anteile am Side Pocket. Für den Zeitraum der Bildung der Side Pockets ist der Anteilshandel auszusetzen. Nach Bildung des Side Pockets wird dieses Segment in Liquidation gesetzt und schüttet den Liquidationserlös an die Anteilsinhaber aus, sobald die darin befindlichen Titel wieder bewertbar bzw. veräusserbar sind. Bis zum Abschluss der Liquidation werden in den gebildeten Side Pockets keine Anteile ausgegeben oder zurückgenommen.

VI. Allgemeine Anlagegrundsätze und -beschränkungen

Das Vermögen des AIF wird im Sinne der Regeln des AIFMG und nach den im Folgenden beschriebenen anlagepolitischen Grundsätzen und innerhalb der Anlagebeschränkungen angelegt.

Art. 22 Anlagepolitik

Die fondsspezifische Anlagepolitik wird für den AIF in Anhang A „Fonds im Überblick“ beschrieben.

Die folgenden allgemeinen Anlagegrundsätze und -beschränkungen gelten für den AIF, sofern keine Abweichungen oder Ergänzungen für den AIF in Anhang A „Fonds im Überblick“ enthalten sind.

Art. 23 Zugelassene Anlagen

Allfällige Einschränkungen finden sich in Anhang A „Fonds im Überblick“.

Art. 24 Derivateinsatz, Techniken und Instrumente

Der Einsatz von Derivaten, Kreditaufnahmen, Wertpapierleihe und Pensionsgeschäfte richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen des AIFMG je nach gewähltem Fondstyp. Weitere Informationen dazu finden sich in Anhang A „Fonds im Überblick“.

Derivative Finanzinstrumente (einschliesslich Terminkontrakte, Optionen, Futures, Swaps, Swaptions, Credit Default Swaps, OTC-Derivatgeschäfte)

Der AIFM darf für den AIF Derivatgeschäfte zum Zwecke der Absicherung, der effizienten Portfoliosteuerung, der Erzielung von Zusatzerträgen und als Teil der Anlagestrategie tätigen. Dadurch kann sich das Verlustrisiko des AIF zumindest zeitweise erhöhen. Mit solchen Transaktionen darf nicht von den Anlagezielen und -grenzen des AIFs abgewichen werden. Dies gilt auch dann, wenn ein Wertpapier oder ein Geldmarktinstrument in ein derivatives Finanzinstrument eingebettet ist.

Als derivative Finanzinstrumente gelten Instrumente, deren Wert von einem Basiswert in Form eines anderen Finanzinstruments oder eines Referenzsatzes (Finanzindex, Zinssatz, Wechselkurs oder Währung, etc.) abgeleitet wird und die vertraglich geregelte Termin- oder Optionsgeschäfte sind. Indexbasierte derivative Finanzinstrumente werden als Einheit betrachtet. Die einzelnen Indexbestandteile werden nicht berücksichtigt.

Anlagen in Anteile anderer Fonds

Der AIF kann im Rahmen seiner Anlagepolitik sein Vermögen auch in andere Fonds investieren. Der AIF darf in Anteile anderer Fonds, die von demselben AIFM oder einem mit diesem verbundenen Unternehmen verwaltet werden, investieren.

Die Anleger werden darauf aufmerksam gemacht, dass auf Stufe der indirekten Anlagen zusätzliche indirekte Kosten und Gebühren anfallen sowie Vergütungen und Honorare verrechnet werden, die jedoch direkt den einzelnen indirekten Anlagen belastet werden.

Art. 25 Anlagegrenzen

Die Anlagegrenzen des AIF richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen des AIFMG je nach gewähltem Fondstyp. Allfällige Einschränkungen finden sich in Anhang A „Fonds im Überblick“.

A. Investitionszeiträume, innerhalb derer die entsprechenden Anlagegrenzen erreicht werden müssen

Die Anlagegrenzen müssen innerhalb des im Anhang A „Fonds im Überblick“ genannten Zeitraumes erreicht werden.

B. Vorgehen bei Abweichungen von den Anlagegrenzen:

Bei Überschreitung der genannten Grenzen hat der AIF bei seinen Verkäufen als vorrangiges Ziel die Normalisierung dieser Lage unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger anzustreben.

C. Liquiditätsmanagement:

Unter Berücksichtigung der im besonderen Teil des Verkaufsprospektes im Abschnitt „Anlageziel und Anlagepolitik“ dargelegten Anlagestrategie ergibt sich folgendes Liquiditätsprofil des Fonds:

Das Liquiditätsprofil eines Fonds ist bestimmt durch dessen Struktur hinsichtlich der im Fonds enthaltenen Vermögenswerte und Verpflichtungen sowie hinsichtlich der Anlegerstruktur des Fonds. Das Liquiditätsprofil des Fonds ergibt sich somit aus der Gesamtheit dieser Informationen. Im Hinblick auf die Vermögenswerte und Verpflichtungen des Fonds basiert das Liquiditätsprofil des Fonds dabei auf der Liquiditätseinschätzung der einzelnen Anlageinstrumente und ihrem Anteil im Portfolio. Hierfür werden für jedes Anlageinstrument verschiedene Faktoren wie beispielsweise Börsenumsätze, Bonität oder Instrumentenart sowie gegebenenfalls eine qualitative Einschätzung berücksichtigt.

Die Gesellschaft hat Rücknahmegrundsätze festgelegt, welche im Abschnitt „Rücknahme von Anteilen“ erläutert werden.

Die Gesellschaft überwacht die Liquiditätsrisiken auf Ebene des Fonds in einem mehrstufigen Prozess. Hierbei erfolgt eine Generierung von Liquiditätsinformationen sowohl für die zugrundeliegenden Anlageinstrumente im Fonds als auch für Mittelzu-/ Mittelabflüsse. Neben einer laufenden Überwachung der Liquiditätssituation anhand von Kennzahlen werden szenariobasierte Simulationen durchgeführt. In diesen wird untersucht, wie sich unterschiedliche Annahmen zur Liquidität der Vermögensgegenstände im Fonds auf die Fähigkeit auswirken, simulierte Mittelabflüsse zu bedienen. Auf der Basis sowohl quantitativer als auch qualitativer Faktoren erfolgt dann eine Gesamteinschätzung des Liquiditätsrisikos des Fonds.

Die Gesellschaft überprüft diese Grundsätze regelmässig und aktualisiert sie entsprechend.

Die Gesellschaft legt für den Fonds adäquate Limits für die Liquidität und Illiquidität fest. Vorübergehende Schwankungen sind möglich. Die Gesellschaft trifft Liquiditätsvorkehrungen und hat ein Liquiditätsüberwachungsverfahren umgesetzt, um quantitative und qualitative Risiken von Positionen und beabsichtigten Investitionen zu bewerten, die wesentliche Auswirkungen auf das Liquiditätsprofil des Vermögenswertportfolios des Fonds haben.

Diese Verfahren haben zum Gegenstand, die auf Seiten der Gesellschaft vorhandenen und permanent aktualisierten Kenntnisse und Erfahrungen in Bezug auf die Liquidität der Vermögenswerte, in die der Fonds investiert hat oder zu investieren beabsichtigt, einschliesslich gegebenenfalls in Bezug auf das Handelsvolumen und die Preissensitivität und je nach Fall auf die Spreads einzelner Vermögenswerte unter normalen und aussergewöhnlichen Liquiditätsbedingungen, umzusetzen.

Die Gesellschaft führt regelmässig entsprechend den gesetzlichen Anforderungen, derzeit mindestens einmal jährlich, Stresstests durch, mit denen sie die Liquiditätsrisiken des Fonds bewerten kann. Die Gesellschaft führt die Stresstests auf der Grundlage zuverlässiger und aktueller quantitativer oder, falls dies nicht angemessen ist, qualitativer Informationen durch. Hierbei werden Anlagestrategie, Rücknahmefristen, Zahlungsverpflichtungen und Fristen, innerhalb derer die Vermögensgegenstände veräussert werden können, sowie gegebenenfalls Informationen insbesondere in Bezug auf allgemeines Anlegerverhalten und Marktentwicklungen einbezogen.

Die Stresstests simulieren gegebenenfalls mangelnde Liquidität der Vermögenswerte im Fonds sowie atypische Rücknahmeforderungen.

Sie decken Marktrisiken und deren Auswirkungen ab, einschliesslich der Auswirkungen von Nachschussforderungen, Besicherungsanforderungen oder Kreditlinien. Sie tragen Bewertungssensitivitäten unter Stressbedingungen Rechnung. Sie werden unter Berücksichtigung der Anlagestrategie, des Liquiditätsprofils, der Anlegerart und der Rücknahmegrundsätze des Fonds in einer der Art des Fonds angemessenen Häufigkeit durchgeführt.

VII. Bewertung und Anteilsgeschäft

Art. 26 Berechnung des Nettoinventarwertes pro Anteil

Der Nettoinventarwert (der «NAV», Net Asset Value) pro Anteil des AIF/einer Anteilsklasse wird von dem AIFM oder einem von ihm Beauftragten für den jeweiligen Bewertungstag, sowie für das Ende des Rechnungsjahres, berechnet.

Wenn der Bewertungstag und der 31. Dezember in dieselbe Kalenderwoche fallen, wird nur der NAV zum 31. Dezember berechnet.

Durch die Häufung von Bankfeiertagen zwischen dem 22. Dezember und dem 7. Januar jeden Jahres kann es zu Verzerrungen bei den Bewertungspreisen der Zielinvestments des Fonds kommen. Dies ist bedingt durch fehlende Liquidität (geringe Handelsvolumen) und unterschiedliche Öffnungszeiten der internationalen Börsenhandelsplätze. Es ist im Vorfeld nicht abschätzbar, ob ausreichende Preisqualität vorliegen wird und somit das Anteilsgeschäft des Fonds fair abgewickelt werden kann. Eine weitere Schwierigkeit stellt die verständliche und nachvollziehbare Kommunikation des Annahmeschlusses für Anteilsgeschäfte an die Anleger dar, da der entsprechende NAV (Net Asset Value, Nettoinventarwert pro Anteil) erst mehrere Tage später berechnet und die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen somit nur zeitlich verzögert verarbeitet werden kann.

Der AIFM hat daher die Möglichkeit bei Fonds mit täglichem oder wöchentlichem NAV-Bewertungsintervall zwischen dem 22. Dezember und dem 7. Januar jeden Jahres die Ausgabe und die Rücknahme von Anteilen sowie die Berechnung des Nettoinventarwertes abweichend von den üblich geltenden Bewertungstagen zu regeln. Hierbei kann der AIFM die Verschiebung oder das Ausfallenlassen einzelner Bewertungstage beschliessen. Zusätzlich kann der AIFM beschliessen, dass zum NAV per 31. Dezember (Jahresabschlusspreis) Anteilsgeschäft zulässig ist.

Der AIFM informiert die Anleger im Publikationsorgan des Fonds oder durch direkte Information spätestens bis zum 30. November jeden Jahres über die Modalitäten des Anteilsgeschäfts und die NAV-Bewertung an den jeweils bevorstehenden Werktagen und dem jeweiligen Jahreswechsel.

Der NAV eines Anteils an einer Anteilsklasse des AIF ist in der Rechnungswährung des AIF oder, falls abweichend, in der Referenzwährung der entsprechenden Anteilsklasse ausgedrückt und ergibt sich aus der der betreffenden Anteilsklasse zukommenden Quote des Vermögens des AIF, vermindert um allfällige Schuldverpflichtungen, die der betroffenen Anteilsklasse zugeteilt sind, dividiert durch die Anzahl der im Umlauf befindlichen Anteile der entsprechenden Anteilsklasse. Er wird bei der Ausgabe und bei der Rücknahme von Anteilen auf zwei Dezimalstellen wie folgt gerundet:

- auf 0.01 EUR
- auf 0.01 USD
- auf 0.01 CHF

Die Vermögenswerte werden nach den folgenden Grundsätzen bewertet:

- 1) Wertpapiere, Geldmarktinstrumente und andere Vermögenswerte, die an einer Wertpapierbörse notiert sind, werden zum letzten verfügbaren Kurs bewertet. Bei Notierungen an mehreren Wertpapierbörsen, ist der zuletzt verfügbare Kurs jener Wertpapierbörse massgebend, welcher als entsprechender Hauptmarkt fungiert bzw. definiert ist.
- 2) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die nicht an einer Wertpapierbörse notiert sind, die aber an einem dem Publikum offen stehenden geregelten Markt gehandelt werden, werden zum letzten verfügbaren Kurs bewertet.
- 3) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente mit einer Restlaufzeit von weniger als 397 Tagen können mit der Differenz zwischen Einstandspreis (Erwerbspreis) und Rückzahlungspreis (Preis bei Endfälligkeit) linear ab- oder zugeschrieben werden. Eine Bewertung zum aktuellen Marktpreis kann unterbleiben, wenn der Rückzahlungspreis bekannt und fixiert ist.
- 4) Anlagen / Vermögenswerte, welche nicht unter Ziffer 1-3 fallen, werden zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn der AIFM und/oder ein unabhängiger Dritter unter dessen Leitung oder Aufsicht, nach Treu und Glauben und nach allgemein anerkannten sowie von Wirtschaftsprüfern nachprüfbar bewertungsmethoden und -verfahren festlegt. Beispielsweise fallen hierunter i.d.R. Immobilien, Beteiligungs-/ Zweckgesellschaften und andere Vermögenswerte sowie ggf. Rohstoffe und (Edel-)Metalle.

- 5) OTC-Derivate werden auf einer von dem AIFM festzulegenden und überprüfbaren Bewertung auf Tagesbasis bewertet, wie ihn der AIFM nach Treu und Glauben und nach allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfbaren Bewertungsmethoden festlegt.
- 6) Anteile an anderen Fonds werden zum letzten festgestellten und erhältlichen Rücknahmepreis bewertet. Falls für Anteile die Rücknahme ausgesetzt ist oder bei geschlossenen Fonds kein Rücknahmeanspruch besteht oder keine Rücknahmepreise festgelegt werden, werden diese Anteile ebenso wie alle anderen Vermögenswerte zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn der AIFM nach Treu und Glauben und allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfbaren Bewertungsmethoden festlegt.
- 7) Die flüssigen Mittel werden zu deren Nennwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen bewertet.
- 8) Der Marktwert von Wertpapieren und anderen Anlagen, die auf eine andere Währung als die jeweilige Fondswährung lauten, wird zum letzten Devisenmittelkurs in die entsprechende Fondswährung umgerechnet.
- 9) Erworbene immaterielle Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten angesetzt. Selbstgeschaffene immaterielle Vermögenswerte sind bei positivem Vorliegen von anerkannten Aktivierungsvoraussetzungen ebenfalls aktivierungsfähig. Die Bewertungen erfolgen nach Treu und Glauben durch den AIFM, wobei eine planmässige und ausserplanmässige Abschreibung der immateriellen Vermögenswerte möglich sind. Die Kosten für die Gründung des AIFs können aktiviert und über eine angemessene Nutzungsdauer abgeschrieben werden.

Die Bewertung aller Vermögenswerte erfolgt auf Grundlage der jeweiligen Kurse/Wertansätze zum jeweiligen Bewertungstag bzw. zuletzt verfügbaren Bewertungswert.

Der AIFM ist berechtigt, andere adäquate Bewertungsmethoden und -grundsätze für das Fondsvermögen anzuwenden, falls die oben erwähnten Kriterien zur Bewertung aufgrund besonderer Umstände unmöglich oder ungeeignet erscheinen. Bei massiven Rücknahmeanträgen kann der AIFM die Anteile des entsprechenden Fondsvermögens auf der Basis der Kurse bewerten, zu welchen die notwendigen Verkäufe von Wertpapieren voraussichtlich getätigt werden können. In diesem Fall wird für gleichzeitig eingereichte Emissions- und Rücknahmeanträge dieselbe Berechnungsmethode angewandt.

Der AIFM ist berechtigt, nach Beschluss einen sogenannten Sonder-NAV in Abweichung zum üblichen Bewertungsintervall zu rechnen, um in Sonderfällen die zeitnahe Ausgabe und Rücknahme von Anteilen zu ermöglichen. Hinweise dazu sind im Anhang A „Fonds im Überblick“ genannt.

Art. 27 Ausgabe von Anteilen

Anteile werden zu jedem Bewertungstag (Ausgabetag) ausgegeben, und zwar zum Nettoinventarwert je Anteil der entsprechenden Anteilsklasse des entsprechenden Fonds, zuzüglich des allfälligen Ausgabeaufschlags und zuzüglich etwaiger Steuern und Abgaben.

Class EUR A Seeder, Class USD A Seeder, Class CHF A Seeder

Ab dem 1. März 2019 erfolgt KEINE weitere Ausgabe von Anteilen dieser Anteilsklassen.

Die Anteile sind nicht urkundlich verbrieft.

Zeichnungsanträge für die Anteilsklassen G sowie H müssen beim AIFM vollständig bis spätestens zum Annahmeschluss eingehen. Der detaillierte Zeichnungsprozess ist in diesem Artikel beschrieben.

Zeichnungsanträge für sämtliche weitere Anteilsklassen müssen bei der Verwahrstelle bis spätestens zum Annahmeschluss eingehen.

Falls ein Zeichnungsantrag nach Annahmeschluss eingeht, so wird er für den folgenden Bewertungstag vorgemerkt. Für bei Vertriebssträgern im In- und Ausland platzierte Anträge können zur Sicherstellung der rechtzeitigen Weiterleitung an die anteilsregisterführende Stelle in Liechtenstein frühere Schlusszeiten zur Abgabe der Anträge gelten. Diese können bei den jeweiligen Vertriebssträgern in Erfahrung gebracht werden.

Informationen zum Ausgabetag, zum Annahmeschluss sowie zur Höhe des allfälligen maximalen Ausgabeaufschlags sind dem Anhang A „Fonds im Überblick“ zu entnehmen.

Anteilsklassen G sowie H

Die Zahlung der Zeichnungssumme betreffend der Anteilsklassen G sowie H müssen spätestens am Vortag des Bewertungstags auf dem Zeichnungskonto eingegangen sein. Die Überweisung auf das Konto des AIF bei der Verwahrstelle erfolgt max. drei Tage nach Bewertungstag des Fonds (Prepayment). Die effektive Abrechnung der Anteile erfolgt nach der NAV Bewertung des Fonds.

Die Anleger der Anteilsklassen G sowie H erhalten bei der Erstzeichnung eine persönliche Anteilsregisterkonto-Nummer. Diese Anteilsregisterkonto-Nummer ist zukünftig bei jedem Schriftwechsel mit dem AIFM oder anderen beteiligten Parteien sowie im Verwendungszweck bei Überweisungen zu verwenden. Falls einem Anleger mehrere Anteilsregisterkonto-Nummern zugewiesen wurden, sind im Schriftverkehr alle diese persönlichen Anteilsregisterkonto-Nummern anzugeben.

Generell kann ein Zeichnungsauftrag nur dann berücksichtigt werden, wenn der dafür vorgesehene Zeichnungsschein vollständig ausgefüllt und die im Zeichnungsschein angegebenen zusätzlich benötigten Dokumente und Unterlagen vollständig beigelegt sind. Zudem muss der angegebene Geldbetrag auf dem Zeichnungskonto des AIF bzw. der Anteilklassen eingegangen sein. Der AIFM ist jederzeit berechtigt, zusätzliche Informationen und/oder Unterlagen einzufordern, bevor er einen Zeichnungsauftrag berücksichtigt.

Aufgrund der gesetzlich notwendigen Sorgfaltspflichtprüfung kann der Vorgang zur Freigabe des Zeichnungsauftrags mehrere Arbeitstage in Anspruch nehmen. Etwaige Haftungsansprüche seitens des Anlegers aufgrund zwischenzeitlicher Kursschwankungen während des Zeitraums der notwendigen Sorgfaltspflichtprüfung können nicht entgegengenommen werden.

Wird eine Zeichnung wegen fehlender Unterlagen und/oder Informationen nicht berücksichtigt, können diese binnen zwei Wochen nachgereicht werden. Bereits eingegangene Gelder von abgelehnten Zeichnungsaufträgen werden abzüglich etwaiger Überweisungsspesen wieder an deren Ursprung zurücktransferiert.

Fehlen Unterlagen und/oder Informationen, die zur positiven Bearbeitung des Zeichnungsauftrags durch den AIFM notwendig sind, können diesem binnen zehn Bankarbeitstagen nachgereicht werden. Zu diesem Zweck fordert der AIFM den Anleger unverzüglich zur Nachreichung auf, nachdem der AIFM das Fehlen derartiger Unterlagen oder Informationen festgestellt hat. Im Falle fehlender Unterlagen wird dieser Zeitraum für die Dauer zwischen der Aufforderung des AIFM und der Nachreichung der Unterlagen an den AIFM unterbrochen.

Wird weniger als die am Zeichnungsschein vermerkte Summe einbezahlt, wird die effektive Zeichnungshöhe auf den eingegangenen Geldbetrag verringert. Wird mehr als die am Zeichnungsschein vermerkte Summe einbezahlt, wird die Differenz abzüglich etwaiger Überweisungsspesen wieder an deren Ursprung zurücktransferiert.

Die Zahlungen für sämtliche weitere Anteilklassen müssen innerhalb von zwei Bankarbeitstagen nach dem massgeblichen Ausgabebetrag eingehen.

Der AIFM bzw. die Verwahrstelle stellt sicher, dass die Ausgabe von Anteilen auf der Grundlage eines dem Anleger zum Zeitpunkt der Antragstellung unbekanntes Nettoinventarwertes pro Anteil abgerechnet wird (forward pricing).

Alle durch die Ausgabe von Anteilen anfallenden Steuern und Abgaben werden ebenfalls dem Anleger in Rechnung gestellt. Werden Anteile über Banken, die nicht mit dem Vertrieb der Anteile betraut sind, erworben, kann nicht ausgeschlossen werden, dass solche Banken weitere Transaktionskosten in Rechnung stellen.

Falls die Zahlung in einer anderen Währung als in der Referenzwährung erfolgt, wird der Gegenwert aus der Konvertierung der Zahlungswährung in die Referenzwährung, abzüglich allfälliger Gebühren, für den Erwerb von Anteilen verwendet.

Die Mindestanlage, die von einem Anleger in einer bestimmten Anteilklasse gehalten werden muss, ist dem Anhang A „Fonds im Überblick“ zu entnehmen.

Sacheinlagen sind nur mit Genehmigung des AIFM zulässig.

Die Verwahrstelle und/oder der AIFM können jederzeit einen Zeichnungsantrag zurückweisen oder die Ausgabe von Anteilen zeitweilig beschränken, aussetzen oder endgültig einstellen, insbesondere wenn dies im Interesse der Anleger, im öffentlichen Interesse, zum Schutz des AIF bzw. des AIFM oder der Anleger erforderlich erscheint. In diesem Fall wird die Verwahrstelle eingehende Zahlungen auf nicht bereits ausgeführte Zeichnungsanträge ohne Zinsen unverzüglich zurückerstatten, gegebenenfalls erfolgt dies unter Zuhilfenahme der Zahlstellen.

Die Ausgabe von Fondsanteilen kann in Anwendungsfällen von Art. 30 dieses Treuhandvertrages eingestellt werden.

Art. 28 Rücknahme von Anteilen

Anteile werden an jedem Rücknahmetag zurückgenommen, und zwar zu dem am Bewertungstag ermittelten Nettoinventarwert je Anteil der entsprechenden Anteilklasse des AIF, abzüglich allfälliger Rücknahmeabschläge und etwaiger Steuern und Abgaben.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Anteilklassen E, F, G sowie H über eine Kündigungsfrist von 15 Kalendertagen auf den Bewertungstag verfügen.

Rücknahmeanträge für die Anteilklassen G sowie H müssen beim AIFM vollständig bis spätestens zum Annahmeschluss eingehen.

Rücknahmeanträge für sämtliche weitere Anteilklassen müssen bei der Verwahrstelle bis spätestens zum Annahmeschluss eingehen.

Falls ein Rücknahmeantrag nach Annahmeschluss eingeht, so wird er für den folgenden Bewertungstag vorgemerkt. Für bei Vertriebssträgern im In- und Ausland platzierte Anträge können zur Sicherstellung der rechtzeitigen Weiterleitung an die anteilsregisterführende Stelle in Liechtenstein frühere Schlusszeiten zur Abgabe der Anträge gelten. Diese können bei den jeweiligen Vertriebssträgern in Erfahrung gebracht werden.

Informationen zum Bewertungstag, zum Bewertungsintervall, zum Annahmeschluss sowie zur Höhe des allfälligen maximalen Rücknahmeabschlages sind Anhang A „Fonds im Überblick“ zu entnehmen.

Da für einen angemessenen Anteil an liquiden Mitteln im Vermögen des AIF gesorgt werden muss, wird die Auszahlung von Anteilen innerhalb von zwei Bankarbeitstagen nach dem massgeblichen Berechnungstag erfolgen. Dies gilt nicht für den Fall, dass sich gemäss gesetzlichen Vorschriften wie etwa Devisen- und Transferbeschränkungen oder aufgrund anderweitiger Umstände, die ausserhalb der Kontrolle der Verwahrstelle liegen, die Überweisung des Rücknahmebetrages als unmöglich erweist.

Falls die Zahlung auf Verlangen des Anlegers in einer anderen Währung erfolgen soll, als in der Währung, in der die betreffenden Anteile aufgelegt sind, berechnet sich der zu zahlende Betrag aus dem Erlös des Umtauschgeschäfts von der Rechnungswährung in die Zahlungswährung, abzüglich allfälliger Gebühren und Abgaben.

Mit Zahlung des Rücknahmepreises erlischt der entsprechende Anteil.

Führt die Ausführung eines Rücknahmeantrages dazu, dass der Bestand des betreffenden Anlegers unter die im Anhang A „Fonds im Überblick“ aufgeführte Mindestanlage der entsprechenden Anteilsklasse fällt, kann der AIFM ohne weitere Mitteilung an den Anleger diesen Rücknahmeantrag als einen Antrag auf Rücknahme aller vom entsprechenden Anleger in dieser Anteilsklasse gehaltenen Anteile oder als einen Antrag auf Umtausch der verbleibenden Anteile in eine andere Anteilsklasse des AIF mit derselben Referenzwährung, deren Teilnahmevoraussetzungen der Anleger erfüllt, behandeln.

Der AIFM und/oder Verwahrstelle können Anteile gegen den Willen des Anlegers gegen Zahlung des Rücknahmepreises einziehen, soweit dies im Interesse oder zum Schutz der Anleger, des AIF oder des AIFM erforderlich erscheint, insbesondere wenn

1. ein Verdachtsfall besteht, dass durch den jeweiligen Anleger mit dem Erwerb der Anteile „Market Timing“, „Late-Trading“ oder sonstige Markttechniken betrieben werden, die der Gesamtheit der Anleger schaden können,
2. der Anleger die Bedingungen für einen Erwerb der Anteile nicht erfüllt oder
3. die Anteile in einem Staat vertrieben werden, in dem der jeweilige Fonds zum Vertrieb nicht zugelassen ist oder von einer Person erworben worden sind, für die der Erwerb der Anteile nicht gestattet ist.

Der AIFM stellt sicher, dass die Rücknahme von Anteilen auf der Grundlage eines dem Anleger zum Zeitpunkt der Einreichung des Antrags unbekanntes Nettoinventarwertes pro Anteil abgerechnet wird (forward pricing).

Die Rücknahme von Fondsanteilen kann in Anwendungsfällen von Art. 30 dieses Treuhandvertrags eingestellt werden.

Art. 29 Umtausch von Anteilen

Sofern unterschiedliche Anteilsklassen angeboten werden, kann ein Umtausch von Anteilen einer Anteilsklasse in Anteile einer anderen Anteilsklasse erfolgen. Für den Umtausch innerhalb eines AIF kann eine Umtauschgebühr erhoben werden. Falls ein Umtausch von Anteilen für Anteilsklassen nicht möglich ist, wird dies für die betroffene Anteilsklasse in Anhang A „Fonds im Überblick“ erwähnt. Information zur Höhe einer allfälligen Umtauschgebühr ist dem Anhang A „Fonds im Überblick“ zu entnehmen.

Ein Umtausch von Anteilen, in eine andere Anteilsklasse ist lediglich möglich sofern der Anleger die Bedingungen für den Direkterwerb von Anteilen des jeweiligen Fonds bzw. der jeweiligen Anteilsklasse erfüllt.

Die Anzahl der Anteile, in die der Anleger seinen Bestand umtauschen möchte, wird nach folgender Formel berechnet:

$$A = \frac{(B \times C)}{(D \times E)}$$

A = Anzahl der Anteile des neuen Fonds, in welche(n) umgetauscht werden soll

B = Anzahl der Anteile des Fonds, von wo aus der Umtausch vollzogen werden soll

C = Nettoinventarwert oder Rücknahmepreis der zum Umtausch vorgelegten Anteile

D = Devisenwechselkurs zwischen den betroffenen Fonds. Wenn beide Fonds in der gleichen Rechnungswährung bewertet werden, beträgt dieser Koeffizient 1.

E = Nettoinventarwert der Anteile des Fonds bzw. der allfälligen Anteilsklasse, in welche(n) der Wechsel zu erfolgen hat, zuzüglich Steuern, Gebühren oder sonstiger Abgaben

Fallweise können bei einem Anteilsklassenwechsel (sofern Anteilsklassen existieren) in einzelnen Ländern Abgaben, Steuern und Stempelgebühren anfallen.

Der AIFM kann für eine etwaige Anteilsklasse jederzeit einen Umtauschantrag zurückweisen, wenn dies im Interesse des AIFM oder im Interesse der Anleger geboten erscheint, insbesondere wenn:

1. ein Verdachtsfall besteht, dass durch den jeweiligen Anleger mit dem Erwerb der Anteile „Market Timing“, „Late-Trading“ oder sonstige Markttechniken betrieben werden, die der Gesamtheit der Anleger schaden können,
2. der Anleger nicht die Bedingungen für einen Erwerb der Anteile erfüllt, oder
3. die Anteile in einem Staat vertrieben werden, in dem der jeweilige Fonds zum Vertrieb nicht zugelassen ist oder von einer Person erworben worden sind, für die der Erwerb der Anteile nicht gestattet ist.

Der AIFM stellt sicher, dass der Umtausch von Anteilen auf der Grundlage eines dem Anleger zum Zeitpunkt der Einreichung des Antrags unbekanntes Nettoinventarwertes pro Anteil abgerechnet wird (forward pricing).

Der Umtausch von Fondsanteilen kann in Anwendungsfällen von Art. 30 dieses Treuhandvertrags eingestellt werden.

Art. 30 Aussetzung der Berechnung des Nettoinventarwertes und der Ausgabe und der Rücknahme und Umtausch von Anteilen

Der AIFM kann die Berechnung des Nettoinventarwertes und/oder die Ausgabe und die Rücknahme und den Umtausch von Anteilen eines AIF zeitweise aussetzen, sofern dies im Interesse der Anleger gerechtfertigt ist, insbesondere:

1. wenn ein Markt, welcher Grundlage für die Bewertung eines wesentlichen Teils des Vermögens des Fonds bildet, geschlossen ist oder wenn der Handel an einem solchen Markt beschränkt oder ausgesetzt ist;
2. bei politischen, wirtschaftlichen oder anderen Notfällen; oder
3. wenn wegen Beschränkungen der Übertragung von Vermögenswerten Geschäfte für den AIF undurchführbar werden.

Der AIFM kann zudem auch den Beschluss zur vollständigen oder zeitweiligen Aussetzung der Ausgabe von Anteilen fassen, falls Neuanlagen das Erreichen des Anlageziels beeinträchtigen könnten. Die Ausgabe von Anteilen wird insbesondere dann zeitweilig eingestellt, wenn die Berechnung des Nettoinventarwertes pro Anteil eingestellt wird. Bei Einstellung der Ausgabe von Anteilen werden die Anleger umgehend per Mitteilung im Publikationsorgan sowie in den im Treuhandvertrag genannten Medien oder mittels dauerhaften Datenträgern (Brief, Fax, Email oder Vergleichbares) über den Grund und den Zeitpunkt der Einstellung informiert.

Daneben ist der AIFM unter Wahrung der Interessen der Anleger berechtigt, erhebliche Rücknahmen erst zu tätigen, d.h. die Rücknahme zeitweilig auszusetzen, nachdem entsprechende Vermögenswerte des AIF ohne Verzögerung unter Wahrung der Interessen der Anleger verkauft werden können.

Solange die Rücknahme der Anteile ausgesetzt ist, werden keine neuen Anteile ausgegeben. Der Umtausch von Anteilen, deren Rückgabe vorübergehend eingeschränkt ist, ist nicht möglich. Die zeitweilige Aussetzung der Rücknahmen von Anteilen eines Fonds führt nicht zur zeitweiligen Einstellung der Rücknahme anderer Fonds, die von den betreffenden Ereignissen nicht berührt sind.

Der AIFM und / oder der Portfolio Manager achtet darauf, dass dem Fondsvermögen ausreichende flüssige Mittel zur Verfügung stehen, damit eine Rücknahme bzw. der Umtausch von Anteilen auf Antrag von Anlegern unter normalen Umständen unverzüglich erfolgen kann.

Der AIFM ist berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, die Berechnung des Nettoinventarwertes auszusetzen (Sistierung des Fonds), sofern das gesetzlich vorgeschriebene Mindestnettovermögen unterschritten wird, oder sofern ein im Verhältnis zu den Kosten des Fonds ungenügendes Nettovermögen vorliegt. Zeichnungen und Rücknahmen welche durch die Sistierung nicht abgerechnet werden konnten, werden für den nächsten offiziell publizierten NAV vorgemerkt und mit diesem ausgeführt.

Der AIFM teilt die Aussetzung der Anteilrücknahme und -auszahlung unverzüglich der FMA und in geeigneter Weise den Anlegern mit. Zeichnungs-, Rücknahme bzw. Umtauschanträge werden nach Wiederaufnahme der Berechnung des Nettoinventarwertes abgerechnet. Der Anleger kann seinen Zeichnungs-, Rücknahme- bzw. Umtauschantrag bis zur Wiederaufnahme des Anteilshandels widerrufen.

Art. 31 Late Trading und Market Timing

Sollte der Verdacht bestehen, dass ein Antragsteller Late Trading oder Market Timing versucht, wird der AIFM und/oder die Verwahrstelle die Annahme des Zeichnungs-, Umtausch- oder Rücknahmeantrags solange verweigern, bis der Antragsteller jegliche Zweifel in Bezug auf seinen Antrag ausgeräumt hat.

Late Trading

Unter Late Trading ist die Annahme eines Zeichnungs-, Umtausch- oder Rücknahmeantrags zu verstehen, der nach dem Annahmeschluss der Aufträge (cut-off time) des betreffenden Tages erhalten wurde, und seine Ausführung zu dem Preis, der auf dem an diesem Tag geltenden Nettoinventarwert basiert. Durch Late Trading kann ein Anleger aus der Kenntnis von Ereignissen oder Informationen Gewinn ziehen, die nach dem Annahmeschluss der Aufträge veröffentlicht wurden, sich jedoch noch nicht in dem Preis widerspiegeln, zu dem der Auftrag des Anlegers abgerechnet wird. Dieser Anleger ist infolgedessen im Vorteil gegenüber den Anlegern, die den offiziellen Annahmeschluss eingehalten haben. Der Vorteil dieses Anlegers ist noch bedeutender, wenn er das Late Trading mit dem Market Timing kombinieren kann.

Market Timing

Unter Market Timing ist das Arbitrageverfahren zu verstehen, mit dem ein Anleger kurzfristig Anteile desselben Fonds bzw. derselben Anteilsklasse systematisch zeichnet und zurückverkauft oder umwandelt, indem er die Zeitunterschiede und/oder Fehler oder Schwächen des Systems zur Berechnung des Nettoinventarwertes des Fonds bzw. einer möglichen Anteilsklasse nutzt.

Art. 32 Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Der AIFM trägt dafür Sorge, dass sich die inländischen Vertriebssträger gegenüber dem AIFM verpflichten, die im Fürstentum Liechtenstein geltenden Vorschriften des Sorgfaltspflichtgesetzes und der dazugehörigen Sorgfaltspflichtverordnung sowie die Richtlinien der FMA in der jeweils gültigen Fassung zu beachten.

Sofern die inländischen Vertriebssträger Gelder von Anlegern selbst entgegennehmen, sind sie in ihrer Eigenschaft als Sorgfaltspflichtige verpflichtet, nach Massgabe des Sorgfaltspflichtgesetzes und der Sorgfaltspflichtverordnung den Zeichner zu identifizieren, die wirtschaftlich berechnete Person festzustellen, ein Profil der Geschäftsbeziehung zu erstellen und alle für sie geltenden lokalen Vorschriften zur Verhinderung von Geldwäscherei zu befolgen.

Darüber hinaus haben die Vertriebssträger und ihre Verkaufsstellen auch alle Vorschriften zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu beachten, die in den jeweiligen Vertriebsländern in Kraft sind.

VIII. Kosten und Gebühren

Art. 33 Laufende Gebühren

Kosten und Gebühren zu Lasten des AIF

A. Vom Vermögen abhängige Gebühren (variabel):

Risikomanagement- und Verwaltungsaufwand:

Der AIFM stellt für das Risikomanagement und die Verwaltung eine jährliche Vergütung gemäss Anhang A „Fonds im Überblick“ in Rechnung. Diese wird auf der Basis des durchschnittlichen Fondsvermögens des AIF berechnet, im Rahmen der NAV Berechnung pro rata temporis abgegrenzt und quartalsweise ausgezahlt. Minimumgebühren können pro rata temporis im Rahmen der NAV Berechnung abgegrenzt und quartalsweise ausgezahlt werden. Die Höhe des Risikomanagement- und Verwaltungsaufwands des AIF / der Anteilsklasse wird im Jahresbericht ausgewiesen.

Anteilsregisterführungsaufwand:

Der AIFM stellt für die Verwaltung und Bearbeitung des Anteilsregisters für die Anteilsklassen G sowie H eine jährliche Vergütung gemäss Anhang A „Fonds im Überblick“ in Rechnung. Diese wird auf der Basis des durchschnittlichen Vermögens dieser Anteilsklassen berechnet, zu jedem Bewertungsstichtag abgegrenzt und pro rata temporis jeweils quartalsweise ausgezahlt. Die Höhe des Anteilsregisterführungsaufwands der Anteilsklassen G sowie H wird im Jahresbericht ausgewiesen.

Verwahrstellenaufwand:

Die Verwahrstelle erhält für die Erfüllung ihrer Aufgaben aus dem Verwahrstellenvertrag eine Vergütung gem. Anhang A „Fonds im Überblick“ ausgewiesene Vergütung. Diese wird auf der Basis des durchschnittlichen Fondsvermögens des AIF berechnet, im Rahmen der NAV Berechnung pro rata temporis abgegrenzt und quartalsweise ausgezahlt. Minimumgebühren können pro rata temporis, im Rahmen der NAV Berechnung abgegrenzt und quartalsweise ausgezahlt werden. Die Höhe des Verwahrstellenaufwands des AIF / der Anteilsklasse wird im Jahresbericht ausgewiesen.

Portfolioverwaltungsaufwand (Management Fee):

Sofern eine Portfolioverwaltung vertraglich verpflichtet wurde, kann diese aus dem jeweiligen Fondsvermögen eine Vergütung gemäss Anhang A „Fonds im Überblick“ erhalten. Diese wird auf der Basis des durchschnittlichen Fondsvermögens des AIF berechnet, im Rahmen der NAV Berechnung pro rata temporis abgegrenzt und quartalsweise ausgezahlt. Diese Vergütung wird zusätzlich zur Verwaltungsvergütung erhoben. Minimumgebühren können pro rata temporis im Rahmen der NAV Berechnung abgegrenzt und quartalsweise ausgezahlt werden. Die Höhe des Portfolioverwaltungsaufwands des AIF / der Anteilsklasse wird im Jahresbericht ausgewiesen.

Daneben kann die Portfolioverwaltung aus dem jeweiligen Fondsvermögen eine wertentwicklungsorientierte Vergütung („Performance-Fee“) erhalten. Eine etwaige Performance Fee wird ebenso im Jahresbericht ausgewiesen.

Vertriebsaufwand (Distributor Fee):

Sofern eine Vertriebsstelle vertraglich verpflichtet wurde, kann diese aus dem Fondsvermögen eine Vergütung erhalten, deren maximale Höhe, Berechnung und Auszahlung für den AIF in Anhang A „Fonds im Überblick“ ausgewiesen ist. Diese wird auf der Basis des durchschnittlichen Fondsvermögens des AIF berechnet, im Rahmen der NAV Berechnung pro rata temporis abgegrenzt und quartalsweise ausgezahlt. Minimumgebühren können pro rata temporis im Rahmen der NAV Berechnung abgegrenzt und quartalsweise ausgezahlt werden. Die Höhe des Vertriebsaufwands des AIF / der Anteilsklasse wird im Jahresbericht genannt.

B. Vom Vermögen unabhängige Gebühren (fix):

Ordentlicher Aufwand

Der AIFM und die Verwahrstelle haben ausserdem Anspruch auf Ersatz der folgenden Auslagen, die ihnen in Ausübung ihrer Funktion entstanden sind:

- Kosten für die Vorbereitung, den Druck und den Versand der Jahresberichte sowie weiterer gesetzlich vorgeschriebener Publikationen;
- Kosten für die Veröffentlichung der an die Anleger in den Publikationsorganen und evtl. zusätzlichen von dem AIFM bestimmten Zeitungen oder elektronischen Medien gerichteten Mitteilungen eines Fonds einschliesslich Kurspublikationen;

- Gebühren und Kosten für Bewilligungen und die Aufsicht über einen Fonds in Liechtenstein und im Ausland;
- alle Steuern, die auf das Vermögen eines Fonds sowie dessen Erträge und Aufwendungen zulasten dieses Fonds erhoben werden;
- Gebühren, die im Zusammenhang mit einer allfälligen Kotierung eines Fonds und mit dem Vertrieb im In- und Ausland anfallen (z.B. Beratungs-, Rechts-, Übersetzungskosten);
- Gebühren, Kosten und Honorare im Zusammenhang mit der Ermittlung und Veröffentlichung von Steuerfaktoren für die Länder der EU/EWR und/oder sämtliche Länder, wo Vertriebszulassungen bestehen und/oder Privatplatzierungen vorliegen, nach Massgabe der effektiven Aufwendungen zu marktmässigen Ansätzen;
- Gebühren für Zahlstellen, Vertreter und andere Repräsentanten mit vergleichbarer Funktion im In- und Ausland;
- ein angemessener Anteil an Kosten für Drucksachen und Werbung, welche direkt im Zusammenhang mit dem Anbieten und Verkauf von Anteilen anfallen;
- Honorare des Wirtschaftsprüfers und von Steuerberatern, soweit diese Aufwendungen im Interesse der Anleger getätigt werden;
- Gebühren für Fondskonten und Zeichnungskonten im In- und Ausland.

Die jeweils gültige Höhe der Auslagen des AIF / Anteilsklasse wird im Jahresbericht genannt.

Gewisse Kosten und Gebühren können dem Fonds, vor allem in der Anfangsphase des Fonds, erlassen werden, bzw. extern bezahlt werden. Dies mit dem Ziel hohe Kostenbelastungen des Fonds im Verhältnis zum Nettovermögen in der Aufbauphase zu mildern. Dies kann dazu führen, dass die ausgewiesene TER (Total Expense Ratio) nicht auf derselben Grundlage berechnet wird wie zukünftige TERs. Entsprechende Offenlegung und Erklärungen sowie die gültige Höhe der Auslagen des AIF / Anteilsklasse werden im Jahresbericht aufgeführt.

Die Anteilsinhaber werden mittels Mitteilung an die Anteilsinhaber über die Inanspruchnahme und Verzicht dieser Möglichkeit informiert.

Transaktionskosten

Zusätzlich trägt der AIF sämtliche aus der Verwaltung des Vermögens erwachsenden Nebenkosten für den An- und Verkauf der Anlagen (marktkonforme Courtagen, Kommissionen, Abgaben), sowie alle Steuern, die auf das Vermögen des AIF sowie dessen Erträge und Aufwendungen erhoben werden (z.B. Quellensteuern auf ausländischen Erträgen). Der AIF trägt ferner allfällige externe Kosten, d.h. Gebühren von Dritten, die beim An- und Verkauf der Anlagen anfallen. Diese Kosten werden direkt mit dem Einstands- bzw. Verkaufswert der betreffenden Anlagen verrechnet. Zusätzlich werden den jeweiligen Anteilsklassen etwaige Währungsabsicherungskosten belastet. Gegenleistungen, welche in einer fixen Pauschalgebühr enthalten sind, dürfen nicht zusätzlich als Einzelaufwand belastet werden. Eine allfällige Entschädigung für beauftragte Dritte ist jedenfalls in den Gebühren nach Art. 33 des Treuhandvertrages enthalten.

Allfällige Kosten für Währungsabsicherungen von Anteilsklassen

Die allfälligen Kosten einer Währungsabsicherung von Anteilsklassen können dem AIF oder der entsprechenden Anteilsklasse zugeordnet werden.

Gründungskosten

Die Kosten für die Gründung des AIF und die Erstausgabe von Anteilen können zu Lasten des Fondsvermögens über maximal fünf Jahre abgeschrieben werden. Die Aufteilung der Gründungskosten erfolgt pro rata auf die jeweiligen Anteilsklassen. Kosten, die im Zusammenhang mit der Auflegung weiterer Anteilsklassen entstehen, werden zu Lasten der jeweiligen Anteilsklasse, der sie zuzurechnen sind, über maximal fünf Jahre abgeschrieben.

Liquidationsgebühren

Im Falle der Auflösung des AIF/von Anteilsklassen kann der AIFM die eigenen Liquidationskosten sowie die von Dritten dem Fondsvermögen als Liquidationsgebühren belasten.

Ausserordentliche Dispositionskosten

Zusätzlich darf der AIFM dem jeweiligen Fondsvermögen Kosten für ausserordentliche Dispositionen belasten.

Ausserordentliche Dispositionskosten setzen sich aus dem Aufwand zusammen, der ausschliesslich der Wahrung des Anlegerinteresses dient, im Laufe der regelmässigen Geschäftstätigkeit entsteht und bei Gründung des AIF nicht vorhersehbar war. Ausserordentliche Dispositionskosten sind insbesondere Rechtsberatungs- und Verfahrenskosten im Interesse des AIF oder der Anleger. Darüber hinaus sind alle Kosten allfällig nötig werdender ausserordentlicher Dispositionen gemäss AIFMG und AIFMV (z.B. Änderungen der Fondsdokumente) hierunter zu verstehen.

Zusätzlich darf der AIFM dem Fondsvermögen Kosten für spezialisierte Beratungsleistungen direkt belasten, soweit es sich um Tätigkeiten handelt, die nicht bereits von anderen Gebühren abgedeckt sind. Insbesondere im Rahmen von Kapitalmassnahmen von Zielinvestments, die in der Regel Courtagen von Banken für den Erwerb von Aktien oder anderen Anlageklassen und strukturierten Produkten auslösen (z.B. bei Kapitalerhöhungen von Zielinvestments und dem Erwerb von strukturierten Produkten). Diese Beratungsleistungen können extern durch Prüfungsgesellschaften, Rechtsberater oder Banken erbracht werden. Wenn dies zu einer geringeren Kostenbelastung führt als die Drittvergabe, kann der AIFM – so die notwendigen Kompetenzen vorliegen – diese Leistungen selbst erbringen und dem Fondsvermögen belasten.

Diese Kosten setzen sich aus dem Aufwand zusammen, der ausschliesslich der Wahrung des Anlegerinteresses dient, im Laufe der regelmässigen Geschäftstätigkeit entsteht und bei Gründung des AIF nicht detailliert vorhersehbar war.

Vom Anlageerfolg abhängige Gebühr (Performance Fee)

Zusätzlich kann der AIFM eine Performance Fee erheben welche unter Anwendung des „High Watermark“ - Prinzips berechnet wird. Insoweit eine Performance Fee erhoben wird, ist diese in Anhang A „Fonds im Überblick“ ausführlich dargestellt.

Als performanceorientierte Gebühr wird ein Prozentsatz der Differenz zwischen dem Nettoinventarwert pro Anteil vor Berechnung der performanceorientierten Gebühr und der zuletzt erreichten High Watermark des Fonds, multipliziert mit der Anzahl der Anteile dem Fonds als Kosten belastet.

Eine Performance Fee fällt nur an, wenn am Bewertungstag der Nettoinventarwert pro Anteil vor Belastung einer allfälligen performanceorientierten Gebühr höher ist als die bisherige High Watermark.

Diese Performance Fee wird in der Regel im Nachhinein quartalsweise ausbezahlt.

Anstelle des bisherigen High Watermark Wertes tritt dann der neue, höhere Wert nach Abzug der performanceorientierten Gebühr für die nächste Bewertungsperiode in Kraft. Ansonsten bleibt die High Watermark unverändert. Eine einmal erreichte High Watermark bleibt auch nach Ablauf eines Geschäftsjahres des Fonds bestehen.

Art. 34 Kosten zulasten der Anleger

Ausgabeaufschlag

Zur Deckung der Kosten, welche die Platzierung der Anteile verursacht, kann der AIFM auf den Nettoinventarwert der neu emittierten Anteile zugunsten des AIF, des AIFM, der Verwahrstelle und/oder von Vertriebsträgern im In- oder Ausland einen Ausgabeaufschlag gemäss Anhang A „Fonds im Überblick“ erheben.

Rücknahmeabschlag

Für die Auszahlung zurückgenommener Anteile erhebt der AIFM auf den Nettoinventarwert der zurückgegebenen Anteile zugunsten des AIF, des AIFM, der Verwahrstelle und/oder von Vertriebsträgern im In- oder Ausland einen Rücknahmeabschlag gemäss Anhang A „Fonds im Überblick“.

Umtauschgebühr

Für den Wechsel von einer Anteilsklasse in eine andere Anteilsklasse kann eine Umtauschgebühr erhoben werden. Information zur Höhe einer allfälligen Umtauschgebühr ist dem Anhang A „Fonds im Überblick“ zu entnehmen.

Steuern

Steuerliche Hinweise sind im Prospekt aufgeführt.

IX. Schlussbestimmungen

Art. 35 Verwendung der Erträge

Der realisierte Erfolg eines AIF setzt sich aus dem Nettoertrag und den realisierten Kursgewinnen zusammen.

Der AIFM kann den im AIF bzw. in einer Anteilsklasse realisierten Erfolg an die Anleger des AIF bzw. dieser Anteilsklasse ausschütten oder diesen realisierten Erfolg in dem AIF bzw. der jeweiligen Anteilsklasse wiederanlegen (thesaurieren).

Thesaurierend:

Der realisierte Erfolg des AIF bzw. der Anteilsklassen, welche eine Erfolgsverwendung des Typs „thesaurierend“ gemäss Anhang A „Fonds im Überblick“ aufweisen, wird laufend wieder angelegt, d.h. thesauriert.

Ausschüttend:

Der realisierte Erfolg (nach Abzug / Abgrenzung der Kosten) des AIF bzw. der Anteilsklassen, welche eine Erfolgsverwendung des Typs „ausschüttend“ gemäss Anhang A „Fonds im Überblick“ aufweisen, kann periodisch mit Beschluss des AIFM ganz oder teilweise ausgeschüttet werden.

Ausschüttungen werden auf die am Ausschüttungstag ausgegebenen Anteile ausgezahlt. Auf erklärte Ausschüttungen werden vom Zeitpunkt ihrer Fälligkeit an keine Zinsen bezahlt.

Weitere Informationen zur Verwendung der Erträge sind dem Anhang A „Fonds im Überblick“ zu entnehmen.

Art. 36 Zuwendungen

Der AIFM behält sich vor, Dritten für die Akquisition von Anlegern und/oder die Erbringung von Dienstleistungen Zuwendungen zu gewähren. Bemessungsgrundlage für solche Zuwendungen bilden in der Regel die den Anlegern belasteten Kommissionen, Gebühren usw. und/oder beim AIFM platzierte Vermögenswerte/Vermögensbestandteile. Ihre Höhe entspricht einem prozentualen Anteil der jeweiligen Bemessungsgrundlage. Auf Verlangen legt der AIFM gegenüber dem Anleger jederzeit weitere Einzelheiten

über die mit Dritten getroffenen Vereinbarungen offen. Auf einen weiter gehenden Informationsanspruch gegenüber dem AIFM verzichtet der Anleger hiermit ausdrücklich, insbesondere trifft den AIFM keine detaillierte Abrechnungspflicht hinsichtlich effektiv bezahlter Zuwendungen.

Der Anleger nimmt zur Kenntnis und akzeptiert, dass der AIFM von Dritten (inklusive Gruppengesellschaften) im Zusammenhang mit der Zuführung von Anlegern, dem Erwerb/Vertrieb von kollektiven Kapitalanlagen, Zertifikaten, Notes usw. (nachfolgend «Produkte» genannt; darunter fallen auch solche, die von einer Gruppengesellschaft verwaltet und/oder herausgegeben werden) Zuwendungen in der Regel in der Form von Bestandszahlungen gewährt werden können. Die Höhe solcher Zuwendungen ist je nach Produkt und Produkthanbieter unterschiedlich. Bestandszahlungen bemessen sich in der Regel nach der Höhe des vom AIFM gehaltenen Volumens eines Produkts oder einer Produktgruppe. Ihre Höhe entspricht üblicherweise einem prozentualen Anteil der dem jeweiligen Produkt belasteten Verwaltungsgebühren, welche periodisch während der Haltedauer vergütet werden. Zusätzlich können Vertriebsprovisionen von Wertpapieremittenten auch in Form von Abschlägen auf dem Emissionspreis (prozentmässiger Rabatt) geleistet werden oder in Form von Einmalzahlungen, deren Höhe einem prozentualen Anteil des Emissionspreises entspricht.

Vorbehaltlich einer anderen Regelung kann der Anleger jederzeit vor oder nach Erbringung der Dienstleistung (Kauf des Produkts) weitere Einzelheiten über die mit Dritten betreffend solcher Zuwendungen getroffenen Vereinbarungen vom AIFM verlangen. Der Informationsanspruch auf weitere Einzelheiten hinsichtlich bereits getätigter Transaktionen ist jedoch begrenzt auf die der Anfrage vorausgegangenen 12 Monate. Auf einen weiter gehenden Informationsanspruch verzichtet der Anleger ausdrücklich. Verlangt der Anleger keine weiteren Einzelheiten vor Erbringung der Dienstleistung oder bezieht er die Dienstleistung nach Einholung weiterer Einzelheiten, verzichtet er auf einen allfälligen Herausgabeanspruch im Sinne von § 1009 Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (ABGB).

Art. 37 Informationen für die Anleger

Publikationsorgan des AIF ist die Web-Seite des LAFV Liechtensteiner Anlagefondsverband (www.lafv.li) sowie sonstige in den Fondsdokumenten genannte Medien.

Sämtliche Mitteilungen an die Anleger, auch über die Änderungen des Treuhandvertrages und des Anhangs A „Fonds im Überblick“ werden auf der Web-Seite des LAFV Liechtensteiner Anlagefondsverband (www.lafv.li) als Publikationsorgan des AIF sowie sonstigen in den Fondsdokumenten genannten Medien und Datenträgern veröffentlicht.

Der Nettoinventarwert sowie der Ausgabe- und Rücknahmepreis der Anteile des AIF werden an jedem Bewertungstag auf der Web-Seite des LAFV Liechtensteiner Anlagefondsverband (www.lafv.li) als Publikationsorgan des AIF sowie sonstigen in den Fondsdokumenten genannten Medien und dauerhaften Datenträgern (Brief, Fax, Email oder Vergleichbares) bekanntgegeben.

Bei einem AIF für professionelle Anleger wird auf die Erstellung von Wesentlichen Anlegerinformationen und des Halbjahresberichts verzichtet.

Der von einem Wirtschaftsprüfer geprüfte Jahresbericht wird den Anlegern am Sitz des AIFM und der Verwahrstelle kostenlos zur Verfügung gestellt.

Art. 38 Berichte

Der AIFM erstellt für jeden AIF einen geprüften Jahresbericht entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen im Fürstentum Liechtenstein.

Art. 39 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des AIF ist dem Anhang A „Fonds im Überblick“ zu entnehmen.

Ergibt sich aufgrund des Liberierungsdatums ein Geschäftsjahr von kleiner gleich sechs Monaten, so wird das Rumpfsjahr dem folgenden Geschäftsjahr zugeschlagen, sodass sich eine Verlängerung auf bis zu 18 Monate ergibt. Beträgt die Dauer des Rumpfsjahres mehr als sechs Monate, so wird für dieses Rumpfsjahr ein verkürztes Geschäftsjahr gerechnet.

Art. 40 Änderungen am Treuhandvertrag

Dieser Treuhandvertrag kann vom AIFM mit Zustimmung der FMA jederzeit ganz oder teilweise geändert oder ergänzt werden.

Wesentliche Änderungen teilt der AIFM der FMA mindestens einen Monat vor Durchführung der Änderung oder unverzüglich nach Eintreten einer ungeplanten Änderung schriftlich mit.

Art. 41 Verjährung

Die Ansprüche von Anlegern gegen den AIFM, den Liquidator, Sachwalter oder die Verwahrstelle verjähren mit dem Ablauf von fünf Jahren nach Eintritt des Schadens, spätestens aber ein Jahr nach der Rückzahlung des Anteils oder nach Kenntniserlangung des Schadens.

Art. 42 Anwendbares Recht, Gerichtsstand und massgebende Sprache

Der AIF untersteht liechtensteinischem Recht. Ausschliesslicher Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten zwischen den Anlegern, dem AIFM und der Verwahrstelle ist Vaduz, Fürstentum Liechtenstein.

Der AIFM und/oder die Verwahrstelle können sich und den AIF jedoch im Hinblick auf Ansprüche von Anlegern aus diesen Ländern dem Gerichtsstand der Länder unterwerfen, in welchen Anteile angeboten und verkauft werden. Anderslautende gesetzlich zwingende Gerichtsstände bleiben vorbehalten.

Zur Vollstreckbarkeit eines ausländischen Urteiles im Fürstentum Liechtenstein (Sitzstaat des AIF) bedarf es gegebenenfalls eines gesonderten Verfahrens zB sog. „Rechtsöffnungsverfahren“, im Fürstentum Liechtenstein. Die Vollstreckbarkeit eines Urteils eines Gerichts des Fürstentum Liechtensteins im Ausland bedarf gegebenenfalls der Bestätigung eines Gerichtes des Vollstreckungslandes bzw. des Vollstreckungsgerichtes.

Als rechtsverbindliche Sprache für diesen Treuhandvertrag gilt die deutsche Sprache.

Art. 43 Allgemeines

Im Übrigen wird auf die Bestimmungen des AIFMG, die Bestimmungen des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR) über die Treuhänderschaft sowie die allgemeinen Bestimmungen des PGR in der jeweils aktuellen Fassung verwiesen.

Art. 44 Inkrafttreten

Dieser Treuhandvertrag tritt am 28. Januar 2020 in Kraft.

Der AIFM:

Bendern, 28. Januar 2020

Die Verwahrstelle

Balzers, 28. Januar 2020

CAIAC Fund Management AG

Bank Frick & Co. AG

Anhang A: Fonds im Überblick

Der Treuhandvertrag und dieser Anhang A „Fonds im Überblick“ bilden eine wesentliche Einheit und ergänzen sich deshalb.

Fondsname: Systematic DLT Fund
Fondstyp nach Anlegerkreis: AIF für professionelle Anleger

A. Der Fonds im Überblick

Stammdaten und Informationen des AIF und dessen Anteilsklassen

Grundinformationen

Anteilsklassen ¹	Class EUR A Seeder ²	Class USD A Seeder ²	Class CHF A Seeder ²
Valoren-Nr.	44805912	44805913	44805914
ISIN – Nr.	LI0448059126	LI0448059134	LI0448059142
WKN	A2PB7G	A2PB7H	A2PB7J
Errichtet auf	Unbeschränkte Dauer		
Kotierung	Nein		
Rechnungswährung AIF ³	EUR		
Rechnungswährung Anteilsklassen	EUR	USD	CHF
Mindestanlage ⁴	EUR 10'000.-	USD 10'000.-	CHF 10'000.-
Erstausgabepreis	EUR 100.-	USD 100.-	CHF 100.-
Bewertungstag ⁵	Montag		
Bewertungsintervall	Wöchentlich		
Annahmeschluss Anteilsgeschäft Ausgabe	zwei Bankarbeitstage vor dem Bewertungstag, 12.00 Uhr Ab dem 1. März 2019 erfolgt KEINE weitere Ausgabe von Anteilen dieser Anteilsklassen.		
Annahmeschluss Anteilsgeschäft Rücknahme	zwei Bankarbeitstage vor dem Bewertungstag, 12.00 Uhr		
Erstzeichnungstag	17. Januar 2019	17. Januar 2019	17. Januar 2019
Liberierung (erster Valutatag)	17. Januar 2019	17. Januar 2019	17. Januar 2019
Abschluss Rechnungsjahr	31. Dezember		
Erfolgsverwendung ⁶	THES		

1 Die Währungsrisiken der aufgelegten Anteilsklassen können ganz oder teilweise abgesichert werden.

2 Diese Anteilsklasse wird per 28. Februar 2019 geschlossen.

3 Bei der Rechnungswährung handelt es sich um die Währung, in der die Performance und der Nettovermögenswert des Fonds berechnet werden.

4 Die detaillierten Zeichnungsbedingungen sind unter Art. 8 beschrieben. Mit Genehmigung des AIFM können auch geringere Mindestanlagen akzeptiert werden.

5 Fällt der Bewertungstag auf einen Bankfeiertag in Liechtenstein, wird dennoch zum offiziellen Bewertungstag mit den letztverfügbaren Kursen bewertet. Wenn der Bewertungstag und der 31. Dezember in dieselbe Kalenderwoche fallen, wird nur der NAV zum 31. Dezember berechnet. Mit Beschluss des AIFM dürfen jederzeit Sonder-NAVs gerechnet werden.

6 THES = thesaurierend / AUS = ausschüttend

Anteilklassen ⁷	Class EUR B	Class USD B	Class CHF B	Class EUR C	Class USD C	Class CHF C	Class EUR D	Class USD D	Class CHF D
Valoren-Nr.	44805915	44805916	44805917	44805918	44805919	44805920	44805921	44805922	44805923
ISIN – Nr.	LI0448059159	LI0448059167	LI0448059175	LI0448059183	LI0448059191	LI0448059209	LI0448059217	LI0448059225	LI0448059233
WKN	A2PB7R	A2PB7S	A2PB7T	A2PB7U	A2PB7V	A2PB7W	A2PB7X	A2PB7Y	A2PB7Z
Errichtet auf	Unbeschränkte Dauer								
Kotierung	Nein								
Rechnungswährung AIF ⁸	EUR								
Rechnungswährung Anteilklassen	EUR	USD	CHF	EUR	USD	CHF	EUR	USD	CHF
Mindestanlage ⁹	EUR 10'000.-	USD 10'000.-	CHF 10'000.-	EUR 1 Mio.-	USD 1 Mio.-	CHF 1 Mio.-	EUR 5 Mio.-	USD 5 Mio.-	CHF 5 Mio.-
Erstausgabepreis	EUR 100.-	USD 100.-	CHF 100.-	EUR 100.-	USD 100.-	CHF 100.-	EUR 100.-	USD 100.-	CHF 100.-
Bewertungstag ¹⁰	Montag								
Bewertungsintervall	Wöchentlich								
Annahmeschluss Anteilsgeschäft Ausgabe	Bewertungstag, 12.00 Uhr								
Annahmeschluss Anteilsgeschäft Rücknahme	zwei Bankarbeitstage vor dem Bewertungstag, 12.00 Uhr								
Erstzeichnungstag	18. März 2019	29. April 2019	27. Mai 2019	offen	offen	offen	offen	offen	offen
Liberierung (erster Valutatag)	18. März 2019	29. April 2019	27. Mai 2019	offen	offen	offen	offen	offen	offen
Abschluss Rechnungsjahr	31. Dezember								
Erfolgsverwendung ¹¹	THES								

7 Die Währungsrisiken der aufgelegten Anteilklassen können ganz oder teilweise abgesichert werden.

8 Bei der Rechnungswährung handelt es sich um die Währung, in der die Performance und der Nettovermögenswert des Fonds berechnet werden.

9 Die detaillierten Zeichnungsbedingungen sind unter Art. 8 beschrieben. Mit Genehmigung des AIFM können auch geringere Mindestanlagen akzeptiert werden.

10 Fällt der Bewertungstag auf einen Bankfeiertag in Liechtenstein, wird dennoch zum offiziellen Bewertungstag mit den letztverfügbaren Kursen bewertet. Wenn der Bewertungstag und der 31. Dezember in dieselbe Kalenderwoche fallen, wird nur der NAV zum 31. Dezember berechnet. Mit Beschluss des AIFM dürfen jederzeit Sonder-NAVs gerechnet werden.

11 THES = thesaurierend / AUS = ausschüttend

Anteilsklassen ¹²	Class EUR E	Class USD E	Class CHF E	Class EUR F	Class USD F	Class CHF F
Valoren-Nr.	49476600	48984546	48984547	49476601	48984548	48984549
ISIN – Nr.	LI0494766004	LI0489845466	LI0489845474	LI0494766012	LI0489845482	LI0489845490
WKN	A2PQS2	A2PN6X	A2PN6Y	A2PQS3	A2PN6Z	A2PN60
Errichtet auf	Unbeschränkte Dauer					
Kotierung	Nein					
Rechnungswährung AIF ¹³	EUR					
Rechnungswährung Anteilsklassen	EUR	USD	CHF	EUR	USD	CHF
Mindestanlage ¹⁴	EUR 500'000.-	USD 500'000.-	CHF 500'000.-	EUR 1 Mio.	USD 1 Mio.	CHF 1 Mio.-
Erstausgabepreis	EUR 100.-	USD 100.-	CHF 100.-	EUR 100.-	USD 100.-	CHF 100.-
Bewertungstag ¹⁵	Montag					
Bewertungsintervall	Wöchentlich					
Annahmeschluss Anteilsgeschäft Ausgabe	Bewertungstag, 12.00 Uhr					
Annahmeschluss Anteilsgeschäft Rücknahme	Kündigungsfrist von 15 Kalendertagen¹⁶ auf den Bewertungstag, 12.00 Uhr					
Erstzeichnungstag	21. Oktober 2019	29. Juli 2019	offen	offen	offen	offen
Liberierung (erster Valutatag)	21. Oktober 2019	29. Juli 2019	offen	offen	offen	offen
Abschluss Rechnungsjahr	31. Dezember					
Erfolgsverwendung ¹⁷	THES					

¹² Die Währungsrisiken der aufgelegten Anteilsklassen können ganz oder teilweise abgesichert werden.

¹³ Bei der Rechnungswährung handelt es sich um die Währung, in der die Performance und der Nettovermögenswert des Fonds berechnet werden.

¹⁴ Die detaillierten Zeichnungsbedingungen sind unter Art. 8 beschrieben. Mit Genehmigung des AIFM können auch geringere Mindestanlagen akzeptiert werden.

¹⁵ Fällt der Bewertungstag auf einen Bankfeiertag in Liechtenstein, wird dennoch zum offiziellen Bewertungstag mit den letztverfügbaren Kursen bewertet. Wenn der Bewertungstag und der 31. Dezember in dieselbe Kalenderwoche fallen, wird nur der NAV zum 31. Dezember berechnet. Mit Beschluss des AIFM dürfen jederzeit Sonder-NAVs gerechnet werden.

¹⁶ Mit Beschluss des AIFM kann jederzeit ganz oder teilweise auf die Kündigungsfrist verzichtet werden.

¹⁷ THES = thesaurierend / AUS = ausschüttend

Anteilklassen ¹⁸	Class EUR G	Class USD G	Class CHF G	Class EUR H	Class USD H	Class CHF H
Valoren-Nr.	52244495	52244496	52244497	52244498	52244507	52244508
ISIN – Nr.	LI0522444954	LI0522444962	LI0522444970	LI0522444988	LI0522445076	LI0522445084
WKN	A2PZZB	A2PZZC	A2PZZP	A2PZZD	A2PZPN	A2PZZE
Errichtet auf	Unbeschränkte Dauer					
Kotierung	Nein					
Rechnungswährung AIF ¹⁹	EUR					
Rechnungswährung Anteilklassen	EUR	USD	CHF	EUR	USD	CHF
Mindestanlage ²⁰	EUR 500'000.-	USD 500'000.-	CHF 500'000.-	EUR 1 Mio.	USD 1 Mio.	CHF 1 Mio.-
Erstausgabepreis	EUR 100.-	USD 100.-	CHF 100.-	EUR 100.-	USD 100.-	CHF 100.-
Bewertungstag ²¹	Montag					
Bewertungsintervall	Wöchentlich					
Annahmeschluss Anteilsgeschäft Ausgabe	Vortag des Bewertungstags, 12.00 Uhr					
Annahmeschluss Anteilsgeschäft Rücknahme	Kündigungsfrist von 15 Kalendertagen²² auf den Bewertungstag, 12.00 Uhr					
Erstzeichnungstag	offen	offen	offen	offen	offen	offen
Liberierung (erster Valutatag)	offen	offen	offen	offen	offen	offen
Abschluss Rechnungsjahr	31. Dezember					
Erfolgsverwendung ²³	THES					

18 Die Währungsrisiken der aufgelegten Anteilklassen können ganz oder teilweise abgesichert werden.

19 Bei der Rechnungswährung handelt es sich um die Währung, in der die Performance und der Nettowert des Fonds berechnet werden.

20 Die detaillierten Zeichnungsbedingungen sind unter Art. 8 beschrieben. Mit Genehmigung des AIFM können auch geringere Mindestanlagen akzeptiert werden.

21 Fällt der Bewertungstag auf einen Bankfeiertag in Liechtenstein, wird dennoch zum offiziellen Bewertungstag mit den letztverfügbaren Kursen bewertet. Wenn der Bewertungstag und der 31. Dezember in dieselbe Kalenderwoche fallen, wird nur der NAV zum 31. Dezember berechnet. Mit Beschluss des AIFM dürfen jederzeit Sonder-NAVs gerechnet werden.

22 Mit Beschluss des AIFM kann jederzeit ganz oder teilweise auf die Kündigungsfrist verzichtet werden.

23 THES = thesaurierend / AUS = ausschüttend

Ausweis der Gebühren, Art der Gebühren zulasten der Anleger

Anteilsklassen	Class EUR A Seeder Class USD A Seeder Class CHF A Seeder	Class EUR B Class USD B Class CHF B	Class EUR C Class USD C Class CHF C	Class EUR D Class USD D Class CHF D	Class EUR E Class USD E Class CHF E	Class EUR F Class USD F Class CHF F	Class EUR G Class USD G Class CHF G	Class EUR H Class USD H Class CHF H
Maximaler Ausgabeaufschlag	keiner	1.5%	1.0%	keiner	keiner	keiner	keiner	Keiner
Maximaler Rücknahmeabschlag	keiner	1.5%	1.0%	keiner	keiner	keiner	keiner	keiner
Maximale Umtauschgebühr	Bei diesen Anteilsklassen ist kein Umtausch möglich.	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine
Maximale Zahlstellengebühr (AIFM)	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	keine	keine

Ausweis der laufenden Gebühren, Art der Gebühren zulasten des AIFs ^{24 25 26}

Anteilsklassen	Class EUR A Seeder Class USD A Seeder Class CHF A Seeder	Class EUR B Class USD B Class CHF B	Class EUR C Class USD C Class CHF C	Class EUR D Class USD D Class CHF D	Class EUR E Class USD E Class CHF E	Class EUR F Class USD F Class CHF F	Class EUR G Class USD G Class CHF G	Class EUR H Class USD H Class CHF H
Maximaler Verwahrstellenaufwand	bis CHF 15 Mio.: 0.20% p.a. das CHF 15 Mio. übersteigende Volumen: 0.18% p.a. das CHF 25 Mio. übersteigende Volumen: 0.16% p.a. das CHF 50 Mio. übersteigende Volumen: 0.12% p.a. zzgl. CHF 15'000.- p.a. inkl. vier Anteilsklassen, ab der 5. Anteilsklasse zzgl. CHF 1'000.- p.a. pro Anteilsklasse							
Maximaler Verwaltungsaufwand	0.20% p.a. für den EUR 50 Mio. überschreitenden Betrag: 0.15% p.a. für den EUR 100 Mio. überschreitenden Betrag: 0.10% p.a. oder Minimum CHF 25'000.- p.a. zzgl. je Anteilsklasse (je aktiven Anteilsklasse der Classes B, Classes C, Classes D, Classes E, Classes F, Classes G, Classes H) CHF 2'500.- p.a.							
Maximaler Anteilsregisterführungsaufwand	keiner						0.15% p.a.	0.15% p.a.
Maximaler Risikomanagementaufwand	0.05% p.a.							
Maximaler Portfolioverwaltungs-aufwand	0.00% p.a.	2.00% p.a.	1.00% p.a.	0.00% p.a.	1.50% p.a.	1.25% p.a.	1.50% p.a.	1.25% p.a.
Performance Fee	20%	20%	20%	20%	15%	15%	15%	15%
Hurdle Rate	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
High Watermark	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja

24 Zuzüglich Steuern und sonstige Kosten: Transaktionskosten sowie Auslagen, die dem AIFM und der Verwahrstelle in Ausübung ihrer Funktionen entstanden sind.

25 Der effektiv belastete Aufwand wird im Geschäftsbericht ausgewiesen. Details sind dem Prospekt und Treuhandvertrag zu entnehmen. Die Auszahlung erfolgt jeweils quartalsweise.

26 Die angeführten Aufwandspositionen werden kumulativ gerechnet und verstehen sich jeweils exklusive der weiteren genannten Aufwandspositionen. Details siehe Art. 33 Kosten und Gebühren zu Lasten des AIF.

B. Aufgabenübertragung durch AIFM

a) Administration

Der AIFM hat die Führung des Anteilsregister – mit Ausnahme der Anteilsklassen G sowie H – an die Verwahrstelle übertragen.

Alle weiteren Administrationsfunktionen des AIF wurden nicht übertragen.

b) Führung des Anteilsregisters

Das Anteilsregister für die Anteilsklassen G sowie H wird vom AIFM geführt.

Das Anteilsregister für sämtliche weitere Anteilsklassen wird durch die Bank Frick & Co. AG, Landstrasse 14, FL-9496 Balzers geführt.

c) Portfolioverwaltung

Der AIFM hat die Anlageentscheide an die Crypto Fund AG, Genferstrasse 35, CH-8002 Zürich delegiert.

d) Risikomanagement

Der AIFM hat das Risikomanagement nicht delegiert.

e) Vertriebsträger

Der AIFM hat den Vertrieb nicht delegiert.

C. Verwahrstelle

Die Verwahrstellenfunktion wird für diesen AIF durch die Bank Frick & Co. AG, Landstrasse 14, FL-9496 Balzers, wahrgenommen.

D. Anlagegrundsätze des AIF

Die nachstehenden Bestimmungen regeln die fondsspezifischen Anlagegrundsätze des Systematic DLT Fund.

a) Anlageziel und Anlagepolitik

Das Anlageziel des Fonds besteht darin, eine möglichst hohe Rendite zu erzielen, unabhängig von der Gesamtmarktpformance von Kryptowährungen und -assets. Sowohl Long- wie Short-Positionen sind in der Strategie zugelassen.

Der Fonds verfolgt einen systematischen, quantitativen Ansatz basierend auf Marktpreisen von Kryptowährungen und -assets. Die Anlagestrategie wird auf die liquidesten Kryptowährungen und -assets beschränkt, die gemäss Zeitreihenanalyse das grösste Potential zeigen. Die Ausdehnung der Anlagestrategie auf weitere Kryptowährungen und -assets kann jederzeit erfolgen.

Die Anlageentscheide werden mittels generischer, algorithmischer Filteranalyse getroffen, welche die Volatilität der täglichen Preise reduziert. Dadurch können Trends ohne ergänzende, subjektive Analyseparameter des Portfoliomanagement Teams erkannt und ausgenutzt werden. Die Trend-Folge Strategien werden durch weitere quantitative Methoden stabilisiert, die zusätzliche Merkmale der Preisentwicklung einbeziehen.

Die Umsetzung der Strategie erfolgt mittels Direktanlagen oder derivativen Anlageinstrumenten.

Ferner können andere, in lit. b (Tabelle) als zulässig angegebene Vermögenswerte, insbesondere Liquiditätsanlagen, erworben werden.

b) Zulässige Anlagen/Portfoliobeschränkungen ²⁷

A. Der Fonds darf folgende Vermögenswerte erwerben („JA“) oder nicht erwerben („NEIN“) sowie Anlagen / Techniken anwenden („JA“) oder nicht anwenden („NEIN“) (Angaben in %):	
1. Wertpapiere, Geldmarktinstrumente, Beteiligungsformen und andere (Hybride) Finanzinstrumente, welche:	
a) an einer Börse oder anderen geregelten Markt eines EU-/EWR-Mitglied-/ oder Drittstaats gehandelt werden, der anerkannt und für das Publikum offen ist sowie dessen Funktionsweise ordnungsgemäss sind	JA
b) die nicht an einer Börse oder an einem anderen geregelten Markt gehandelt werden Beispielsweise fallen hierunter: Beteiligungs-/Zweckgesellschaften („Private-Equity“) und sog. „Managed Accounts“	JA
2. (Sicht-)Einlagen oder kündbaren Einlagen mit einer Laufzeit von höchstens zwölf Monaten	JA

²⁷ Gemäss Art 10 Abs 4 AIFMV darf ein AIF binnen der ersten sechs Monate nach seiner Liberierung von den Anlagegrenzen innerhalb der Anlagepolitik abweichen.

3. Derivative Finanzinstrumente, die:	
a) an einer Börse oder an einem anderen geregelten, dem Publikum offen stehenden Markt gehandelt werden	JA
b) nicht an einer Börse bzw. einem anderen geregelten Markt gehandelt werden (OTC-Derivatgeschäfte) wenn die Gegenpartei / der Kontrahent einer liechtensteinischen oder gleichwertigen Aufsicht unterstellt ist und die OTC-Derivate nachvollziehbar bewertet und geschlossen (neutralisiert) werden können	JA
4. Anteilen oder Aktien von in- und ausländischen Anlagefonds bzw. anderen Anlageinstrumenten der kollektive Kapitalanlage - unabhängig von ihrer Rechtsform Unter anderem: ETFs, Hedge Funds, CTA's, Private Equity-Fonds, FX-Fonds, Dachfonds, Open-Ended-/ Closed-Ended Funds	JA
5. Rohstoffe, davon	JA
a) natürliche Rohstoffe	NEIN
b) Kryptowährungen und -assets	JA
6. Immobilien	NEIN
7. Edelmetalle, davon	
a) Gold	NEIN
b) Silber	NEIN
c) sonstige / andere Edelmetalle	NEIN
8. Andere (Vermögens-)Werte, einschliesslich immaterielle Werte	JA
9. Leerverkäufe (einschliesslich notwendiger Wertschriftenentlehnung/Securities Borrowing)	NEIN
10. Wertschriftenleihe (Securities Lending)	NEIN
11. Wertschriftenentlehnung (Securities Borrowing)	NEIN
12. Pensionsgeschäfte (Repurchase Agreement)	NEIN
B. Für den Fonds sind folgende Anlagebeschränkungen festgelegt:	
1. („...“) („...“) Es können jederzeit weitere Anlagerestriktionen festgelegt werden. ²⁸	KEINE
C. Für den Fonds sind folgende Vermögenswerte bzw. Anlagen/Techniken ausgeschlossen:	
1. („...“) („...“) Es können jederzeit weitere Anlagerestriktionen festgelegt werden. ²²	KEINE
D. Aufnahme von Krediten (Angaben in %):	
1. Der Fonds darf zu Anlagezwecken höchstens („...“) des Nettovermögens an Krediten bei der Verwahrstelle oder bei Dritten aufnehmen: (Hebelwirkungsrisiko aus der Finanzierung)	30%
2. In Ausnahmefällen und mit ausdrücklicher Genehmigung der Verwahrstelle, darf der Fonds für die Rückzahlung von Anteilen bis zum Betrag von höchstens („...“) seines Nettovermögens Kredite aufnehmen ²⁹ (Hebelwirkungsrisiko aus der Finanzierung)	20%
E. Verpfändungen:	
Der Fonds darf die zum Vermögen gehörenden Sachen und Rechte verpfänden ³⁰	Nein
F. Risikobegrenzungen (Angaben in %):	
1. Hebelwirkung / Leverage nach der Brutto-Methode (Hebelwirkungsrisiko aus Derivaten und der Finanzierung)	300%
2. Hebelwirkung / Leverage nach der Commitment-Methode (Hebelwirkungsrisiko aus Derivaten)	150%
Bei Verletzungen der Anlagebeschränkungen sind zur Normalisierung der Lage die Interessen der Anleger zu berücksichtigen.	

Für die Anlagegrenzen gilt das Durchblicksprinzip nicht. ³¹

c) Einsatz von Zweckgesellschaften

Der Einsatz von Zweckgesellschaften ist nicht vorgesehen.

²⁸ Diese werden, wenn und soweit sie zu einer Abänderung der hier gezeigten Veranlagungsgrundsätze führen, im Wege der Änderung der konstituierenden Dokumente nach den jeweilig geltenden Bestimmungen umgesetzt und entsprechend ausgewiesen.

²⁹ Gegenüber der Verwahrstelle besteht kein Anspruch auf die Einräumung des maximal zulässigen Kreditrahmens. Die alleinige Entscheidung ob, auf welche Weise und in welcher Höhe Kredite ausgereicht werden, obliegt der Verwahrstelle entsprechend der Kredit- und Risikopolitik. Diese Politik kann sich unter Umständen während der Laufzeit ändern.

³⁰ Verpfändungen für zulässige Kreditaufnahmen, Leerverkäufe und Derivatgeschäfte sowie zur Absicherung zulässiger Effektenhandelstransaktionen sind grundsätzlich immer möglich.

³¹ Vgl. Art 10 Abs 3 AIFMV

E. Rechnungs-/ Referenzwährung des AIF

Die Rechnungswährung des AIF sowie die Referenzwährung pro Anteilsklasse werden / wird in lit. A dieses Anhangs „Fonds im Überblick“ genannt.

Bei der Rechnungswährung handelt es sich um die Währung, in der die Buchführung des AIF erfolgt. Bei der Referenzwährung handelt es sich um die Währung, in der die Performance und der Nettoinventarwert der Anteilsklassen berechnet werden. Die Anlagen erfolgen in den Währungen, welche sich für die Wertentwicklung des AIF optimal eignen.

F. Profil des typischen Anlegers

Der Fonds eignet sich für spekulative Anleger, die sehr hohe Risiken - bis hin zum vollständigen Kapitalverzehr - akzeptieren.

Aufgrund der Anlagestrategie sollte der Anleger in der Lage sein eine eventuelle beschränkte Liquidität des Fonds zu akzeptieren.

Wegen Wertschwankungen muss der Anleger bereit sein im Falle der Anteilsrücknahme sehr hohe Kapitalverluste zu akzeptieren.

Durch den Ausweis einer Einschätzung zum Risikoprofil eines AIFs kann keine Aussage über tatsächlich eintretende Wertverluste oder Wertzuwächse getroffen werden.

Es ist zu berücksichtigen, dass sich sowohl die Gewichtung der einzelnen Risikofaktoren als auch die Ausprägungen für jeden Risikofaktor durch neue Marktgegebenheiten im Zeitverlauf ändern können. Der Anleger muss insofern damit rechnen, dass sich auch die Zugehörigkeit zu einer ausgewiesenen Risikoklasse ändern kann. Dies kann insbesondere dann der Fall sein, wenn sich durch die neuen Marktgegebenheiten nachhaltig zeigt, dass die einzelnen Risikofaktoren anders zu gewichten oder zu bewerten sind.

G. Bewertung

Die Bewertungsgrundsätze sind in Art. 26 des Treuhandvertrages normiert.

H. Risiken und Risikoprofile des AIF (Einzelheiten siehe Prospekt bzw. Treuhandvertrag)

a) Fondsspezifische Risiken

- Gegenpartei-/ und Kontrahentenrisiko
- Hebelwirkungsrisiko aus der Finanzierung
- Hebelwirkungsrisiko aus Derivategeschäften
- Interessenkonfliktrisiko
- Konzentrationsrisiko
- Kredit-/ Emittentenrisiko
- Länder-/ Transferrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Marktrisiko
- Operationelle Risiken (u.a. Risiken aus Handels-/ Abrechnungs-/ Bewertungsverfahren; Rechts-/ Dokumentationsrisiken; Reputationsrisiken)
- Private Equity Risiko / Erfolgsrisiko
- Rechtliche und politische Risiken
- Rohstoffrisiko (i.e.S. Kryptorisiken)
- Schwellenmarktrisiko
- Waren(termin)risiko
- Währungsrisiko
- Zinsänderungsrisiko

Eine Investition in Kryptowährungen ist mit spezifischen Risiken verbunden, die bei Investitionen in gewöhnliche Wertpapiere mitunter nicht bestehen. Eine nicht abschliessende Liste von Risiken, die speziell bei einer Investition in Kryptowährungen und -assets vorherrschen, wird nachfolgend beschrieben:

Operationelle Risiken in Bezug auf den Handel mit Kryptowährungen sind Risiken, die durch den Nutzer und durch die Instabilität der Informationstechnologie entstehen. Die Gefahr von irreversiblen Verlusten durch Malware, Datenverlust oder Hacker-Angriffen bei den Online-Börsen. Der Verlust des ganzen „Online-Wallet“ (Geldbörse) aufgrund eines Hacker-Angriffs ist nicht ausgeschlossen. Andere Risiken entstehen bspw. durch Überlastungen der Kapazität des Systems und folglich Systembrüche und Blackouts. Allgemeine operationelle Risiken sind ebenfalls nicht ausgeschlossen. Zum Beispiel ist der Verlust oder ein Schaden am „privaten Schlüssel“ (Private Keys), der für den Zugang zu den „Cryptocurrency-Wallets“ notwendig ist, möglich und kann so zu einem dauerhaften Verlust des Zugangs zum „Online-Wallet“ und zu schwerwiegenden Verlusten des Fonds führen.

Regulatorische/Politische Risiken in Bezug auf Kryptowährungen sind bspw. Kryptowährungen, die derzeit nicht reguliert sind und für illegale Aktivitäten, wie bspw. Geldwäscherei benützt werden könnten. Andere regulatorische Risiken ergeben sich aus mangelndem Verbraucherschutz bei Transaktionen mit Kryptowährungen. Die fehlende Regulierung kann zu Vertrauensdefiziten in den Kryptowährungsmarkt führen, was zu einer Wertminderung führen kann. Auf der anderen Seite, falls die Währungen in der Zukunft stärker reguliert werden, kann dies zu einem Nachfrage- und Preisrückgang führen. Daneben können künftige steuerliche Belastungen oder andere Beschränkungen des Handels wertmindernd wirken. Allgemein würden Änderungen der derzeitigen Regulierung zu Unruhen auf den Kryptowährungsmärkten führen, deren Auswirkungen derzeit nicht abschätzbar sind. Potenzielle Regulierungen würden möglicherweise zu erhöhten Operations- und Compliance-Aufgaben von Online Handelsplattformen führen, was wiederum zu erhöhten Transaktionskosten führen könnte, oder im „Worst-Case-Szenario“ zu wesentlichen Verlusten oder Totalverlusten, falls eine Plattform die gesetzlichen Vorschriften nicht einhalten kann. Es liegen bis jetzt kaum Erfahrungswerte, wie die Nachfrage und das Angebot an Kryptowährungswährungen von den geopolitischen Ereignissen beeinflusst wird, vor. Dennoch können politische Krisen grosse Akquisitionen oder Verkäufe von Kryptowährungswährungen global sowie lokal stimulieren.

Währungsrisiken: Obwohl die Kryptowährungen entwickelt wurden, um die Funktion von Tauschmitteln zu erfüllen, können sie für Investmentzwecke als Sachwerte bzw. Rohstoffe angesehen werden.

Dennoch ist der Fonds den üblichen Währungsrisiken ausgesetzt, bspw. dem Wertänderungsrisiko von EUR gegen USD oder CHF. Zusätzlich ist der Fonds den Kryptowährungsrisiken ausgesetzt, insbesondere EUR gegen Bitcoin (EUR/BTC). Diese Wertschwankungen sind von grosser Bedeutung für den Fonds. Dieses Risiko wird nicht mit mittels FX Hedging minimiert.

Insolvenzrisiken der Kryptowährungs-Börsen: Durch die schnell wachsende Anzahl an nicht regulierten Börsen wächst auch die Anzahl der potentiellen Konkurs-Fälle dieser Zahlungsdienstleister, da diese das systemweite Preisrisiko nicht senken, sondern einfach in ihre Bilanzen nehmen. Zudem ist eine Kryptobörse in der Regel weder regulatorisch noch vertraglich in der Haftung, sollte ein Zugriff nicht möglich sein. In weiterer Folge kann die Krypto-Börse auch die Übertragung der Einheiten blockieren, ohne regulatorische Konsequenzen befürchten zu müssen oder zur Haftung heran gezogen werden zu können.

Marktrisiken: Aufgrund des teilweise unreifen Charakters der Kryptowährungen und der unterschiedlichen Markttiefe (Liquidität) bei den unterschiedlichen Börsenplätzen und Tageszeiten, kann sich die Möglichkeit von grösseren Abweichungen im Preis der Kryptowährungen bei den verschiedenen Handelsplätzen ergeben.

Mangel an Popularität als Tauschmittel: Kryptowährungen werden zwar Währung genannt, sind jedoch gesetzlich nicht als Zahlungsmittel anerkannt, was zur Folge hat, dass die Verwendung bzw. Akzeptanz als Transaktionswährung von demjenigen abhängt, der sie akzeptiert. Die nachfolgenden, charakteristischen Eigenschaften einer «klassischen Währung» sind somit nicht erfüllt:

- Annahme zum vollen Nennwert der Währung;
- Verpflichtende Annahme der Währung;
- Befreiung von Zahlungsverpflichtungen des Schuldners, nach getätigter Zahlung mit der Währung.

Der Marktwert der Kryptowährungen entsteht aus der Prämisse, dass die Kryptowährungen als Tauschmittel benutzt werden können sowie aus der Erwartung, dass die Verwendbarkeit in der Zukunft verbessert wird. Aktuell können die Kryptowährungen jedoch nur eingeschränkt als Tauschmittel eingesetzt werden. Der grösste Anteil der Nachfrage kommt aus dem spekulativen Geschäft, was zu grossen Kursschwankungen und damit zu einer geringen Akzeptanz als Zahlungsmittel führt. Ferner trägt der oben erwähnte Verbraucherschutzmangel zu der derzeit eingeschränkten Popularität als Tauschmittel bei.

Hackerrisiko: In der anonymen Welt der Krypto-Währungen wird Guthaben in Wallets gespeichert, die mit einem einzigartigen, privaten Schlüssel versehen ist. Das Guthaben ist nur sicher, solange dessen Inhaber als Einziger im Besitz des privaten Schlüssels ist. Findet jemand anderes den Schlüssel heraus, kann er damit den virtuellen Geldbeutel importieren und das Guthaben selbst nutzen.

Marktvolatilität: Aufgrund der oben erwähnten Eigenschaften als Tauschmittel werden Kryptowährungen als hochspekulative Investitionen betrachtet. Somit spiegelt deren Marktpreis nicht unbedingt den wahren ökonomischen Wert der Währungen wider, sondern wird rein auf Basis der Nachfrage und des Angebots durch spekulative Investoren festgestellt. Diese Eigenschaften, zusammen mit der fehlenden Regulierung durch die Zentralbanken, führen zu einer viel höheren Volatilität im Vergleich zu derjenigen von traditionellen Währungen und Finanzinstrumenten.

Die Volatilität wird von den folgenden Faktoren beeinflusst:

- Anzahl der Kryptowährungs-Einheiten im Umlauf;
- Die globale Nachfrage nach Kryptowährungen, welche durch ihre Akzeptanz als Tauschmittel, die Sicherheit des Handels an den Krypto-Börsen, die regulatorische Restriktionen für ihren Verkehr sowie die Reputation, durch den Einsatz für die illegalen Zwecke beeinflusst wird;
- Das globale Angebot an Kryptowährungen, welches von den ähnlichen Faktoren, wie die Nachfrage, beeinflusst wird;
- Erwartungen der Investoren betreffend Inflation auf Währungen, die gesetzlich als Zahlungsmittel zugelassen sind;
- Erwartungen der Investoren betreffend Deflation auf die Kryptowährungen;
- Zinsrate;
- Wechselkurse, zu welchen die Kryptowährungen gegen Währungen, die gesetzlich als Zahlungsmittel zugelassen sind, getauscht werden können;
- Service-Unterbrüche im Betrieb von Online-Börsen;
- Diebstahl oder die Nachrichten über den Diebstahl von Kryptowährungen;
- Investitionen und die Handelsaktivitäten der grossen Marktteilnehmer;
- Monetäre Politik der Regierungen und Handelsrestriktionen;
- Die Wartung und die Weiterentwicklung der Protokolle der eingesetzten Kryptowährungen;
- Globale oder regionale politische oder wirtschaftliche Ereignisse;
- Gebühren, inkl. Transaktionskosten und Gebühren der Mineure.

Extremes Preisrisiko: Die angeführte, sehr hohe Volatilität kann einerseits sehr schnell die Gewinnmargen reduzieren und führt andererseits zu einer schwierigen Prognostizierbarkeit. Daraus resultiert zudem eine erschwerte Absicherung der Positionen.

Wettbewerbsrisiko: Das Risiko starker Konkurrenz durch andere Kryptowährungen liegt an der Tatsache, dass Kryptowährungen laufend weiterentwickelt werden und sich möglicherweise andere Kryptowährungen schneller entwickeln und mehr nachgefragt werden. Für einen Fonds, der nur in eine spezifische Kryptowährung investiert, besteht dadurch ein wesentliches Risiko. Wenn eine andere Kryptowährung einen signifikanten Marktanteil erreicht, kann es zur Senkung der Nachfrage und damit des Preises führen. Weitere Wettbewerbsrisiken liegen in der möglichen Entwicklung von anderen innovativen Zahlungsmethoden.

Risiko an Weiterentwicklung und Akzeptanz der Kryptowährungen: Die zukünftige Entwicklung und Akzeptanz der Kryptowährungen und der Blockchain-Technologie wird von einer grossen Menge von Faktoren beeinflusst, die schwer zu bewerten sind. Falls die Kryptowährungen an Popularität einbüßen, die Programmierungsqualität abnimmt oder deren Nutzbarkeit sich verlangsamt bzw. stagniert, könnten sich diese Entwicklungen negativ auf die Bewertung auswirken. Durch die geringe Markttiefe einzelner Währungen besteht zudem die Möglichkeit einer konzentrierten Aktion durch eine kleine Anzahl von Investoren, die eine grössere Menge halten, um den Währungskurs zu beeinflussen. Die mangelnde Transparenz als auch das Fehlen einer zentralen Überwachungsbehörde, erleichtert diesen Umstand noch.

Konvertierbarkeit: Während einige der Kryptowährungen konvertierbar sind, gibt es noch immer eine Vielzahl von Währungen, die nicht konvertierbar sind. Solche nicht konvertierbaren Währungen besitzen nur in einer bestimmten Gemeinschaft eine Gültigkeit und können nach den Richtlinien ihrer Verwendung nicht in gesetzlich anerkannte Währungen konvertiert werden.

Gefahr von Programmierfehlern: Kryptowährungen sind im Endeffekt Software. Diese wird zwar stetig weiterentwickelt aber durch die Komplexität des Quellcodes kann ein etwaiger Programmierfehler nicht abschliessend ausgeschlossen werden. Ein solcher Fehler würde unweigerlich zum Vertrauensverlust in diese Währung führen und durch den dadurch eingehenden Preisverfall zu einer Negativspirale führen. Im Extremfall kann ein solcher Programmierfehler sogar überhaupt das Aus für eine Kryptowährung bedeuten.

Liquiditätsrisiken: Falls es auf dem Markt für eine spezifische Kryptowährung einen Liquiditätsmangel gibt, dann würde dies die Preisfeststellung beeinflussen und die Volatilität erhöhen.

Rechtliche Risiken: Rechtsfälle, unabhängig von deren Ausgang, können das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Kryptowährung und somit deren Wert verringern. Es gibt es keine Garantie dafür, dass die Verfügbarkeit von und der Zugang zu Kryptowährungen nicht durch staatliche Regulierung beeinträchtigt werden. Die Regierungen üben eine Monopolmacht auf die Währungsschöpfung aus, um die Wirtschaft eines Landes mit einem höchstmöglichen Grad an wirtschaftlicher Stabilität auszustatten. In diesem Zusammenhang können auch Regulierungen und Behörden sehr kurzfristig und unerwartet ihre Ansichten bzw. Vorschriften sehr kurzfristig und unerwartet ändern und jedes Land kann Gesetze erlassen, die den Besitz oder den Handel mit Kryptowährungen verbieten oder einschränken. Gleiches gilt auch für das Netzwerk: Zwar ist es an sich dezentral aufgebaut aber ein Grossteil der Serverfarmen befindet sich in Asien und ein plötzlicher Ausfall würde die Verarbeitung der gesamten Transaktionen extrem verlangsamen. So sind die damit einhergehenden Risiken Verlust der Unabhängigkeit der Währung, die Sperre eines Wallets oder eine Enteignung der Währung im Wallet. Der Schutz der Verbraucher vor Diebstahl, Betrug oder menschlichen Versagen hat nicht die gleiche Qualität wie bei anderen Assets. Da Kryptowährungen nicht als gesetzliche anerkanntes Zahlungsmittel gelten, gilt hier auch nicht der rechtliche Schutz, den Banken

normalerweise in diesem Zusammenhang anbieten. Auch Dritte könnten Ansprüche auf geistiges Eigentum in Bezug auf das Halten und die Übertragung von Kryptowährungen und ihren Quellcode geltend machen, was den Zugriff auf die gehaltenen Kryptowährungen und ihre Übertragung einschränken könnte.

Geldwäscherisiko: Durch den Umstand, dass Absender und Empfänger einer Kryptowährung Transaktionen auf einer Peer-to-Peer-Basis umsetzen können, bei der keine tiefgehenden Identifikationen der teilnehmenden Personen stattfindet, besteht mitunter auch das Risiko der Geldwäsche. Dies wird dadurch noch verstärkt, dass auch die Eröffnung bzw. das Halten von Wallets keinen klassischen KYC/AML Erfordernissen unterliegt und es in weiterer Folge auch oft keine regulierten Finanzintermediäre gibt, die Behörden über suspekte Transaktionen informieren könnten.

Risiken in Bezug auf Bitcoin Mining, die Bitcoin Blockchain, das Bitcoin Protokoll und deren Weiterentwicklung sowie die Vergütung der „Bitcoin-Mineure“:

- Ein weiteres Risiko bezieht sich auf das potentielle Ereignis, dass ein Teilnehmer im Netzwerk Zugriff auf mehr als 50% der Rechenleistung in dem Bitcoin Netzwerk erlangt und somit in der Lage ist, die Blockchain zu manipulieren. So könnte dieser Teilnehmer dieselben Bitcoins in den in Konflikt stehenden Transaktionen doppelt einsetzen sowie die Ausführung von anderen Transaktionen blockieren. Im Jahr 2014 überschritt ein Mining-Pool für eine kurze Zeit die Schwelle von 50%. Obwohl dabei keine Nachweise über die böswärtigen Handlungen vorliegen, bestätigt dieser Fall, dass es sich dabei nicht nur um eine reine Theorie handelt. Dieser Aspekt erhöht auch die Anreize zum Erlangen einer solchen Kontrolle durch das Hacken des Netzwerkes. Ein solches Ereignis hätte mit hoher Wahrscheinlichkeit eine grosse Auswirkung auf das Vertrauen in Bitcoin und deren Preisbildung.
- Die Bitcoin «Mineure» könnten ihre Aktivität einstellen, falls ihre Entlohnung nicht hoch genug ist. Das würde die Transaktionen im gesamten Netzwerk verlangsamen, was die Wahrscheinlichkeit erhöhen würde, dass ein böswilliger Teilnehmer die Kontrolle über mehr als 50% der Rechenleistung im Netzwerk erlangt. Ein solches Ereignis würde ebenfalls Einfluss auf das Vertrauen in Bitcoin haben und die Operationsfähigkeit des Fonds nachteilig beeinflussen. Im Juli 2016 sank die Entlohnung der «Mineure» um 50%. Die nächste Reduktion erfolgt nach 630'000 Blöcken und wird 2020 erwartet.
- Die Senkung der Vergütungen an die Bitcoin „Mineure“ kann potentiell zur Erhöhung von Transaktionskosten in der Blockchain führen. Somit könnte die Nachfrage nach Bitcoin und auch der Anreiz für Händler, Bitcoin als Zahlungsmittel zu verwenden, fallen.
- Die Senkung der Vergütungen führt auch dazu, dass der Anteil an professionellen grösseren Mining-Betrieben, die hohe Investitionen in die Infrastruktur tätigen, steigen kann. Diese operieren auf der «Low Margin» Ebene, haben klarere und reguläre Ausgaben und Verbindlichkeiten in Vergleich zu den kleineren Miners und setzen die gewonnenen Bitcoins tendenziell schneller ab, was in einen Überhang der Verkaufsseite und damit einen Preisrückgang zur Folge haben könnte. Bei einer negativen Marge können sie die Mining-Operationen teilweise oder komplett einstellen.
- Entwicklung des Bitcoin Protokolls: Die Weiterentwicklung des Bitcoin Protokolls und der Blockchain ist ausschlaggebend für die Annahme von Bitcoin von der breiten Öffentlichkeit. Die Entwicklung und dessen angemessenes Management hängen von vielen verschiedenen Faktoren ab und können bspw. durch Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen Interessengruppen oder der mangelnden direkten Entlohnung entstehen und zu Fehlanreizen führen. Auf der anderen Seite können Akteure Änderungen im Netzwerk vorschlagen und umsetzen, die sich negativ auf Bitcoin und folglich auf den Fonds auswirken.
- Blockchain Forks: Die Blockchain-Netzwerke sind darauf angewiesen, dass alle Benutzer darin die selben Regeln anwenden. Eine Blockchain Fork ist ein Ereignis in einem Blockchain-Projekt, welches zur Inkompatibilität zwischen Benutzergruppen und anschliessend zur Spaltung der bestehenden Blockchain und zur Entstehung von neuen abgeleiteten Blockchains führt. Solche Events können negative Auswirkungen auf den NAV haben.

Kostenrisiko: Aufgrund der beschränkten Anzahl Anbieter, welche Transaktionen in Crypto Assets abwickeln können oder wollen, kann es vorkommen, dass solche Anbieter eine Entschädigung (Kommissionen) für ihre Dienstleistungen verlangen, die deutlich über den Entschädigungen für die Abwicklung von herkömmlichen Wertpapiertransaktionen z.B. mit Aktien oder Obligationen liegen.

Technologische Risiken: Crypto Assets basieren auf einer neuen Technologie – der Blockchain. Wie im Prospekt erläutert, wird dieser Technologie ausserordentlich disruptives Potenzial zugeschrieben, aber neue Technologien besitzen auch neue Risiken. Die einem Crypto Assets zugrundeliegende Blockchain könnte fehlerhaft sein und somit gehackt werden, was zu dem Verlust von Crypto Assets führen kann. Durch die Beschränkung auf die grössten Crypto Assets versucht die Fondsleitung dieses Risiko zu minimieren.

b) Allgemeine Risiken

Zusätzlich zu den fondsspezifischen Risiken können die Anlagen des jeweiligen Fonds allgemeinen Risiken unterliegen. Eine beispielhafte, jedoch nicht abschliessende Aufzählung befindet sich unter Punkt „Risikohinweise“ des Prospekts.

c) Risikomanagementmethode:

Zur Risikomessung gelangt die Brutto-Methode und die Commitment-Methode zur Anwendung.

I. Glossar³²

Adresse

Die Adresse ermöglicht das Ziel einer Bitcoin Zahlung eindeutig zu identifizieren. Will man eine Bitcoin-Zahlung empfangen, gibt man für diese Transaktion seine Bitcoin-Adresse heraus. Die Adresse wird aus dem Public Key generiert. Die Bitcoin-Adresse ist ein sogenannter Hash-Wert und besteht aus alphanumerischen Zeichen, welche auch als QR-Code dargestellt werden können. Diese Form der Darstellung erleichtert gerade das Erfassen der Bitcoin-Adresse per Smartphone.

Altcoin

Unter dem Sammelbegriff Altcoin werden alle digitalen Währungen bezeichnet, die es neben Bitcoin noch gibt. Zu diesen weiteren Kryptowährungen zählen zum Beispiel Ethereum, Litecoin, Bitcoin Cash oder Ripple.

ASIC

Die Abkürzung ASIC steht für Application Specific Integrated Circuit. Dahinter verbirgt sich ein Siliziumchip, der ausschliesslich für einen einzelnen Vorgang produziert wird. Im Zusammenhang mit Bitcoin wird ein ASIC für das SHA-256 Hashing genutzt. Mit ihm lassen sich besonders effizient weitere Bitcoin minen.

ASIC Miner

Als ASIC Miner wird ein PC bezeichnet, der eine Anzahl an ASIC-Chips enthält. Dabei kann der PC bereits über eine vorinstallierte Software verfügen, die ihn zu einem ASIC Miner werden lässt, oder aber die ASIC-Chips sind im Mainboard verbaut. Derart bestückt, kann ein ASIC Miner besonders effizient Bitcoin oder Altcoins minen.

Bestätigung

Jede Transaktion von Kryptowährungen wird durch das Netzwerk bestätigt. Eine Bestätigung im Zusammenhang mit Bitcoin bedeutet, dass die Transaktion durch das Netzwerk verifiziert wurde und in einen Block integriert wurde. Folglich ist sie nur noch schwer rückgängig zu machen. Die Transaktion wird im Block gespeichert und ist damit in diesem gesichert. Jede weitere Bestätigung sichert die Transaktion zusätzlich und minimiert das Risiko einer Rückabwicklung.

Bitcoin

Der Bitcoin ist die populärste digitale Kryptowährung. Nach aktueller Marktkapitalisierung ist es zudem die grösste digitale Kryptowährung. Hinter einem Bitcoin verstecken sich Transaktionen, die per Algorithmus auf digitalem Weg dezentral zwischen den Nutzern des Netzwerks ausgetauscht werden. 2008 wurde das System in einem White Paper beschrieben, welches unter dem Pseudonym Satoshi Nakamoto veröffentlicht wurde. Anfang 2009 folgte eine entsprechende Open-Source-Software.

Block

Als Block wird der Datensatz innerhalb einer Blockchain bezeichnet, in welchem Transaktionen zusammengefasst werden. Er gilt als Bestätigung dieser Transaktionen. Ungefähr alle zehn Minuten hängt sich mittels Mining durchschnittlich ein neuer Block an die Blockchain.

Block Reward

Entdeckt ein Miner einen neuen Block erhält er eine sogenannte Block Reward. Im Moment beträgt der Block Reward 12,5 Bitcoins. Bei Bitcoin halbiert sich der Block Reward alle 210'000 Blocks.

Blockchain

In chronologischer Reihenfolge werden in der Blockchain alle Transaktionen der jeweiligen Kryptowährung festgehalten. Fast alle Kryptowährungen sind auf einer Blockchain aufgebaut. Die Blockchain ist dabei auf den unterschiedlichen Knoten der Nutzer gespeichert. Jede Transaktion wird dadurch an vielen unterschiedlichen Orten festgehalten und die Vorgänge dadurch vor Manipulationen geschützt. Durch die Öffentlichkeit der Blockchain wird die Beständigkeit der Kryptowährung garantiert und Doppelausgaben verhindert. Gesichert wird die Integrität aller Angaben durch die Hash-Werte des vorherigen Datensatzes. Der Hash-Wert verhindert das Fälschen des Datensatzes. Auf diese Weise geschieht die Kontrolle der Daten innerhalb des Netzwerkes und eine zusätzliche kontrollierende Instanz wird unnötig. Obwohl die Blockchain-Technologie ganz ursprünglich für die Kryptowährungen entwickelt wurde, lässt sie sich in vielen unterschiedlichen Bereichen sinnvoll einbringen wie beispielsweise bei den Smart Contracts.

BTC

BTC ist eine geläufige Abkürzung für eine Bitcoin-Einheit. Es ist ebenfalls das Kürzel für Bitcoin an der Börse.

Client

Bei einem Client handelt es sich um eine Software. Ein Client kann sowohl auf einem mobilen Endgerät, einem Computer oder auch einem Laptop installiert werden. Über den Client wird das Gerät und sein Nutzer mit dem Bitcoin-Netzwerk verbunden. Über ihn werden die verschiedenen Transaktionen des Users abgewickelt und er enthält in einigen Fällen bereits ein Wallet.

³² Vgl. blockchain-hero.com; 2018

Cloud Mining

Will man Bitcoins – oder eine andere Kryptowährung – erzeugen, muss man über Rechenleistung verfügen. Hier hat man als User zwei Möglichkeiten: sich sogenannte Mining-Hardware anzuschaffen oder aber die benötigte Rechenleistung in einer Cloud zu mieten oder zu kaufen. Gängige Methode ist dabei für die meisten Nutzer das Mieten in der Cloud. Hier wird ihnen von den Anbietern die benötigte Infrastruktur geliefert. Der Anbieter betreibt zudem die Mining-Hardware, so dass der User ohne grossen Aufwand loslegen kann mit dem Mining.

Dezentrales System

Eine zentrale Eigenschaft der Blockchain ist ihre Funktion als dezentrales System. Das bedeutet, dass es statt einem zentralen Netzwerk ein sogenanntes Peer-to-Peer-Netzwerk ist. Die gesamten Daten werden gleichberechtigt zwischen allen Usern und nicht an einer zentralen Stelle gespeichert. Das Transaktionsregister, auch als distributed ledger bezeichnet, ist dabei auf alle Knoten oder Nodes des gesamten Netzwerks gespeichert. Alle Nutzer verfügen über die gleichen Rechte und einen gleichberechtigten Zugriff auf die Informationen. Bei jeder Transaktion werden die dazugehörigen Informationen in jedem Knoten gespeichert. Das dezentrale System schützt sich auf diese Weise gegen Manipulationen. Durch seine selbstverwaltende Funktion ist es zudem deutlich geschützter gegenüber Machtmissbrauch als herkömmliche Systeme.

Difficulty

Der Begriff Difficulty oder auch Mining Difficulty fällt im Zusammenhang mit dem Hashen eines neuen Blocks. Dabei steigt die Difficulty mit der Rechenleistung des Kryptowährungsnetzwerkes. Sprich: Umso höher die Rechenleistung im Netzwerk, desto höher die Mining Difficulty. Da das Netzwerk lebendig ist, bleibt auch der Wert der Difficulty in Bewegung. Durch den Popularitätsgewinn von Bitcoin steigt die Netzwerkleistung durch mehr Miner und damit steigt zugleich die Schwierigkeit.

Distributed Ledger Technology (DLT)

Jedliches dezentrale und digital geführte Kontenbuch wird unter dem Oberbegriff Distributed Ledger Technology zusammengefasst. Den Begriff gibt es dementsprechend bereits länger als die Blockchain Technologie. Eine Blockchain ist so nur eine von unterschiedlichen DLT. Allerdings unterscheidet sich die Blockchain durch ihre Art, Daten zu gliedern. In einer Blockchain werden Daten gruppiert und in Blöcken organisiert. Dieser Umstand hebt sie bei den DLT hervor.

Doppelausgabe / Double Spending

Bei vielen Nutzern besteht die Angst vor einer Manipulation der Blockchain, beispielsweise durch das sogenannte Double Spending. Dabei wird vom User versucht, die gleichen Bitcoins parallel an unterschiedliche Empfänger zu senden. Diese Doppelausgabe von Bitcoins werden jedoch durch unterschiedliche Sicherheitsmechanismen erschwert. Zum einen wäre dabei das Bitcoin Mining und zugleich auch die Beschaffenheit der Blockchain mit ihren Rückversicherungen. An diesen Kontrollen scheitern die Versuche von Double Spending in der Regel.

Exchange

Als ein Exchange wird eine Stelle bezeichnet, an welcher sowohl Währungen als auch Güter gehandelt werden können. Synonym für ein Exchange wird auch der Begriff Börse oder Bitcoin-Börse verwendet. Hier können die digitalen Währungen untereinander getauscht werden, sowie in die sogenannten Fiat-Währungen umgetauscht werden.

Faucet

Als ein Bitcoin Faucet wird eine Internetseite bezeichnet, auf welche man für das Besuchen der Seite oder das Ausfüllen von Captchas Bitcoins oder Anteile geschenkt bekommt. Im Grunde ist Faucet eine Marketingmassnahme für neue Währungen, um auf diese Weise neue Interessenten zu gewinnen. Bei den etablierteren Kryptowährungen werden Faucets ebenfalls eingesetzt. Diese werden über Werbegelder finanziert.

Fiat Geld/ Fiat-Währungen

Als Fiat-Währungen, Fiat Geld oder Fiat Currencies werden im Zusammenhang mit Kryptowährungen alle staatlichen und von Notenbanken herausgegebenen Währungen bezeichnet. Sprich, unsere klassischen Währungen werden unter dem Begriff Fiat-Währung zusammengefasst. Diesen Währungen ist gemein, dass sie keinen Gegenwert in Waren haben – anders als zum Beispiel ein Goldbarren. Aus diesem Grund sind die Kryptowährungen als Unterspate des Fiat-Geldes zu verstehen, da auch ihnen ein materieller Gegenwert fehlt. Trotz dessen sind mit dem Begriff Fiat-Währungen in der Regel die klassischen Währungen gemeint und die Kryptowährungen laufen eher unter ihrem eigenen Begriff.

Fork

Übersetzt bedeutet dieser Begriff Abspaltung und er bezeichnet dementsprechend eine kritische Situation bei den Kryptowährungen. Bei einer Fork kommt es zu einer Spaltung des Netzwerks, durch eine Änderung der Regeln des Systems. Dies bedeutet in seiner Konsequenz, dass nach einer Fork zwei verschiedene Versionen des Netzwerks parallel bestehen. Die alte Version sowie eine neue. Aktualisieren alle Nutzer ihre Software auf die neue Version, besteht wieder eine Einigung. Nach einer Fork können aber auch beide Versionen parallel als eigenen Kryptowährungen weiter bestehen, wie dies bei der Abspaltung von Bitcoin und Bitcoin Cash im August 2017 der Fall war.

Genesis Block

Der Genesis Block bildet die Grundlage für alle folgenden Blocks des Systems Bitcoin. Bei jeder Kryptowährung gibt es einen eigenen Genesis Block.

Hash

Der Begriff Hash ist im Zusammenhang mit Kryptowährungen eine Bezeichnung für eine mathematische Funktion. Hierbei wird eine variable Datenmenge auf einen bestimmten Wert reduziert. Dieser berechnete Wert kann zur Überprüfung von Daten dienen – werden die Daten auch nur minimal verändert, stimmt der Hash-Wert nicht mehr überein und das System meldet dies entsprechend.

Hash Rate

Mit dem Begriff Hash Rate wird die Masseinheit für die Rechenleistung des gesamten Netzwerks für Bitcoins bezeichnet. Das bedeutet, dass sich anhand der Hash Rate ablesen lässt, wie viele Berechnungen innerhalb einer Sekunde durchgeführt werden können. Diese Berechnungen sind aus sicherheitstechnischen Gründen wichtig für die Funktion des Bitcoin-Netzwerks. Beträgt die Hash Rate des Netzwerks so zum Beispiel 12 TH/s, werden 12 Billionen Berechnungen pro Sekunden durchgeführt.

Konsensverfahren

Das Konsensverfahren schützt die Blockchain vor Manipulationen. Es macht es den Nutzern unmöglich, den gleichen Wert mehrfach zu nutzen, sprich es verhindert das Double Spending. Aber wie funktioniert dieses Verfahren? Bei dem Konsensverfahren werden die Daten des Netzwerks automatisch untereinander ausgetauscht, wenn eine Transaktion verbucht werden soll. Erst wenn die Mehrheit der angeschlossenen Nodes signalisiert, dass die Angaben innerhalb des Blocks identisch sind, wird die Transaktion validiert und ihr Wert an den existenten Blocks hinzugefügt.

Kryptographie

Kryptographie bezeichnet die Wissenschaft der Verschlüsselung. Heutzutage wird der Begriff auch allgemein mit dem Thema Informationssicherheit in Verbindung gesetzt, wie dies auch in Bereichen wie dem Bankwesen oder dem Online-Handel genutzt wird. Kryptographie wird bei Bitcoin zum Schutz der Wallets und der Blockchain allgemein angewendet. So wird durch Kryptographie ausgeschlossen, dass ein Nutzer Bitcoins aus einer fremden Wallet ausgibt. Die Blockchain wird mittels Kryptographie vor Manipulationen durch Benutzer oder Externe geschützt.

Kryptowährung

Kryptowährung ist der Sammelbegriff für die neuen und digitalen Formen von Währung. Im deutschen Sprachraum wird teilweise auch von Kryptogeld gesprochen. Kryptowährungen sind eine moderne Unterform der Fiat-Gelder, sprich der Währungen, die keinen materiellen Gegenwert aufweisen. Ihren Namen verdanken sie der zugrunde liegenden Kryptographie. Diese wird bei Kryptowährungen angewendet, um ein sicheres digitales und dezentrales Zahlungssystem zu ermöglichen. Anders als bei den klassischen Währungen können Kryptowährungen ohne Einfluss von Institutionen wie Zentralbanken oder Intermediären geschöpft werden.

Seit 2009 gibt es mit Bitcoin die erste öffentlich zugängliche Kryptowährung. Seitdem folgten unzählige unterschiedliche Kryptowährungen.

Ledger

Ledger bezeichnet das Kontenbuch oder auch das Transaktionsverzeichnis bei den Kryptowährungen. An dieser Stelle werden jegliche Informationen rund um die Transaktionen gespeichert. In vielen Fällen wird nicht von einem schlichten Ledger gesprochen, sondern von einem Distributed Ledger. Dies bedeutet, dass die Kontenbücher ebenfalls an unterschiedlichen Stellen gespeichert sind, sprich „verstreut“ sind.

Mining

Ein häufig verwendeter Begriff im Zusammenhang mit Bitcoin ist das Mining. Auch hinter diesem Begriff versteckt sich ein mathematischer Vorgang. Die Computer Hardware wird bei Transaktionen aktiv und prüft und bestätigt die verschiedenen Transaktionen. In rechenintensiven Schritten werden die unterschiedlichen Transaktionen zusammengefasst und damit validiert. Jeder Block wird mit einem Hash-Wert versehen und an den vorhergehenden Block angehängt. Hierbei entsteht eine chronologische und lineare Verkettung der Blöcke. Dieser Vorgang dient einer optimierten Sicherheit des Netzwerks und wird als Bitcoin Mining bezeichnet. User müssen an diesem Vorgang nicht teilnehmen. Für Bitcoin Mining wird Rechenleistung benötigt. Aus diesem Grund gewährt das Netzwerk den Usern, die sich am notwendigen Mining beteiligen, die Transaktionsgebühren für von ihnen bestätigte Blöcke.

Node

Als ein Node wird ein Knotenpunkt innerhalb des Netzwerks bezeichnet. Teilweise wird synonym auch der Begriff Client genutzt. Jeder User kann seinen Rechner zu einer Node des Netzwerks machen. Auf diese Weise wird der Rechner ein vollwertiger Bestandteil des Blockchain-Netzwerks und speichert die Blockchain. Bei allen nachfolgenden Transaktionen werden die Angaben hierzu von jeder Node empfangen, geprüft und weitergesendet. Bei diesem Vorgang kontaktieren sich die Nodes untereinander automatisch und validieren auf diese Weise die Informationen. Die Nodes müssen sich untereinander für diesen Vorgang nicht vertrauen, da stets Prüfsummen enthalten sind und somit konsistente Daten sichergestellt werden.

P2P

P2P ist die geläufige Abkürzung für den Begriff „Peer To Peer“. Bei einem „Peer To Peer“-System interagiert jedes Individuum des Systems direkt und unmittelbar mit anderen Individuen des Systems. Alle Individuen sind dabei gleichberechtigt. Sie können die Dienste des Netzwerks sowohl in Anspruch nehmen als auch zugleich diese Dienste zur Verfügung stellen. Auf das Bitcoin-System bezogen, meint dies, dass jede Transaktion von jedem Nutzer an andere Nutzer übermittelt wird. Durch diese Beschaffenheit wird eine dritte und überprüfende Instanz wie eine Bank für die Sicherheit des Systems überflüssig.

Permissioned Ledger

Dies ist ein genehmigungspflichtiges Kontenbuch. Bei diesem benötigt der User eine Autorisierung, um auf das Transaktionsverzeichnis zugreifen zu können. Dementsprechend gibt es bei einem Permissioned Ledger einen oder mehrere User, welche es nutzen und darüber entscheiden, welche anderen Nutzer die Daten einsehen dürfen. Dies hat den Vorteil, dass ausschliesslich verifizierte User die Daten verwalten können und die Transaktionsgeschwindigkeit durch diese Begrenzung deutlich höher sein kann. Der Konsens-Mechanismus ist bei einem Permissioned Ledger oft deutlich einfacher gestaltet als bei einer offenen Blockchain. Durch diese Einfachheit kann das Tempo der Transaktionen gesteigert werden. Bisher setzen vor allem Regierungsinstitutionen sowie private Unternehmen bei der Nutzung auf die sogenannten Permissioned Ledger. Auf diese Weise verfügen sie über eine höhere Kontrolle hinsichtlich ihrer Daten sowie ihrer Transaktionen.

Pool

In einem Pool oder auch Mining-Pool organisieren sich unterschiedliche User gemeinsam, um im Bedarfsfalls Rechenleistung für das Bitcoin Mining freizustellen. Ist ein Bitcoin-Block neu erzeugt, erhält jeder der Nutzer im Mining-Pool seinen gerechten Anteil. Um Mitglied eines Mining-Pools zu werden, muss sich der Nutzer nur auf einer entsprechenden Seite einer Mining-Pool-Anbieters anmelden. Die Vorteile sind für den Nutzer, dass er ohne grossen Aufwand anteilig am Mining beteiligt wird. Denn gerade für gewöhnliche User kann der Aufwand des klassischen Mining in keinem lohnenswerten Verhältnis zum Ertrag des Mining stehen.

Privater Schlüssel

Der private Schlüssel ist im Bitcoin-Universum eine geheime Zahl. Nur mit diesem kann der User auf ein spezifisches Bitcoin Wallet zurückgreifen und von diesem Transaktionen erstellen. Mit der Hilfe einer kryptographischen Signatur werden hier Daten geschützt. Nutzt man dabei eine Software-Wallet ist der private Schlüssel für diese auf dem eigenen Computer gespeichert. Ähnlich einer TAN-Liste oder der Geheimzahl für das Konto darf ein solcher privater Schlüssel niemals weitergegeben werden. Wichtig ist die sichere Aufbewahrung auch, da ohne den Private Key kein Zugang mehr zum Bitcoin Wallet besteht. Wer dieses Risiko minimieren will, muss eine Recovery-Phrase anlegen. Dies entspricht im Grunde einem Daten-Backup. Verliert man so den Private Key, kann über die entsprechende Recovery-Phrase dieser wiederhergestellt werden.

Proof of Stake (PoS)

Bei Proof of Stake handelt es sich um einen alternativen Mechanismus zum klassischen Proof of Work. Proof of Stake soll dabei weniger Rechenleistung nutzen und so die Zyklen der Blockerzeugung verkürzen. Beim Proof of Stake entsteht eine Abhängigkeit zwischen der Wahrscheinlichkeit der Blockerzeugung durch einen User und seinem wertmässigen Anteil am Netzwerk. Dadurch werden die Prozesse insgesamt vereinfacht und beschleunigt.

Da es bei dem aktuellen Proof of Stake noch deutliche Sicherheitsprobleme gibt, wird dieser Ansatz weiterentwickelt. Ein Beispiel dafür ist der Delegated Proof of Stake. Es gibt auch Versuche, Proof of Stake und Proof of Work zusammenzubringen. Dabei würde das System quasi im Tagesgeschäft mit einem Proof of Stake arbeiten, um dann jedoch regelmässig mit einem Proof of Work tiefer überprüft zu werden. Dies wird auch als Blockchain Anchoring bezeichnet und soll das System schneller machen und trotzdem die Transaktionen gegenüber Manipulationen schützen.

Proof of Work (PoW)

Der Proof of Work gewährleistet die Sicherheit des Systems ohne eine dritte Instanz. Er ist dabei jedoch ressourcenintensiv durch seine rechenintensiven unterschiedlichen Arbeitsschritte, welche die Sicherheit gewährleisten. Bei diesem Prozess werden eine Vielzahl von Daten zwischen den unterschiedlichen Nodes im System verschickt und validiert. Ein Betrug wäre hierbei nur dann möglich, wenn ein User mehr als 50 Prozent der Rechenleistung innehatte und sein System permanent schneller arbeitet als die Systeme der anderen User. Beide Punkte zusammen sind relativ unmöglich zu erreichen. Weitere Schwierigkeit der Manipulation liegt in dem Umstand, dass die Nodes sich untereinander nicht vertrauen und die Daten aus diesem Grund stets überprüft werden. Neben dem gängigen Proof of Work-Verfahren gibt es weitere Ansätze der Datenkontrolle. Satoshi

Als Satoshi wird die kleinste Einheit der Bitcoins bezeichnet. Der Name ist als Hommage an den Gründer von Bitcoin, Satoshi Nakamoto, zu verstehen. Ein Satoshi ist ein hundert-millionstel eines Bitcoins, sprich: 0.00000001 BTC.

Satoshi Nakamoto

Unter dem Pseudonym Satoshi Nakamoto wurde 2008 das Bitcoin Whitepaper veröffentlicht. Im Anschluss daran brachte Satoshi Nakamoto das erste Bitcoin Core Wallet an die Öffentlichkeit. Wer oder was sich allerdings hinter dem Pseudonym verbirgt ist nach wie vor ein Rätsel.

Scrypt

Bei Bitcoin wird als Mining Algorithmus SHA-256 verwendet. Eine Alternative dazu stellt der Mining Algorithmus Scrypt dar, welcher zum Beispiel bei Litecoin zum Einsatz kommt. Scrypt hat dabei einen eigenen Proof-of-work-Algorithmus, welcher von Colin Percival erdacht wurde. Er ist speicheraufwendig konzipiert, um die Verwendung von ASICs zu erschweren.

SHA-256

Hinter diesem Kürzel verbirgt sich der Begriff Secure Hash Algorithm 256. Es handelt sich um eine kryptographische Funktion. Auf ihr basiert das sicherheitsrelevante Proof-of-Work-System der Bitcoin Blockchain.

Smart Contracts

Smart Contracts sind Computerprotokolle, welche Verträge abbilden, überprüfen oder die Abwicklung eines Vertrages im Grunde technisch begleiten. In diesem Programm sind Bedingungen vordefiniert und können so Aktionen automatisch auslösen, wenn diese Bedingungen erfüllt werden. Hierdurch wird ein Grundstein gelegt für eine Vertragsdurchführung ohne menschliche Kontrollen. Interessant sind Smart Contracts für viele unterschiedliche Bereiche wie Versicherungen oder allgemeine Handel. Smart Contracts bilden dabei erst den Anfang einer neuen Entwicklung hin zu sogenannten Decentralized autonomous organizations (abgekürzt: DAO). Dies sind auf einer Blockchain basierende und autonom handelnde Unternehmen, welche keinerlei menschliche Führung mehr benötigen. Die Kontrolle geschieht durch Algorithmen. Anwendungen dieser Art lassen sich aktuell auf der Plattform Ethereum offen zugänglich entwickeln.

Unpermissioned Ledger

Bei einem Unpermissioned Ledger kann jeder User frei auf die Blockchain zugreifen. Für diesen Zugriff ist keine Erlaubnis nötig. Jeder User kann hierbei gleichberechtigt Transaktionen tätigen und Daten zu der Blockchain hinzufügen. Niemand kann bei dieser Blockchain das Ausführen von Transaktionen verhindern, da die Blockchain niemandem gehört und alle Nutzer gleichberechtigt sind. Wenn die Transaktion verifiziert werden kann, so wird sie ausgeführt.

Wallet

In einer Bitcoin-Wallet sind die privaten Schlüssel enthalten, damit der User auf sein Bitcoin-Vermögen zugreifen kann. Es ist damit das Pendant eines klassischen Portemonnaies. Zudem kann der User hier seinen Kontostand sehen und Transaktionen tätigen.

White Paper

Als ein White Paper wird ein Dokument bezeichnet, welches im Grunde der Öffentlichkeitsarbeit dient und einen Einblick in eine neue Idee im IT-Bereich gibt. Der Begriff ist dabei vom politischen Weissbuch entwendet. In einem White Paper werden die Leistungen, die Technik sowie die Standards einer Idee grundlegend erklärt.

Im Jahr 2008 wurde unter dem Pseudonym Satoshi Nakamoto das Bitcoin White Paper veröffentlicht. In diesem White Paper wurde das System und das Protokoll für Bitcoin genau beschrieben. Die meisten Gründer einer Kryptowährung nutzen ein White Paper, um ihre Idee publik zu machen. Sie erklären in ihm die spezifischen Eigenschaften der Währung und die Ziele der Währung oder ihres Unternehmens.

J. Kosten, die aus dem AIF erstattet werden

Eine Übersicht über die Kosten, die aus dem AIF erstattet werden, sind der Tabelle „Stammdaten und Informationen des AIF und dessen Anteilsklassen“ aus lit. A dieses Anhangs A „Fonds im Überblick“ ersichtlich.

K. Performance-Fee

Als performanceorientierte Gebühr wird ein Prozentsatz der Differenz zwischen dem Nettoinventarwert pro Anteil vor Berechnung der performanceorientierten Gebühr und der zuletzt erreichten High Watermark des Fonds, multipliziert mit der Anzahl der Anteile dem Fonds als Kosten belastet.

Eine Performance Fee fällt nur an, wenn am Bewertungstag der Nettoinventarwert pro Anteil vor Belastung einer allfälligen performanceorientierten Gebühr höher ist als die bisherige High Watermark.

Anstelle des bisherigen High Watermark Wertes tritt dann der neue, höhere Wert nach Abzug der performanceorientierten Gebühr für die nächste Bewertungsperiode in Kraft. Ansonsten bleibt die High Watermark unverändert. Eine einmal erreichte High Watermark bleibt auch nach Ablauf eines Geschäftsjahres des Fonds bestehen.

Der AIFM:

Bendern, 28. Januar 2020

Die Verwahrstelle

Balzers, 28. Januar 2020

CAIAC Fund Management AG

Bank Frick & Co. AG

Anhang B: Spezifische Informationen für einzelne Vertriebsländer



Informationen für Anleger in der Schweiz

1. Qualifizierte Anleger

Der Fonds darf in der Schweiz nur qualifizierten Anlegern gemäss Art. 10 Abs. 3 und 3ter KAG angeboten werden.

2. Vertreter

Vertreter in der Schweiz ist die ACOLIN Fund Services AG, Leutschenbachstrasse 50, CH-8050 Zürich.

3. Zahlstelle

Zahlstelle in der Schweiz ist die NPB Neue Privat Bank AG, Limmatquai 1/am Bellevue, CH-8024 Zürich.

4. Vertriebsträger

Vertriebsträger in der Schweiz ist die Crypto Fund AG, Genferstrasse 35, CH-8002 Zürich und die Blue Lakes Advisors SA, Galerie Jean-Malbuisson 15, CH-1204 Genf.

5. Bezugsort der massgebenden Dokumente

Der Treuhandvertrag inklusive fondsspezifischen Anhang und Prospekt sowie der Jahres- und, falls vorhanden, Halbjahresbericht können kostenlos beim Vertreter in der Schweiz bezogen werden.

6. Zahlung von Retrozessionen und Rabatten

Die Verwaltungsgesellschaft (AIFM) sowie deren Beauftragten können Retrozessionen zur Entschädigung der Vertriebsaktivität von Fondsanteilen in der Schweiz oder von der Schweiz aus bezahlen. Mit dieser Entschädigung können insbesondere folgende Dienstleistungen abgegolten werden:

Jedes Anbieten des Fonds gemäss Artikel 3 Buchstabe g FIDLEG und Artikel 3 Absatz 5 FIDLEV.

Retrozessionen gelten nicht als Rabatte auch wenn sie ganz oder teilweise letztendlich an die Anleger weitergeleitet werden.

Die Empfänger der Retrozessionen gewährleisten eine transparente Offenlegung und informieren den Anleger von sich aus kostenlos über die Höhe der Entschädigungen, die sie für das Angebot der kollektiven Kapitalanlage erhalten könnten.

Auf Anfrage legen die Empfänger der Retrozessionen die effektiv erhaltenen Beträge, welche sie für den Vertrieb der kollektiven Kapitalanlagen dieser Anleger erhalten, offen.

Die Verwaltungsgesellschaft (AIFM) und deren Beauftragten können mit Bezug auf das Angebot in der Schweiz oder von der Schweiz aus Rabatte auf Verlangen direkt an Anleger bezahlen. Rabatte dienen dazu, die auf den betreffenden Anleger entfallenden Gebühren oder Kosten zu reduzieren. Rabatte sind zulässig, sofern sie

- aus Gebühren der Verwaltungsgesellschaft (AIFM) bezahlt werden und somit das Fondsvermögen nicht zusätzlich belasten;
- aufgrund von objektiven Kriterien gewährt werden;
- sämtlichen Anlegern, welche die objektiven Kriterien erfüllen und Rabatte verlangen, unter gleichen zeitlichen Voraussetzungen im gleichen Umfang gewährt werden.

Die objektiven Kriterien zur Gewährung von Rabatten durch die Verwaltungsgesellschaft (AIFM) sind:

- Das vom Anleger gezeichnete Volumen bzw. das von ihm gehaltene Gesamtvolumen in der kollektiven Kapitalanlage oder gegebenenfalls in der Produktpalette des Promoters;
- die Höhe der vom Anleger generierten Gebühren;
- das vom Anleger praktizierte Anlageverhalten (z.B. erwartete Anlagedauer);
- die Unterstützungsbereitschaft des Anlegers in der Lancierungsphase einer kollektiven Kapitalanlage.]

Auf Anfrage des Anlegers legt die Verwaltungsgesellschaft (AIFM) die entsprechende Höhe der Rabatte kostenlos offen.

Die Verwaltungsgesellschaft (AIFM) und deren Beauftragte bezahlen mit Bezug auf das Angebot in der Schweiz oder von der Schweiz aus keine Rabatte, um die auf den Anleger entfallenden, dem Fonds belasteten Gebühren und Kosten zu reduzieren.

7. Erfüllungsort und Gerichtsstand

Mit Bezug auf die in oder von der Schweiz aus angebotenen Fondsanteile sind Erfüllungsort und Gerichtsstand am Sitz des Vertreters begründet.

8. Domizil

Das Domizil des Fonds ist Liechtenstein.

Vertrieb in der EU und im EWR ausserhalb Liechtensteins

Systematic DLT Fund



Der AIF kann in der EU und im EWR ausserhalb Liechtensteins an Anleger, die im Sinne von Anhang II der Richtlinie 2004/39/EG als professionelle Kunden angesehen werden oder auf Antrag als professionelle Kunden behandelt werden können, vertrieben werden.

Einige Jurisdiktionen lassen den Vertrieb aufgrund Notifikation auch an andere Anlegergruppen zu, sodass auch an diese – jeweils nach dem Recht des Aufnahmemitgliedsstaates – vertrieben werden darf.

Voraussetzung dafür ist eine ordnungsgemässe Notifikation.

Ein Vertrieb an Privatanleger wird von einer solchen Notifikation nicht umfasst und bleibt unzulässig, wenn nicht innerhalb des Anhangs B gesondert auf eine Zulassung zum Vertrieb an Privatanleger in einzelnen Staaten der EU und im EWR ausserhalb Liechtensteins hingewiesen wird.

Bundesrepublik Deutschland:

Der AIF wurde am 13. Januar 2020 für die Bundesrepublik Deutschland notifiziert.

Vertriebspartner ist die BN & Partners Capital AG, Steinstrasse 33, D-50374 Ertstadt.